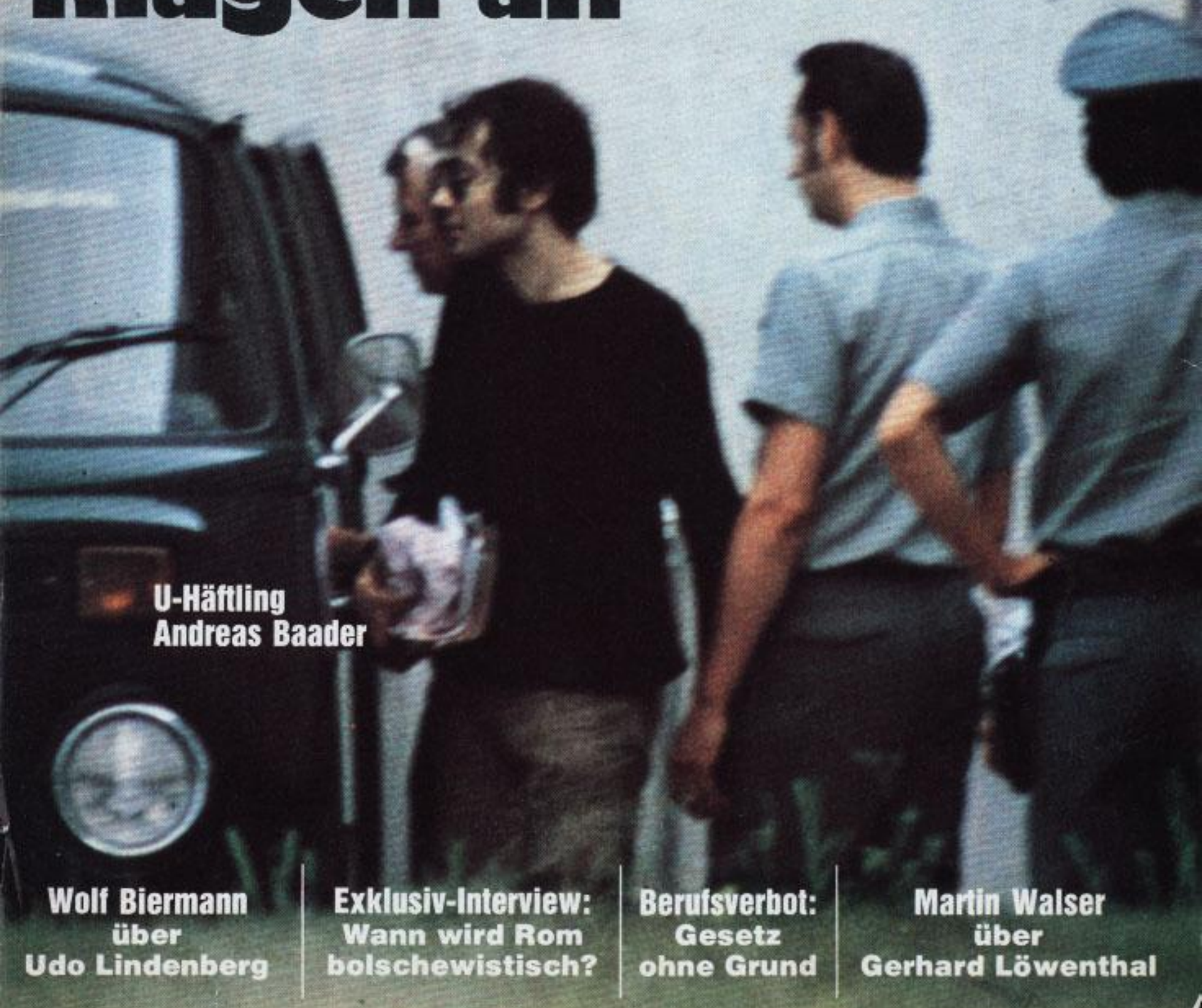
august
konkret
Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 31.7.75/Nr. 8
3,00 DM
C22160E

Italien Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

Hans-Heinz Heldmann/Otto Schily:

BM-Anwälte klagen an



U-Häftling
Andreas Baader

Wolf Biermann über Udo Lindenberg

Exklusiv-Interview: Wann wird Rom bolschewistisch?

Berufsverbot: Gesetz ohne Grund

Martin Walser über Gerhard Löwenthal

in konkret August 1975

Post

konkret intern

konkret extrakt

„Hilex ´75“ von Hermann L. Gremliza

Jenseits des Rechts von Hans-Heinz Heldmann, Otto Schily

Die Art, wie Ankläger, Richter und Politiker im und um den Stammheimer Prozeß mit dem Recht umgehen, hat sich längst zum Skandal ausgewachsen. Der Generalbundesanwalt bestreitet den Angeklagten das Recht auf einen fairen Prozeß, beraubt einen Angeklagten im Abzählspiel seiner Anwälte und schreibt dem Gesetzgeber die Marschrichtung vor. Die BM-Anwälte Hans-Heinz Heldmann und Otto Schily enthüllen die Strategie der Anklage:

„Die kommunistisch-sozialliberal-christlich-demokratische Partei" von Peter O. Chotjewitz, Sergio Segre

Italiens Kommunisten sind auf dem Weg zur Macht. Bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen erreichten sie 33 Prozent. Wann wird Rom bolschewistisch? Der Schriftsteller und Italien-Experte Peter O. Chotjewitz befragte für KONKRET den italienischen KP-Führer Sergio Segre:

Berufsverbot von Hartmut Schulze

Wird die Bundesrepublik ein Schnüffler-Staat?

Beamtenverhör von Helmut Gollwitzer

Auswandern?

In- und ausländische Proteste gegen die Berufsverbote

Das Lehrstück vom Hunger von Alexander von Hoffmann

Der Gifter von Martin Walser

Über den Magazinmann Gerhard Löwenthal

„Und was taten Sie, Herr Minister?" von Emil Carlebach

Professoren und Studenten haben der neuen Universität in Oldenburg den Namen Carl von Ossietzkys gegeben. Niedersachsens Kultusminister Grolle (SPD) ließ den Schriftzug unter Polizeieinsatz entfernen. Der ehemalige Buchenwald-Häftling Emil Carlebach schrieb Grolle daraufhin einen offenen Brief:

Wie man aus Pomadenheinis Spray-Athene macht von Winfried Thomsen

Havanna - die alte Hure stirbt, von Lutz Mahlerwein

Lutz Mahlerwein war für KONKRET in Cuba

Chile nachdem Putsch - 6. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstandsund Solidaritätsaktionen in aller Welt:

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Fehl-Orientierungs Rahmen II. Teil

Dies ist der zweite Teil einer Kritik am Entwurf eines SPD-Orientierungsrahmens für die Jahre bis 1985, der auf dem Mannheimer Parteitag im November beschlossen

werden soll. Die inzwischen an der Parteibasis angelaufene Diskussion hat die dem OR '85 zunächst wohlgesonnene etablierte Parteilinke in Schwierigkeiten gebracht. Offenbar wollen viele Genossen weder den Verzicht auf Vergesellschaftung als Voraussetzung wirkungsvoller Investitionskontrolle noch die Preisgabe der Forderung nach mehr Lebensqualität hinnehmen. Im zweiten Teil ihres Beitrags wenden sich die OR-Kritiker Detlev Albers, Klaus-Peter Kisker, Kurt Neumann, Kurt Wand und Axel Zerdick gegen die OR-Aussagen zur parteilichen Vertrauensarbeit, zur Rolle des Staates und zur Weltwirtschaft. Sie fordern: Grundsatzdiskussion fortführen, aber den vorliegenden Entwurf in Mannheim ablehnen:*

„Wir hatten schon Ringe und so weiter.." von Peggy Parnass

RAFft die Segel! von Frank Heitmann
Ein deutscher Verein und ein fünfzackiger Stern

Radikalauer von Winfried Thomsen

Ein hübscher Mann, ein feiner Mann von Walter Boehlich
1975 - Jahr der Frau und Jahr des Thomas Mann. Wie sich die Bourgeoisie in ihrem Dichter feiert und warum, beschreibt Walter Boehlich:

Ein Baby mit Zigarre? von Wolf Biermann
Über Udo Lindenberg

Der Genoske
Der literarische Strich ist wieder ein paar Zentimeter länger geworden. Da steht Klaus-Rainer Röhl und verkauft die Schlüpfer seiner Ex-Frau:

Das Kapital zeigt sein Szähne von Nick Natterstein
„Szene Hamburg" - eine relativ geschlossene Anstalt, die den trällernden Schweißfuß auf die unterdrückten Instinkte einer Generation von aufsteigenden Handlungsgehilfen losläßt. Nick Natterstein beschreibt das Terrain:

von Ralf Thenior

Endstation für 10 von Yaak Karsunke
Yaak Karsunke stellt zwei schwedische Autoren vor, die zehn linke Krimis geschrieben haben - spannender als Edgar Wallace, witziger als Columbo, lehrreicher als der „Vorwärts"

kulturnation

Wilhelm Bittorf oder: Der einzige und sein Eigentum als Mann im Ohr
von Hermann Peter Piwitt
KONKRET-ESSAY

Konkret 08/75, S. 2

Post

Feuer-Eifer

In KONKRET 5/75 habt Ihr berichtet, wie die Polizei mit der chemischen Keule auf fliehende Demonstranten schießt. Mir ist es dabei gelungen, einen dieser Polizisten von vorn zu fotografieren. Man kann deutlich sehen, wie ernst die Polizisten ihre Sache nehmen und mit welchem Feuereifer sie ihre Pflicht erfüllen. Hier zeigt sich wohl, wer unsere Sicherheit bedroht.

Gerhard Knapienski,

Hannover

Schreiberling

Bravo, das habt Ihr sehr gut hingekriegt: In einer Ausgabe den Terror der Faschisten vor allem gegen Frauen darzustellen und diesen absolut unkritischen Sankt-Pauli-Artikel hinterherzuschieben. Ralf Thenior möge sich mit seinem PR-Artikel bitte bei der „Zeit“ bewerben. Er ist um nichts besser als die von ihm angesprochenen Schreiberlinge in den liberalen Zeitungen.

Friedrun Schröder,

Hamburg

Todenhöfer

Zu dem Artikel von Norbert Blüm „Darf man Mörder Mörder nennen?" sind einige Bemerkungen notwendig. In dem Artikel heißt es, daß „Todenhöfer . . . zu Recht darauf hinweisen" könne, „ daß seine . . . Aktivität die Freilassung Hunderter politischer Gefangener in Chile zuwege gebracht hat`. Der Leser dieses Artikels muß den Eindruck gewinnen, daß in Chile durch den Einsatz Todenhöfers eine politische Liberalisierung in Gang gesetzt worden wäre und daß es in Kürze (da sie ja zu „Hunderten" entlassen werden) in Chile keine politischen Gefangenen mehr gäbe. Doch beides ist unwahr. In größeren Zahlen entlassen werden lediglich die sogenannten Präventivhäftlinge, die kurzfristig festgenommen, bedroht und geschlagen und dann wieder freigelassen werden. Das war aber schon vor Todenhöfers letzter Chilereise so und ist nicht etwa auf Todenhöfers Aktivität zurückzuführen. Zudem werden ständig neue Verhaftungen vorgenommen, so daß sich statistisch keine große Veränderung der Häftlingszahlen ergibt. Neben den Präventivhäftlingen gibt es noch eine andere Gruppe von mindestens 7000 bis 8000 politischen Gefangenen, die teilweise schon seit dem Putsch im September 1973 in Haft sind.

Heinz R. Bäumer,

Hamburg

Gut und böse

Indem das Stammheimer Gericht die politischen Motive der BM-Angeklagten mit Gewalt eskamotieren will, handelt es selbst genuin politisch. Die bemerkenswerte Energie, die darauf verwandt wird, die Tat vom politischen Kontext zu lösen, sie in ihrer furchtbaren Einmaligkeit darzustellen, sie jeglichem soziologischen Begreifenwollen zu entziehen, weist darauf hin, daß den politischen Verantwortlichen die unangenehme Frage nach der sozialen Genese erspart bleiben soll. Deutlich zeichnet sich die Funktion des Gerichts ab: die gesellschaftlichen Verhältnisse als sakrosankt hinzustellen und die in ihnen agierenden Politiker reinzuwaschen. Begabt mit Willfährigkeit, Selbstherrlichkeit und Ignoranz, zeigt sich das Gericht durchaus in der Lage, die in den modernen Industriegesellschaften verwaschen gewordenen Grenzlinien zwischen „gut" und „böse" neu zu begradigen. In einer alle Erkenntnisse der Sozialwissenschaften souverän mißachtenden Weise regrediert es quasi zu einem mittelalterlichen Gottesgericht, indem es die Angeklagten als eine Erscheinungsform des Bösen schlechthin darzustellen sucht. Auch nicht der Hauch eines Gedankens, ein Moment des Tragischen sichtbar zu machen; eines Tragischen, das darin bestünde, daß gesellschaftliche Schuld eben nicht justitiabel ist und die Angeklagten für ihre unzweifelhaft vorhandene individuelle Schuld allein zu sühnen hätten. Nur in einem solchen, die Möglichkeiten

und Fähigkeiten deutscher Gerichte weit übersteigenden Vorgehen, läge eine Chance, daß die Angeklagten ihre Strafe akzeptierten und nicht als Märtyrer in die Gefängnisse gingen. Aber was soll dieses idealistische Gefasel? Dieses Gericht wird schon dafür sorgen, daß der Terrorismus in der BRD bald eine Legitimationsgrundlage hat.

Dr. Roland Klee,

Heidelberg

Fuchs I

In Ihrer letzten Ausgabe hat Gerd Fuchs auf zwei Seiten so etwas wie eine Lesebilanz gezogen. Sie stellen Fuchs als Schriftsteller vor. Dies mag stimmen. Aber ein Schriftsteller, der so schreibt? Der im klassenkämpferischen Sinne unter Beweis stellt, daß er zu den Leuten gehört, die von Literatur wenig und vom Sozialismus schon gar nichts verstehen. Wie heißt es bei Hans Mayer über Trotzki? „Keiner war damals unduldsamer gegen die Vermengung von Literatur und Politik als er." Und weiter bei Mayer: „Den lärmenden Radikalismus jener Verkünder des Proletkults kann der Organisator der Roten Armee nicht ausstehen."

Rüdiger Benthaus,

Hamburg

Fuchs II

Was Fuchs da schreibt, ist ein Trauerspiel, und daß Sie es veröffentlicht haben, stimmt KONKRET-Leser traurig. Fuchs kann nichts dafür - wer seinen Lebenslauf vom Welt-Redakteur zum Spiegel-Redakteur, versessen darauf, seinen Doktor zu machen, versessen darauf, bei der Gruppe 47 zu lesen, kennt, den wundert diese schauerliche Selbstdarstellung nicht - der Antibürger Fuchs, der, wie man weiß, lieber Handke geworden wäre, den er jetzt bekämpft als ein agitatorischer, gesellschaftsverändernder Autor, der er nicht ist, der Antibürger Fuchs ist nicht einmal ein besonderer Fall. Er ist ein entlassener Kleinbürger, der schlecht schreibt.

Günter Hardering,

Hamburg

Große Worte

Bei Herrn Palme scheint wohl auch ein Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu bestehen. Es ist wohl eine „friedliche Lösung . . .", daß der verletzte Terrorist des Stockholmer Oberfalls zu früh aus dem Krankenhaus nach Deutschland abgeschoben wurde und dann hier im längst nicht genügend für den Fall akuter Verbrennungen ausgestatteten Gefängniskrankenhaus an den Folgen seiner Verbrennungen starb? Große Worte - Große Taten?

Jens Kröger,

Berlin

Scheiße

Ich finde es natürlich auch gut, daß Matthöfer endlich einmal etwas Vernünftiges zu den Verhältnissen in Chile losgelassen hat, und genauso begrüße ich die Tatsache, daß man in Finnland den chilenischen Demokraten so große Unterstützung zukommen läßt. Und gerade deshalb habe ich mich sofort nach Durchlesen dieses Leserbriefes gefragt, was man dann in Finnland für die unterdrückten Demokraten in der Sowjetunion tut. Denn auch dort werden Genossen gefoltert. Und was noch viel schlimmer ist: Dort sind die Folterknechte keine Faschisten, sondern ebenfalls Sozialisten. Als ich dann im Juni-KONKRET weiterblätterte, stieß ich natürlich auch auf die vierte Folge von „Chile nach dem Putsch". Gut, daß Ihr Euch so sehr für diese Widerstands- und Solidaritätsaktionen engagiert. Doch wann wollt Ihr auf die Scheiße aufmerksam machen, in der demokratische Genossen in der UdSSR stecken? Oder wollt Ihr das vielleicht dem ZDF-Löwenthal überlassen?

Martin Lorenz,

Miltenberg

Nur wundern

Warum versteckt Ihr einen Beitrag zu den geplanten neuen Gesetzen zur Inneren Sicherheit im Kultur-Teil und stellt nur ab auf die Verteidigung von Literaturfreiheit (wie frei ist die denn überhaupt)? Auch ihr dürftet wissen, daß nach dem neuen Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens, wie die CDU/CSU ihren Entwurf nennt, auch KONKRET verboten werden kann, denn schon die Auseinandersetzung mit Gewalt wird dann unter Strafe stehen. Sie gar billigend, wie z. B. für die chilenischen Demokraten, die Unterdrückten im südlichen Afrika, in Kauf nehmen, als konsequente Folge aus dem Recht auf Widerstand sie schildernd, dürfte auch für den KONKRET-Herausgeber Knast bedeuten. Mich wundert nur manches Mal, warum uns derlei nicht mehr wundert.

Peter Ripken,

Bonn

Matière Grass

Während des KONKRET-Interviews (7/75) scheint Herr Grass wohl unter Begriffsverwechselung gelitten zu haben: Da wird Baader-Meinhof „terroristischer Anarchismus" unterstellt, und die reformistischen portugiesischen Sozialisten werden zu „freiheitlichen Sozialisten", also zu Anarchisten. Daß Soares und Co. keine Anarchisten sind, bedarf keiner weiteren Klärung, jedoch erscheint es mir notwendig, Herrn Grass die Ungültigkeit seiner Gleichung -Baader-Meinhof = Anarchisten -zu beweisen, die dieser, vom „jämmerlichen Opportunismus" eines „Neuen Linken . . . gezeichnet", von der bürgerlichen Presse übernahm. Die RAF will durch langfristigen Guerillakrieg die Diktatur des Proletariats erreichen. Im Gegensatz dazu erstrebt der Anarchismus (griech.: Herrschaftslosigkeit) die vollkommene Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen und somit auch der Diktatur einer gesellschaftlichen Mehrheit über eine gesellschaftliche Minderheit. Die RAF-Forderung nach der Diktatur des Proletariats ist also in keiner Weise mit anarchistischen Zielen vereinbar.

Ralf Janaszek,

Arolsen

Sozialismus heißt, werter Herr Grass, für mich und wohl jeden Sozialisten, der es ehrlich meint, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Wer dies nicht begreift oder nicht begreifen will, daß sich erst im sozioökonomischen Bereich etwas verändern muß, der hat wohl das Recht verwirkt, ernsthaft über Sozialismus, ob jetzt „demokratisch" oder nicht, zu diskutieren. Aber es ist ja auch eine Methode, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen.

Richard Schmid,

Frankfurt/M.

Gegendarstellung zu Peter Hamms Beitrag „Elitär oder revolutionär?"

Falsch ist, daß Settembrini in Thomas Manns Doktor Faustus von der „Zweideutigkeit" der Musik spricht, richtig ist vielmehr, daß jenes Zitat in den „Meistersingern" von Schiller durch einen gewissen Hermann einer Dorothea untergeschoben wurde. Ich bitte diese Richtigstellung gemäß Paragraph 18 des Hamburgischen Pressegesetzes in der nächsten, noch nicht fertiggestellten Ausgabe von KONKRET in derselben Aufmachung und derselben Größe wie jene irrtümliche Äußerung des besagten Boreas zum Abdruck gelangen zu lassen.

Adrian Leverkühn

Konkret 08/75, S. 3

konkret intern

Das Amtsgericht Hamburg hat den KONKRET-Herausgeber zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verknackt. Begründung: "Sie haben zumindest fahrlässig für eine offensichtlich schwer jugendgefährdende Schrift geworben, indem Sie es anordneten oder duldeten, daß in der Ausgabe vom 31. 10. 1974 ein Werbeinserat des Buchdienstes Darmstadt für das Buch 'Die Abenteuer der Sweet Gwendoline' erschien, obwohl Sie hätten feststellen können, daß der Inhalt der Schrift zumindest überwiegend auf die Erregung eines sexuellen Reizes beim Betrachter abzielt sowie die im Einklang mit den allgemeinen Wertvorstellungen gezogenen Grenzen sexuellen Anstandes bei weitem überschreitet..." Mal abgesehen davon, daß die Mini-Anzeige in KONKRET offenbar die Jugend mehr gefährdet als die Millionen-Pornos aus dem Bauer-Verlag, abgesehen auch von dem seltsamen Zufall, daß KONKRET erst richtig Kadi-reif wird, wenn es keinen Sex-Rummel mehr macht..., wissen möcht man schon, was für einen Hamburger Amtsrichter (Beyer heißt er) die "im Einklang mit den allgemeinen Wertvorstellungen gezogenen Grenzen sexuellen Anstandes" sind. Hemd an, Licht aus, Frau unten, Mann oben - mit der Variante: dasselbe mit Socken an? In KONKRET 5/75 hatten wir schon einmal über die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in dieser Sache berichtet und - von wegen Rechtsgleichheit - ein paar Anzeigen aus Springers "BZ" dazugestellt ("in den Fängen von rücksichtslosen Lederdamen mit Rute und Peitsche die entspannende Spezialbehandlung..:"), derentwegen nicht ermittelt wird. Nach diesem öffentlichen Hinweis mußte nun die Westberliner Staatsgewalt was tun. Hat die Staatsanwaltschaft ermittelt, sprach das Amtsgericht ein Urteil? Rhetorische Fragen - natürlich nicht. Beamte des Polizeidienstes gaben dem "BZ"-Anzeigenchef Miethke zu verstehen, daß man Wert auf eine etwas dezentere Wortwahl in den Bordell-Anzeigen lege. Statt "Masseuse" heißt es jetzt "Modell". Justitia legt sich jaulend in die Kurve. Rechtsgleichheit? Wenn einer schön rechts ist, ist dieser Justiz alles gleich. Cuius regio, eius erigio.

Konkret 08/75, S. 6

konkret extrakt

CSNPDU

Der Westberliner NPD-Landesverband beschwerte sich, daß die CSU-Leitsätze zur Bundestagswahl im nächsten Jahr „zu einem Fünftel wörtlich und im übrigen annähernd sinngemäß aus dem NPD-Wahlprogramm von 1968 abgeschrieben" seien. Doch so überraschend ist das nicht. Schon damals sagte der Emsländer CDU-Abgeordnete Josef Strecker: „Was die' Nationaldemokraten an nationalen Anliegen und konservativem Gedankengut haben, das praktizieren wir täglich."

Eigentum verpflichtet

Wadern im Saarland, Bezirk Morscholz, 29. Juni 1975. Ein 20jähriger Arbeiter sitzt an einem Weiher und angelt. Ein anderer, ein Unternehmer, will ihn zur Rede stellen, denn es ist „sein" See. Der Junge läuft weg. Der See-Eigner erschießt ihn.

Der Postspar-Service

REFA-Messungen in allen Dienststellen der Bundespost haben ergeben, daß angeblich 40 Prozent des gesamten Personals überflüssig sind. Zunächst will die Post bis 1978/79 jede zehnte von 500 000 Stellen einsparen. Rund 6000 Fernmeldetechniker, die Ende 1975 ihre Ausbildung beenden, werden zunächst für mindestens fünf Jahre Hilfs- und Anlernarbeiten verrichten müssen.

Gift oder Arbeitslose

Neun Fässer mit je 250 Litern einer hochgiftigen Substanz -wahrscheinlich Poliwrit-Rückstände mit hohem Methylenchlorid-Gehalt - wurden auf einer Deponie im Neckar-Odenwald-Kreis entdeckt. Sie wurden illegal abgelagert. Ganz legal ist dagegen die Drohung der Farbwerke Hoechst, Teile der Produktion ins Ausland zu verlagern, falls sie ihre giftigen Abfälle ab 1976 nicht auf die Müllkippe Mainflingen schaffen dürfen. Gift oder noch mehr Arbeitslose. 21 000 Beschäftigte der Chemie-Konzerne wurden bereits in den letzten neun Monaten entlassen, von den gegenwärtig 585 000 Arbeitern und Angestellten der chemischen Industrie müssen 10 Prozent kurzarbeiten. Kein Geld für Umweltschutz? Ein Beispiel: Die Hoechst-Tochter Wacker-Chemie steigerte im vergangenen Jahr ihren „Überschuß" um 243 Prozent auf 72 Millionen Mark. Vorstandsmitglied Stieg: „Wir haben glänzend verdient."

. . . **hört die Signale**

9346 Personen wurden 1974 wegen Lärm am Arbeitsplatz schwerhörig oder taub - 3265 mehr als im Vorjahr.

Rote Wiese

Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat in einer einstweiligen Verfügung die Stadt Düsseldorf dazu verpflichtet, der DKP nun doch die städtischen Rheinwiesen für ein Pressefest ihres Parteiorgans „UZ" zur Verfügung zu stellen. Zwar hat der Magistrat dagegen Einspruch erhoben, doch die Kommunisten bereiten ihr Fest unbeirrt vor: „Schließlich hat uns das Gericht in allen Punkten recht gegeben." Der Erfolg des Vorjahres mit 250 000 Besuchern (laut ARD) soll jetzt am 20./21. September noch übertroffen werden. Über 700 Künstler und Sportler wurden engagiert, darunter Zugpferde wie Hannes Wader, Knut Kiesewetter, Floh de Cologne, Degenhardt, Süverkrüp, Volker Kriegel und Wolfgang Dauner aus der Bundesrepublik, Hanna Hegerova aus Prag, Gruppen aus Chile (Quilapayun), Griechenland, Italien und Irland (Sands Family). Aus der DDR kommen Frank Schöbel und „Weltmeister und Olympiasieger".

Mit Keulen gegen Kinder

Vier Kinder und mehrere städtische Sozialarbeiter mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, nachdem Frankfurter Polizei mit Giftgas aus der „Chemical Mace" (Chemische Keule) auf sie losging. Der Anlaß: Eltern und Kinder, Anwohner der Marburger Straße in Frankfurt-Bockenheim, blockierten am 3. Juli den Verkehr. Sie demonstrierten für eine Sperrung des Durchgangsverkehrs, denn in dieser Straße wurden im letzten Vierteljahr drei Kinder durch Autounfälle schwer verletzt.

Je schlechter desto besser

1974, im „schlechtesten Jahr des Einzelhandels seit der Währungsreform" hat die Karstadt AG „noch besser verdient" als im Vorjahr. Das macht, innerhalb eines Jahres wurden 6500 Beschäftigte gefeuert und der Umsatz je verbliebenem Verkäufer um 11,6 Prozentgesteigert. Der Gewinn wuchs von 143 auf 184 Millionen Mark und die Aktionärs-Dividende auf 20 Prozent.

Angebot und Nachfrage

Ende des Jahres wird es nach Angaben des Bundesverbandes der privaten Wohnungsunternehmen 400 000 leerstehende Wohnungen im Wert von 60 Milliarden Mark geben - vorwiegend Luxus- und Eigentumswohnungen. Dem steht ein Bedarf von rund 2 Millionen Wohnungen zu tragbaren Mieten gegenüber.

Liberalisierung

Die Südafrikanische Republik hat sich „liberalisiert", meint die FAZ. Jannie de Wet, Generalkommissar des Rassisten-Regimes für das besetzte Namibia, erklärt, man wolle künftig Auspeitschungen nicht mehr öffentlich, sondern nur noch hinter Gefängnismauern vornehmen. Liberalisierung nach FAZ-ken Art.

Weiche Welle

Kostas Nicolaou, von 1964 bis 1972 Leiter des griechischen Dienstes der Deutschen Welle, enthüllt in einer Dokumentation: Walter Steigner, Intendant des offiziösen Auslandssenders, hatte bei einem Griechenlandbesuch mit der faschistischen Junta ein Geheimabkommen über Wohlverhalten der Deutschen Welle abgeschlossen.

Zivilschutz-Dschungel

Streiks und Demonstrationen sind „im Katastrophenfall" dem „subversiven Dschungel" in der Bundesrepublik zugehörig. Das meint die „Akademie für zivile Verteidigung" in ihrer neuesten Broschüre zur offiziellen Unterrichtung von „Zivilschutz-Kräften". Der Vorsitzende des DGB Düsseldorf, Reymann, hat dies zum Anlaß genommen, jede Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den „Zivilschutz"-Organen in der NRW-Landeshauptstadt einzustellen.

Betrug I

Einen Schaden von 50 Milliarden Mark jährlich verursachen Unternehmer durch Wirtschaftsstraftaten. Das gab der zuständige Dezernent bei der Staatsanwaltschaft Hannover, Jans, bekannt. Allein in seinem Amtsbereich sei die Zahl der Konkursvergehen auf 200 Fälle pro Jahr angestiegen.

Betrug II

92 Milliarden Mark wurden 1974 in den kapitalistischen Ländern für Werbung ausgegeben. Pro Kopf sind das beispielsweise in den USA 255 Mark, in der Bundesrepublik 225. Die Zahlen stammen von der amerikanischen Werbefirma Starch Inra Hooper.

Oberländers Untersturm

In der Woche, als das letzte KONKRET mit bisher unveröffentlichten Fotos des SSMassakers in Lemberg 1941 t, E - schien, ging der Name der polnischen Stadt auch wieder durch die Tagespresse. Und mit ihm der Name des früheren Bundesministers Oberländer. Angeblich sei der ehemalige Offizier der faschistischen Wehrmacht, Nazi seit seiner Teilnahme an Hitlers Marsch auf die Münchner Feldherrnhalle und selbst von Adenauer „tiefbraun" genannt, von polnischen Behörden vom Vorwurf entlastet worden, für die Ermordung von 20 Lemberger Professoren und ihren Angehörigen verantwortlich zu sein. Tatsächlich aber erklärten die Polen, „nicht nur Oberländer" sei schuldig. Die Ludwigsburger Zentralstelle zur Klärung von Nazi-Verbrechen nannte daraufhin den SS-Untersturmführer Dr. Walter Kutschmann als Verantwortlichen für die Erschießungen nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Lemberg 1941. Doch als der Kriegsverbrecher-Fahnder Simon Wiesenthal wenige Tage später die Identität von Kutschmann alias Pedro Ricardo Olmo enthüllte, regten sich weder Gerichte noch Staatsanwaltschaft der Bundesrepublik. Kutschmann/Olmo, Verkaufsleiter von Osram in Argentinien, wurde nach vorläufiger Festnahme von der argentinischen Polizei wieder freigelassen und ist untergetaucht. Nach Kutschmanns eigenen Angaben hatte er die Siemens-Konzernleitung bei der Einstellung über seine SS-Vergangenheit unterrichtet.

Die alltägliche Klassenjustiz

Zeitungslektüre eines Tages / Von Walter Barthel

Die „Frankfurter Rundschau" berichtete auf ihrer Titelseite „Gericht löste Betriebsrat auf". Es ging um die Unternehmerwillkür im Zementwerk Erwitte, wo ein kapitalistischer Spekulant seit März seine gesamte Belegschaft ausgesperrt hält, nachdem das Arbeitsgericht in erster Instanz die fristlose Kündigung von 86 Arbeitern für „rechtsunwirksam" erklärt hatte. Daraufhin hielten die Arbeiter ihre Produktionsanlagen besetzt. Jetzt entschied das Arbeitsgericht in zweiter Instanz, der Betriebsrat -der selbstverständlich auf sehen der Arbeiter stand -habe „in grober Weise gegen gesetzliche Pflichten verstoßen". Das Gericht löste den Betriebsrat deswegen kurzerhand auf. Den Unternehmer kann es nicht „auflösen", obwohl sein Verstoß gegen dasselbe Gesetz, nämlich das Betriebsverfassungsgesetz, ersichtlich um einige Grade „gröber" war als die Selbstverteidigung der Arbeiter.

Und weiter unten: 1026 unbestrafte Nazi-Mörder, die auf einer französischen Kriegsverbrecherliste stehen, liefen und laufen in der Bundesrepublik frei herum. Die zuständige Staatsanwaltschaft sei seit Monaten mit der „Aufenthaltsermittlung" dieser Mörder befaßt, ließ sich FR-Korrespondent Volkmar Hoffmann erzählen.

Ein weiterer Blick in die freie „Welt": In Frankfurt durchsuchte die Staatsanwaltschaft ein „Frauenzentrum" und beschlagnahmte eine Kartei. Der damit befaßte Oberstaatsanwalt Dietrich Rahn habe sich auf Befragen von Journalisten, was bei dieser Aktion in Sachen Paragraph 218 die Politische Polizei zu suchen habe, verplappert, es „seien wohl ‚starke parteipolitische Akzente` im Spiel". Die Frauen sollen „Abtreibungsfahrten" nach Holland organisiert haben. Tatsächlich aber wollte die Staatsanwaltschaft vor allem an die Mitgliederkartei des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" heran. Deshalb die „parteipolitischen Akzente" und deshalb die Popo statt der „Sitte".

Und noch einmal zur „FR", weil es so schön liberal zugeht in diesem Rechtsstaat: „Hoffmann freigesprochen", meldete sie klein-klein verschämt auf ihrer letzten Seite unter „Aus aller Welt". Hoffmann, Nürnberger Faschistenführer, trainiert einen Trupp uniformierter Jung-Nazis, besitzt ein ganzes Arsenal von Waffen einschließlich einer stattlichen Anzahl des Wehrmachtskarabiners vom Typ 98-K, schulte nicht nur „Sturmangriffe", sondern auch nach den Sprüchen von „Mein Kampf". Jetzt sprach laut „FR" das Nürnberger Amtsgericht Hoffmann „von der Anklage eines fortgesetzten Vergehens gegen das Uniformverbot in Mittäterschaft frei". Denn: „Bei der umstrittenen Wehrsportgruppe Hoffmanns sei der Tatbestand des Uniformtragens als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung, und nur dies sei strafbar, nicht nachzuweisen gewesen."

Konkret 08/75, S. 9

Hermann L. Gremliza

„Hilex ´75“

Wie fängt der dritte Weltkrieg an? Es stand - am 14. Juli 1975 - im „Spiegel":

In Chile halten juntafeindliche Arbeiter seit Monaten die Kupferminen besetzt. Afrikanische und asiatische Rohstoffländer haben gegen die westlichen Industriestaaten einen Lieferstopp verhängt. Die Erdölländer wollen ihr schwarzes Gold lieber weiter unter der Wüste lagern lassen, als es für täglich schlechter werdende Währungen abzugeben.

Europas Wirtschaft, .seit jeher von den Rohstoffen anderer Kontinente abhängig, stelzt vor dem Kollaps. Inflation und Stagnation in nicht gekanntem Ausmaß zerstören in wenigen Monaten die komplizierten Wirtschaftsabläufe.

Schon bald können die europäischen Staaten die in Zeiten des Wohlstands eingegangenen sozialen Verpflichtungen nicht mehr einhalten. Die Kassen sind leer. Die Regierungen können das wachsende Heer der Arbeitslosen nicht mehr versorgen. In Italien, in Frankreich und sogar in der Bundesrepublik brechen Unruhen aus. Hungrige Arbeitslose liefern sich blutige Straßenschlachten mit der Polizei. Die demokratischen Staaten des alten Kontinents sind nach außen hin nur noch bedingt abwehrbereit.

Diesen Augenblick nutzt Moskau. Bewegungen der Sowjet-Flotte vor Nordnorwegen und im Mittelmeer sowie Erklärungen der Sowjet-Regierung lassen keinen Zweifel zu, daß Westeuropa sich einem Zangenangriff des Ostens gegenübersieht, daß der Ernstfall also - entgegen allen Wunschbildern der Abschreckungs-Protagonisten - gekommen ist.

Auf solchen Voraussetzungen baut eine NATO-Übung auf, die die Stäbe der Allianz im Dezember vier Wochen lang in den eingebildeten Krieg versetzt. Kodename: „Hilex'75".

In dieser Sprache haben deutschnationale Geschichtsprofessoren die „Ausbrüche" der Weltkriege I und II beschrieben. Übersetzen wir das NATO-Deutsch in die Sprache der freiheitlich-demokratischen Grundordnung:

In Chile machen Arbeiter von ihren Menschenrechten Gebrauch und leisten Widerstand gegen die faschistische Junta. Afrikanische und asiatische Länder bekennen sich zur freien Marktwirtschaft und zum Recht auf Eigentum: Sie wollen ihre Rohstoffe nicht mehr unter dem Preis, den sie für angemessen halten, verkaufen - die Amerikaner und Europäer machen ihnen ja auch keine Schleuderpreise für Maschinen und Nahrungsmittel.

Europas Wirtschaft erleidet das, was logisch unvermeidlich mit der Möglichkeit einer Hochkonjunktur verbunden ist: eine Depression. In Italien, in Frankreich und sogar in der Bundesrepublik wehren sich die Arbeiter dagegen, daß sie für die Kosten, die andere verursacht haben, aufkommen sollen. Das Recht auf Leben, das durch Unterernährung bedroht ist, gibt ihnen das Recht auf Widerstand. Die Staatsgewalt versucht die Durchsetzung dieses Menschenrechts mit Polizeieinsatz zu verhindern.

Hier endet die Übersetzung. Bis hierhin ist nichts - vom Einsatz der Polizei gegen Hungernde abgesehen -passiert, was unserer Schulweisheit von westlicher Demokratie widerspräche.

Das Gefühl müssen auch die NATO-Strategen gehabt haben: Es fehlt noch was, noch gibt es keinen Grund, militärisch vorzugehen. Nun hätten sie - für Manöver-Zwecke kann man ja alles annehmen - sagen können: In diesem Augenblick überschreiten Truppen des Warschauer Pakts die Grenze zwischen der Sowjetunion und Finnland, zum Beispiel.

Das sagen sie aber nicht. Sie reden von sowjetischen Flottenbewegungen vor Nordnorwegen und im Mittelmeer und von „Erklärungen" der Sowjetregierung - kurz, von einem Zustand, der, etwa für, Leser der „Welt", drei- bis viermal jährlich sowieso eintritt. Gleichsam wie die „Bedrohung aus dem Osten", die immer rechtzeitig zum jeweiligen Parteitag der CSU ihren Höhepunkt erreicht.

Noch mal: Was sich- nach der Manöverlage - in den Ländern Westeuropas und der dritten Welt tut, ist systemkonform. Die Beschäftigung des Militärs zur Lösung der dort auftretenden Probleme wäre verfassungs-, völkerrechts- und menschenrechtswidrig. Rechtfertigen aber soll den Einsatz des Militärs eine Situation, die seit dreißig Jahren im Prinzip unverändert besteht, deren Bestehen also auch bei Abschluß der Verfassungs-, Völkerrechts- und Menschenrechts-Vereinbarungen bekannt war.

Was wird hier gespielt?

Hier wird - während im All die Satelliten sich treffen - der Bürgerkrieg von oben im Weltmaßstab geübt.

Nicht ohne Grund: Denn die Legitimität der westlichen Herrschaft wankt. Ihr Wahlspruch - schneller, höher, besser -ist zum bitteren Witz auf steigende Arbeitslosenzahlen, auf stagnierende Produktion und Währungsverfall geworden. Das

Regiment des Kapitals ist in Gefahr. In Frankreich und in Italien hat der Widerstand schon politische Ausdrucksformen gewonnen. Andernorts werden die Reformer an der Reformierbarkeit des Systems irre.

Es ist nicht die sowjetische Flotte vor Nordnorwegen, es sind die französischen und italienischen Gewerkschafter vor den Werken von Peugeot und Fiat, die sich so bewegen, daß die NATO üben muß. Und es ist nicht der Zangenangriff aus dem Osten, es sind der Verfall des Dollars und die Verstaatlichungen in Portugal, die US-Verteidigungsminister Schlesinger zu der Drohung mit Atomschlägen getrieben haben. (Warum sein Bonner Kollege Leber das dann weiterplappert, weiß er wohl selbst nicht - wenn doch, um so schlimmer).

Zur NATO gehören auch die sechs sozialdemokratisch regierten Staaten Norwegen, Dänemark, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien und die Bundesrepublik. Da gibt es nun zwei Möglichkeiten: Entweder wollen die dort regierenden Sozialdemokraten endgültig vor den Interessen des Kapitals kapitulieren. Oder sie ziehen die militärischen Stäbe ihrer Länder aus der NATO-Übung „Hilex '75" zurück.

Übungen haben es nämlich an sich, Meister zu machen.

Konkret 08/75, S. 10

Hans-Heinz Heldmann, Otto Schily

Jenseits des Rechts

Die Art, wie Ankläger, Richter und Politiker im und um den Stammheimer Prozeß mit dem Recht umgehen, hat sich längst zum Skandal ausgewachsen. Der Generalbundesanwalt bestreitet den Angeklagten das Recht auf einen fairen Prozeß, beraubt einen Angeklagten im Abzählspiel seiner Anwälte und schreibt dem Gesetzgeber die Marschrichtung vor. Die BM-Anwälte Hans-Heinz Heldmann und Otto Schily enthüllen die Strategie der Anklage:

Zehn Wochen nach Beginn der Hauptverhandlung gegen Andreas Baader, Gudrun Enßlin, Ulrike Meinhof und Jan Raspe am 21. Mai 1975 ist Andreas Baader noch ohne wirkliche Verteidigung.

Das Prozeßgericht in der Justizfestung Stammheim hat wiederholt abgelehnt, die auf eineinhalbjährige Dauer vorveranschlagte Verhandlung um zehn Tage zu unterbrechen, um Baader und seinem am 11. Juni beauftragten neuen Verteidiger die Möglichkeit zu geben, 354 Blatt Anklageschrift und 471 Blatt Anlagen zu erörtern und eine Verteidigungskonzeption zu entwickeln. Denn: Baader habe sich selbst zuzuschreiben, ohne vorbereitete Verteidigung zu sein.

Seit 38 Monaten sitzt Baader jetzt in Untersuchungshaft. Die Ermittlungen dauern seit 1971. Die dem Gericht vorliegenden Akten umfassen zirka 80 000 Blätter.

Konnte wirklich Baader darauf vorbereitet sein, daß just fünf Monate vor Beginn seines Prozesses der Gesetzgeber im Zwei-Tage-Galopp eine auf seine und seiner Mitangeklagten Verteidigung gezielte grundlegende Änderung der rund hundertjährigen Strafprozeß-Ordnung (StPO) absondern werde? Die zweite und die dritte Beratung des Verteidigerausschluß-Gesetzes im Bundestag haben am 18. Dezember 1974 stattgefunden. Der Bundesrat hat schon am 19. Dezember 1974 seine Zustimmung zu diesem Gesetz gegeben.

Zur Begründung dieses höchst ungewöhnlichen Gesetzgebungswerks, in Wahrheit ein Gesetz der Exekutive, welchem das Parlament unreflektiert akklamiert hat, zitieren wir den Abgeordneten Dr. Lenz aus der 138. Sitzung des Bundestags:

„Die Gesetzesregelung ist erforderlich geworden, weil eine kleine Gruppe von etwa zwei Dutzend Anwälten ganz bewußt die Streichung der früher gegebenen Überwachungsmöglichkeiten mißbraucht haben, um eine revolutionäre Tätigkeit zu unterstützen. Nur um die Bekämpfung dieser Anwälte handelt es sich hier. Hier handelt es sich nicht darum, die Möglichkeiten der normalen Strafverteidigung einzuschränken, denn eine normale Strafverteidigung haben diese Strafverteidiger, diese sogenannten Verteidiger muß ich ja sagen, überhaupt nicht im Sinn."

Konnte wirklich Baader darauf vorbereitet sein, daß rund zwei Monate vor Beginn dieser Hauptverhandlung der Generalbundesanwalt beginnen werde, listig terminiert, einen nach dem anderen seiner, Baaders, drei Wahlverteidiger aus dem Verfahren herauszuschießen ?

Am 3. März 1975 hat der Generalbundesanwalt den Ausschluß des Anwalts Klaus Croissant beantragt; am 22. April 1975 - also genau 30 Tage vor Beginn dieser Hauptverhandlung - hat das Oberlandesgericht den Ausschluß dieses Verteidigers verfügt; erst am 22. Mai 1975, einen Tag nach Beginn der Hauptverhandlung, hat Croissant den Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 20. Mai erhalten, der seine Ausschließung bestätigte.

Am 11. März 1975 hat der Generalbundesanwalt den Ausschluß des nächsten Wahlverteidigers von Baader, des Kollegen Kurt Groenewold, beantragt; das Oberlandesgericht hat dessen Ausschließung am z. Mai 1975 - also 19 Tage vor Beginn dieser Hauptverhandlung - verfügt.

Am 16. April 1975, fünf Wochen vor Beginn dieser Hauptverhandlung, hat der Generalbundesanwalt den Ausschluß des letzten Wahlverteidigers von Andreas Baader, Christian Ströbele, beantragt; das Oberlandesgericht hat antragsgemäß auch diese Ausschließung verfügt - am 9. Mai 1975, zwölf Tage vor Beginn dieser Hauptverhandlung.

Am 15. Mai 1975, sechs Tage vor Beginn dieser Hauptverhandlung, hat der Bundesgerichtshof gegen den nunmehr neu bestellten Verteidiger von Baader, den Kollegen Haag, Haftbefehl erlassen auf die anonyme Verdächtigung hin, Monate vorher habe dieser Kollege „für eine kriminelle Vereinigung Waffen beschafft". Bereits am 19. Mai 1975 war Rechtsanwalt Haag festgenommen worden.

Spätestens seit jenem Tag hat Andreas Baader kein Verteidiger-Gespräch mehr führen können und keinerlei Kommunikationsmöglichkeiten nach draußen mehr gefunden.

Am 20. Mai, einen Tag vor Beginn dieser Hauptverhandlung, ist den Rechtsanwälten Becker, v. Plottnitz und Schily ein fünfzehnminütiges Gespräch mit Baader erlaubt worden, um nach einem neuen Verteidiger seines Vertrauens wenigstens

suchen zu können.

Konnte denn selbst ein Rechtskundiger voraussehen, daß die Doktrin der Bundesanwaltschaft zur neuen Prozeßmaxime werden würde: Der bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig zu behandelnde Angeklagte, der nach dem Abzählspiel der Bundesanwaltschaft am Beginn der Hauptverhandlung hinterleerer Verteidiger-Bank sich findet, habe sein Recht auf freie Verteidigung verwirkt?

Pressekonferenz des Generalbundesanwalts am 25. März 1975: „Auf Fragen, daß etwa bei Baader möglicherweise überhaupt kein Anwalt seines Vertrauens übrigbleibe oder daß die Pflichtverteidiger nicht in der Lage seien, ihre Mandanten in deren Sinne sachgerecht zu verteidigen, antworteten Buback und die anwesenden Bundesanwälte mit einem Achselzucken." (Süddeutsche Zeitung" vom 26. März 1975).

Generalbundesanwalt Buback in seinem Stern-Interview:

„STERN: ‚Nach der Menschenrechtskonvention, die bei uns Gesetzeskraft hat, kann jeder Angeklagte einen Verteidiger seiner Wahl benennen. Ist dieses Recht im Fall Andreas Baader noch gewährleistet, nachdem seine drei Wahlverteidiger, Croissant, Groenewold und Ströbele, ausgeschlossen sind und Baader gar keinen neuen Wahlverteidiger mehr benennen konnte, der sich noch in den umfangreichen Prozeßstoff hätte einarbeiten können?`

BUBACK: ‚Die Frage ist doch: Gilt der Grundsatz des fairen Prozesses, den Sie angesprochen haben, auch dann, wenn ein Verteidiger seine Vorrechte mißbraucht und wenn der Mandant davon gewußt oder sogar dazu angestiftet hat? Ich bin der Meinung: Nein_"` („Stern" 24/.75 vom 5. 6. 75).

Die Rechtsentwicklung nimmt hierzulande rapiden Lauf: Hatte noch ein halbes Jahr vorher einmal wieder das Bundesverfassungsgericht aus dem Rechtsstaatsprinzip grundrechtsgleich „das Recht auf ein faires Verfahren" interpretiert, dazu besonders den Anspruch auf „Waffengleichheit von Ankläger und Beschuldigtem" gezählt und den auf freie Verteidigerwahl, suspendiert hier und heute der höchste Ankläger der Republik das längst anerkannte Menschenrecht auf freie und selbstgewählte Verteidigung (Artikel 14 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, welchen die Bundesrepublik am 17. Dezember 1973 ratifiziert hat).

Hatte noch am 11 . Juni 1975 die Bundesanwaltschaft Baaders neuem Verteidiger bedauernd bedeutet, Anklageschrift und Aktenkopien gäben es nicht für ihn, er möge sich doch aus den Beständen seiner Vorgänger bedienen - da hat zwölf Tage später schon die Bundesanwaltschaft selber hingelangt. Am 23. Juni hat sie die Büros der Rechtsanwälte Croissant, Groenewold und Ströbele von sämtlichen Verteidiger-Unterlagen für den Stammheimer Prozeß entlastet.

Das alles kommt ja nicht von gestern. Obwohl sie „Täter" noch nicht hatten, präsentierten sie bereits die Mittäter und Gehilfen.

Am 26. Mai 1972 gaben Springers Gazetten den Bundesinnenminister Genscher wieder: „Die Helfershelfer und die Gesinnungsfreunde der Baader-Meinhof-Bande seien vor allem links eingestellte Rechtsanwälte."

Am 10. Juni 1972 kam in der „Frankfurter Rundschau" der Generalbundesanwalt zu Wort: „Der Bundesanwalt wies auf die gesinnungsmäßige Solidarität zwischen den Verteidigern und den Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe hin und sagte, es sei interessant, daß bei der Verteidigung der Baader-Meinhof-Gruppe immer wieder dieselben Anwaltskanzleien in Erscheinung treten."

Schon am 15. Juni 1972 ließ der damalige Generalbundesanwalt Martin die Öffentlichkeit wissen, er besitze angeblich „konkretes Beweismaterial, daß einige Rechtsanwälte Beziehungen zu ihren Mandanten pflegen, die ihre anwaltschaftlichen Berufspflichten verletzen" (FR vom 16.6. 72).

Martins damaliger Pressesprecher Buback prophezeite zur Reaktion der öffentlich angesprochenen Anwälte: „Wir sehen den Dienstaufsichtsbeschwerden mit Gelassenheit entgegen. Eines Tages liegt das, was wir als unsere Reaktion zeigen werden, auf dem Tisch."

Am 26. Juni 1972 zitierte die „Frankfurter Rundschau" aus einer Verlautbarung Bubacks: „Gegen drei der ‚Baader-Meinhof-Anwälte` . . . hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Ermittlungsverfahren eingeleitet." Drei Jahre später noch geheimniste Herr Buback, nun selbst Generalbundesanwalt: „. . . das Tatsachenmaterial, das zum Ausschluß der Verteidiger führen könne. . ., könne und wolle er nicht der Öffentlichkeit präsentieren." („Süddeutsche Zeitung" vom 26. März 1975).

Anderthalb Jahre vorher allerdings war schon zu vernehmen: Ermittlungen gegen die Rechtsanwälte Croissant und Ströbele „wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, der Baader-Meinhof-Bande, sind abgeschlossen" (Süddeutsche Zeitung vom 6. September 1973).

Am 12. Juni 1975 ereilte den Kollegen Groenewold ein Berufsverbot, am 23. Juni 1975 gerieten die Kollegen Croissant und Ströbele in Untersuchungshaft: wegen Unterstützung ihrer Mandanten.

Drei Jahre öffentlicher Feind-Erklärungen haben späte Früchte getragen.

Doch „die Reform" vom 20. Dezember 1974 der Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 reicht nicht, den Rechtsstaat zu retten.

Wieder setzte der Republik höchster Ankläger das Signal: Am 23. 3. 1975 ließ er die Leser der Welt am Sonntag wissen, das Verteidiger-Ausschluß-Gesetz habe auf die Baader-Meinhof-Verteidiger nicht abschreckend gewirkt, und wenig später pries er im „Stern" die richtige Rezeptur: „Ich war immer der Ansicht, daß dein Mißbrauch der Verteidiger-Rechte nicht allein durch den Ausschluß wirksam begegnet werden kann. Eine Überwachung muß hinzukommen."

Es kennzeichnet unsere Rechtslandschaft, wie jeweils die Exekutive dem Gesetzgeber die Marschrichtung zeigt; und auch der Rechtssprechung, deren Funktion es nicht zuletzt ist, das Handeln jener zu kontrollieren.

Am 13. März programmierte der Bundeskanzler vor dem Bundestag die Dritte Gewalt: „Deutlicher als bisher müsse auch gezielten Kampagnen, wie der von den Baader-Meinhof-Anwälten gestarteten Aktion wegen einer angeblichen ‚Isolationsfolter` der Untersuchungshäftlinge, begegnet werden. Hier sei falsch und zu nachsichtig gehandelt worden, sagte Schmidt. Er bedauere auch, daß erst in einem Fall, dem .des Stuttgarter Anwalts Klaus Croissant, von der neuen rechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht worden sei, den Verkehr zwischen den Angeklagten und ihren einer Straftat verdächtigen Verteidigern zu unterbinden." („Frankfurter Rundschau" vom 14. Mai 1975).

Am 25. 4. 75 wiederholte er, deutlicher, und nahm der Justiz gleich schwierige Rechtsfindung ab. Schon vor Prozeßbeginn in Stammheim hat der Regierungschef über die dort Angeklagten das Urteil gesprochen:

.. der harte Kern der kriminellen Baader-Meinhof-Vereinigung, dem zahlreiche Morde, Mordversuche, Sprengstoffattentate, Banküberfälle zur Last zu legen sind . . . die Gewaltverbrecher Baader, Meinhof und andere . . . anarchistische Banditen . . .", und er wies gleich für die Zukunft weiter den Weg: „ . . die Ausschöpfung der von der Strafprozeßordnung eröffneten neuen Möglichkeiten . . . bis an die Grenze dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist."

Auf dieser Grundlage gedeiht die Bekämpfung der Verteidigung im Strafprozeß als das Reformwerk dieser Legislaturperiode, und der offengelegte Staatsnotstand läßt den Parteienstreit schwinden.

Dem Parlament liegen vor:

Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung der Strafprozeßordnung (Bundestags-Drucksache 7/3649 vorn 16. 5.75).

Zielsetzung:

Der vorliegende Entwurf verfolgt das Ziel, durch geeignete Änderung der StPO zu verhindern, daß mit Hilfe der Befugnisse des Strafverteidigers die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege gefährdet werden.

Lösung:

Zur Verwirklichung dieses Zieles sieht der Entwurf Regelungen vor, die es unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen, den Verkehr des Verteidigers mit dem nicht auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten durch einen Richter zu überwachen und den Verteidiger, der das Verfahren mit rechtswidrigen Mitteln zu vereiteln sucht, von der Mitwirkung in dem Verfahren auszuschließen. (Sogenannte „Verfahrenssabotage": „Wenn der Verteidiger z. B. bereits abgelehnte Anträge immer wieder erneut stellt, provokativ, trotz Entziehung des Wortes, und mehrmaliger Abmahnung, weiterredet . . .") (Aus der Entwurfsbegründung auf S. 6).

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU zur Bekämpfung terroristischer, krimineller Vereinigungen (Bundestags-Drucksache 7/3661 vom 21. 5. 75).

Zielsetzung:

Verbesserte strafrechtliche und verfahrensrechtliche Regelungen zur Bekämpfung moderner Formen terroristischer, krimineller Vereinigungen.

Lösung: (Verfahrensrecht):

a) Klarstellung bei § 112, Abs. 2, Nr. 3 StPO, daß bei Verdacht der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in der Regel der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr besteht- also, die gesetzliche Fiktion eines Haftgrundes;

b) Erweiterung des § 112, Abs. 3 StPO, für die Fälle des neuen § 129 a StGB - also, Untersuchungshaft ohne Haftgrund.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP zur Änderung des StGB, der StPO, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Bundes-Rechtsanwaltsordnung.

Zielsetzung:

Der Entwurf soll dazu beitragen, besonders gefährliche, kriminelle Vereinigungen wirksamer als bisher zu bekämpfen.

Lösung: (Verfahrensrecht):

Im Strafverfahrensrecht wird eine Erweiterung des Haftgrundes § 112, Abs. 3 StPO sowie eine Ergänzung der Regelung über die Ausschließung von Strafverteidigern vorgeschlagen. Der Entwurf sieht weiter die Einführung einer abgestuften Regelung über die Überwachung des schriftlichen und mündlichen Verteidigerverkehrs mit dem inhaftierten Beschuldigten vor.

Gesetzentwurf des Bundesrates zur Erleichterung der Strafverfolgung krimineller Vereinigungen (Bundestags-Drucksache 7/3734 vom 5. 6. 75).

Zielsetzung:

Wirksamere Bekämpfung besonders gefährlicher krimineller Vereinigungen.

Lösung:

Ergänzung des § 129 StGB um eine Bestimmung, nach der von einer Bestrafung abgesehen oder die Strafe gemildert werden kann, wenn ein Mitglied einer kriminellen Vereinigung, deren Zwecke oder Tätigkeit auf die Begehung schwerster Verbrechen gerichtet ist, einen Beitrag zur Behebung eines Ermittlungsnotstandes geleistet hat: das sogenannte Kronzeugen-Gesetz (oder auch: Denunzianten-Privileg).

„Die Interessen . . . des Staats werden nicht dadurch gewahrt, daß in Gerichtsverfahren Anwälte, die . . . unter Umständen derselben politischen Geistesrichtung wie der Angeklagte angehören, diesen Rechtsbeistand leisten."

Diese Sentenz entstammt nicht der Begründung einer der hier zitierten Gesetzesentwürfe. Sie findet sich in einem Spruch des Obersten Parteigerichts der NSDAP, veröffentlicht in Juristische Wochenzeitschrift 1937, auf Seite 3213.

Zum Rechtszustand, wie er in *dieser* Republik gelten soll, zitieren wir aus dem Groß-Kommentar zur Deutschen Strafprozeßordnung (Löwe/Rosenberg/Schäfer, 22. Auflage 1971, Einleitung Kap. 5 Abs. 2):

„Auch der schwerster Straftaten Beschuldigte und dringlich Verdächtigte hat Anspruch auf ein faires, gesetzmäßiges Verfahren. Bei jedem Angeklagten wird bis zum gesetzmäßigen Nachweis seiner Schuld vermutet, daß er unschuldig ist. Keinerlei Ausnahmen sind zulässig; in keinem Fall heiligt der Zweck die Mittel . . ."

-

Konkret 08/75, S. 13

Peter O. Chotjewitz, Sergio Segre

„Die kommunistisch-sozialliberal-christlich-demokratische Partei"

Italiens Kommunisten sind auf dem Weg zur Macht. Bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen erreichten sie 33 Prozent. Wann wird Rom bolschewistisch? Der Schriftsteller und Italien-Experte Peter O. Chotjewitz befragte für KONKRET den italienischen KP-Führer Sergio Segre:

Bonn, den 7. Juli 1975. Der „historische Kompromiß", von Italiens KP-Sekretär Berlinguer auf lern Parteitag im letzten März in Rom verkündet, ist mehr als nur ein Reizwort. Bald schon könnte ein Bündnis von Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten in Italien politische Realität werden und bundesdeutsche Linksabgrenzler vor eine weitere Schwierigkeit stellen.

Ich spreche mit Sergio *SEGRE,* Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses und Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) - der Schattenaußenminister Italiens gewissermaßen.

Segres Terminkalender ist randvoll: Letzte Woche in der Hauptstadt der DDR zur Vorbereitung des Treffens der kommunistischen Parteien, anschließend ZK-Sitzung in Rom zum Thema: „Wahlsieg der KPI". Diese Woche erst in Bonn, dann eine zweitägige Konferenz mit der KP Spaniens (KPS) in Livorno; nächste Woche wieder in Ost-Berlin.

Wir sprechen über das Verhältnis der KPI zu den westeuropäischen Schwesterparteien. Das Verhältnis zur KP Portugals (KPP) ist problematisch. Die KPP verübelt der KPI eine großaufgemachte Einladung an Mario Soares eine Woche vor den italienischen Regionalwahlen. Für die KPI war die Einladung wichtig, um nicht wegen der portugiesischen Ereignisse Stimmeneinbußen zu erleiden. Andererseits wirft die KPP der KPI wegen der öffentlichen Unterstützung des Sozialistenführers unsolidarisches Verhalten vor.

Das umstrittene Interview der Oriana Fallaci mit KPP-Chef Cunhal hält man in der KPI im wesentlichen für authentisch, da es mit Informationen übereinstimmt, die der Partei vorliegen. Danach steuert die KP Portugals einen erheblich anderen Kurs als die KP Italiens. Belastet ist deswegen auch das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF). Die KPI kritisiert die Störungen im Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, die nach ihren Informationen auch auf das Konto der KPF gehen, und ist mit der starken Unterstützung der KPP durch die KPF nicht einverstanden.

Hinter diesen Positionsbestimmungen steht natürlich auch ein pragmatisches innenpolitisches Interesse der KPI: der Weg zur „Volkspartei" mitteleuropäischen Zuschnitts.

Die KPI verdankt ihrem Kurs den Sieg in den Regional- und Kommunalwahlen am 15. Juni 1975, der mit seinem Zugewinn (plus 5,5 Prozent) freilich selbst für die Parteispitze unerwartet hoch ausfiel. Infolge der Abgrenzung gegenüber Frankreichs und Portugals KP vermochte die KPI in die Stammwählerschaft der Christdemokraten und sogar der Liberalen einzubrechen: den Mittelstand, die katholische Arbeiterschaft, die kleinen Selbständigen. Kein Einzelfall: In Turin unterschrieben 40 Redakteure der dem FIAT-Konzern gehörenden Tageszeitung „La Stampa" einen Wahlaufruf zugunsten der KPI!

Herzlich und ungestört ist dagegen das Verhältnis zur KP Spaniens. Gut auch sind die Beziehungen zur SED. Beim nationalen „Fest der Unità" im kommenden September in Florenz, zu dem über eine halbe Million Teilnehmer alleine auf der Abschlußkundgebung erwartet werden, wird die DDR als „Ehrengast" rangieren - mit Thomanerchor, Volksbühnenensemble und einem Konzert des Leipziger Gewandhausorchesters auf der Piazza Michelangelo. Tags drauf werden die Leipziger- für Papst Paul VI. musizieren. Historischer Kompromiß.

Ich fragte Sergio Segre: Worin liegt der Unterschied zwischen dem „historischen Kompromiß" und der Strategie der SPD, durch Beteiligung an der christdemokratischen Regierung Kiesfinger 1966 regierungsfähig zu werden? Segre verweist zunächst auf die Unterschiede zwischen KPI und SPD, die unterschiedliche Struktur des Parteiensystems in Italien und vor allem die unterschiedliche politische Situation in Italien und der Bundesrepublik. Dann sagt er:

„Das wesentliche Moment der Strategie des ‚historischen Kompromisses` ist sicher das Problem, die Kommunisten an der Regierung zu beteiligen. Aber die Strategie erschöpft sich nicht darin. Sie geht darüber hinaus und hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit unserer Partei, vom historischen Block (‚blocco storico`) Gramscis, über die politische Linie, die in der Zeit des antifaschistischen Widerstandskampfes verfolgt wurde, bis hin zur Allianz zwischen den demokratischen Kräften und den Volkskräften (‚forze popolare`) nach dem Sturz des Faschismus . . .`

CHOTJEWITZ: . . . Was sich ja auch in der Beteiligung der Kommunisten an den ersten Regierungen der Nachkriegszeit ausdrückt.

SEGRE: „Ja. Wenn wir nun die heutige Situation betrachten, so sehen wir, daß es in Italien drei grundlegende ‚Volkskräfte` gibt: die Kommunisten, die Sozialisten und die Katholiken."

CHOTJEWITZ: Wie wurde nun die Formulierung vom historischen Kompromiß geboren?

SEGRE: „Ein wesentlicher Anstoß waren die Ereignisse in Chile. Ich meine, da gab es ein Moment der Reflexion bei den italienischen Kommunisten über die Ursachen dessen, was in Chile passiert war. Man ging von der Überzeugung aus, daß in Italien das Einverständnis der Gesamtheit dieser Kräfte notwendig sei, um eine Politik der demokratischen Erneuerung und gesellschaftlichen Umwandlung - auch im Hinblick auf eine sozialistische Transformation der Gesellschaft -realisieren zu können. Die italienischen Probleme sind so enorm groß, daß keine Partei sie alleine lösen kann. Um sie zu lösen, muß ein vertikaler Bruch im italienischen Volk vermieden und versucht werden, eine größtmögliche demokratische Einheit zu schaffen, die fähig ist, den konservativen Widerstand zu überwinden."

Ich frage, ob die Ereignisse in Chile nicht zeigten, daß die Strategie des historischen Kompromisses scheitern könne, wenn es darum geht, mit dem Aufbau des Sozialismus tatsächlich zu beginnen. Allende sei mit den Stimmen derselben Christdemokraten gewählt worden, die später seinen Sturz mit betrieben haben.

SEGRE: „Den Fall Chile haben wir unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet. Natürlich sind wir davon ausgegangen, daß Allende auch von den Christdemokraten gewählt wurde und daß diese z. B. die Nationalisierung des Kupfers gebilligt hatten, daß dann aber ein Bruch zwischen den demokratischen Kräften entstand, also zwischen der Volksfront und den Christdemokraten, dessen Ursachen inzwischen von der Gesamtheit dieser politischen Kräfte vielfach kritisch analysiert worden sind.

Natürlich gab es in erster Linie eine Verantwortlichkeit der Christdemokraten für die Politik, die sie geführt haben. Aber zweifellos gab es auch Irrtümer in der Politik der Volksfront gegenüber den Christdemokraten."

CHOTJEWITZ: Welche Lehre zieht Ihr danach aus den chilenischen Ereignissen?

SEGRE: „Das zentrale strategische Ziel, das wir uns in den letzten 30 Jahren gestellt haben, war immer, ein Bündnis zwischen der extremen Rechten und den Kräften des Zentrums zu verhindern. Unsere Überzeugung war und ist, daß die mittleren Gesellschaftsschichten, die nicht alle, aber zum Teil von den Christdemokraten vertreten werden, für eine Politik der gesellschaftlichen Umwandlung und demokratischen Erneuerung gewonnen werden müssen, und zwar auch für eine Politik der sozialistischen Umwandlung in der Zukunft.

Wir haben deshalb auch immer gesagt, daß wir in der Frage der 51 Prozent eine andere Strategie vertreten als z. B. die Kommunistische Partei Frankreichs.

Wir meinen, daß die Umwandlung eines Landes wie Italien nicht durch einen Wahlsieg von 51 Prozent der Stimmen möglich ist. Natürlich wäre ein solches Wahlergebnis ein gewaltiger Schritt nach vorne, aber er enthebt uns nicht der Notwendigkeit, das breite Einverständnis aller Volkskräfte zu erreichen. Der italienische Faschismus gewann die Oberhand, als sich 1922 die Mittelschichten nach rechts orientierten; es kommt deshalb darauf an, die Kräfte des Mittelstandes auf fortschrittliche Positionen zu bringen."

Damit sind wir bei der Frage, ob mit der christdemokratischen Partei Italien ein solches Bündnis überhaupt wirksam aufgebaut werden kann und ob der historische Kompromiß ohne eine Spaltung der christdemokratischen Partei (DC) möglich ist. Dazu *SEGRE:*

„Die DC hat am 15. Juni 1975 eine heftige Niederlage erlitten. Dazu kommt die Niederlage im Volksentscheid über die Ehescheidung 1974. Die DC ist dadurch in eine Krise geraten, die nicht ohne einschneidende Veränderungen der politischen Linie und des gesellschaftlichen Stellenwertes dieser Partei bleiben kann."

Eine große Zahl politischer Führer der DC frage sich heute, ob die DC nicht das gleiche Schicksal erleiden werde wie die MRP von Georges Bidault, wenn sie ihre derzeitige Linie fortsetze, und sie schauten mit Besorgnis auf die Erfahrungen der

UDR in Frankreich, die alle Macht im Staat besaß und plötzlich zerfiel, sich auflöste und keine Gefolgschaft mehr hatte. Deshalb herrsche heute in der DC ein offener Kampf zwischen den mehr volksnahen, antifaschistischen Strömungen, die von einer echten und tatsächlichen Neugründung der christdemokratischen Partei sprechen, und den Vertretern der mehr konservativen Kräfte dieser Partei. Wie dieser Kampf ausgehen werde, sei schwer vorauszusagen.

Ich frage, ob die KPI eine solche Spaltung der DC begrüßen würde.

SEGRE: „Wir haben nie auf eine Spaltung der DC hingearbeitet, denn wir müssen der breiten Basis Rechenschaft tragen, die diese Partei in der italienischen Bevölkerung hatte und weiterhin hat. Deshalb befürworten wir eine Transformation dieser Partei in demokratischem, volksnahem und antifaschistischem Sinne."

Ich frage Sergio Segre, ob man den Sozialismus aufbauen und zugleich die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie beibehalten kann. Gerade der historische Kompromiß werfe doch verstärkt das Problem der Behandlung der Machtfrage auf, der Macht in den staatlichen Institutionen, in der Presse, Wirtschaft etc. Ist der historische Kompromiß nicht nur eine Bestätigung der Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft?

Segre gibt zu bedenken, daß man nicht abstrakt von einem bürgerlichen Staat und einer bürgerlichen Gesellschaft reden könne. Italien habe eine republikanische Verfassung, die wahrscheinlich eine der fortschrittlichsten Verfassungen der kapitalistischen Welt sei. Sie schließe eine Entwicklung zum Sozialismus nicht aus. Nur eins verbiete sie: die Rückkehr zum Faschismus.

Von dieser Verfassung her gesehen stelle sich heute das Problem der Erneuerung des demokratischen Staates in Italien. Voraussetzung für eine Realisierung der Verfassung seien die stärkere demokratische Beteiligung aller demokratischen Kräfte, die Verbesserung der autonomen Stellung der Gebietskörperschaften, vor allem der Regionen, die Verteidigung des gesellschaftlichen Pluralismus und die Gewinnung der breiten Massen für die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Reformen, wie der politischen Reformen ganz allgemein.

„In diesem Sinne betrachte ich das Resultat der letzten Wahlen als breite Anerkennung einer politischen Linie, die immer davon ausging, daß die parlamentarische Demokratie das beste Terrain für die Arbeiterklasse und die arbeitende Bevölkerung ist, wenn es darum geht, den Kampf für eine gesellschaftliche und demokratische Erneuerung und für eine sozialistische Erneuerung der Gesellschaft zu führen."

CHOTJEWITZ: Meinen Sie auch die sogenannte pluralistische Demokratie?

SEGRE: „Ich würde sagen: Genau diesen Punkt der pluralistischen Demokratie.

Ich möchte nur ein Beispiel geben: Vor einigen Tagen schrieb einer der Führer der sozialistischen Partei Frankreichs in einer französischen Zeitung, daß sich der große Erfolg der KPI vermutlich auch von der Tatsache herleiten lasse, daß die KPI es verstanden habe, gleichzeitig eine kommunistische und eine sozialistische Partei zu sein, d. h. neben den Funktionen einer kommunistischen Partei zugleich die Funktionen zu erfüllen, die in anderen Ländern von den großen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ausgeübt werden, und daß die KPI im Laufe ihrer Geschichte keine Trennung gemacht habe zwischen dem Kampf für die Demokratie und dem Kampf für den Sozialismus.

Eine große italienische Zeitung hat darauf ergänzend erwidert, daß vermutlich noch etwas hinzukomme, um das Phänomen der KP] zu erklären: Die KPI hat -auch wenn das seltsam klingen mag- nicht nur verstanden, die Funktionen einer kommunistischen und einer sozialistischen Partei in einem auszufüllen, sondern sie hat gleichzeitig auch die Aufgaben einer liberalen Partei übernommen. Das heißt, sie habe sich die großen Ideale zu eigen gemacht, die zur liberalen Tradition gehören und die die führenden kapitalistischen Klassen in der augenblicklichen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung aufzugeben versuchen oder bereits aufgegeben haben."

Segre zitiert den linksliberalen Mailänder „Corriere della Sera", nach dessen Ansieht es der KPI gelungen ist, die Dynamik ihrer Bewegung wie keine andere Partei in den Dienst der Verfassung und der demokratischen Umwandlung der Gesellschaft zu stellen. Laut Segre liege hierin auch der eigentliche Grund dafür, daß die italienische Demokratie heute, trotz aller terroristischen Aktivitäten und trotz der neofaschistischen Attentate und Umsturzpläne, so stark sei wie nie zuvor

im Laufe der letzten 30 Jahre und der italienischen Geschichte ganz allgemein.

Meine nächste Frage: Wie steht die KPI zur EG und zur NATO?

SEGRE: „Wir waren immer der Meinung, daß der Prozeß der europäischen Integration ein ‚objektiver Prozeß' (‚processo obiettivo`) sei. Wir waren seinerzeit gegen die Gründung der EWG, weil wir im Zeitpunkt und in der Art der Gründung im Gemeinsamen Markt ein Mittel sahen, die Klassengegensätze in Europa zu verschärfen. Als die EWG eine politische Realität wurde, haben wir das zur Kenntnis genommen und seither für eine demokratische Umwandlung der EG gekämpft. Dieses Problem der demokratischen Umwandlung ist heute, angesichts der verschiedenen Entwürfe für eine politische Union innerhalb der EG, dringender denn je. Wir halten es deshalb für unbedingt erforderlich, zwischen allen demokratischen Kräften Europas - Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, fortschrittliche katholische Kräfte - eine größtmögliche Einheit herzustellen, um die Europäische Gemeinschaft der exklusiven Kontrolle der großen Monopolgruppen zu entziehen und neue Zielvorstellungen für die EG zu entwickeln, im Sinne einer größeren Autonomie und Selbstbestimmung und einem demokratischeren Charakter der Gemeinschaft."

CHOTJEWITZ: Und die NATO?

SEGRE:: „Nun . . . wir waren gegen die NATO, weil wir sie als ein System betrachteten, das die Situation in Europa und der Welt verschlechtert hat, das die Teilung kodifiziert und bis zu einem gewissen Punkt überhaupt erst geschaffen hat. Auch hier handeln wir heute nach realistischen Zielvorstellungen. Wir erkennen an, daß der Prozeß der internationalen Entspannung zwei Eckpfeiler hat: die USA und die UdSSR."

Das Fundament der Entspannung, so Segre weiter, bilde die Voraussetzung der beiden Supermächte, daß die notwendige Verringerung der militärischen Konfrontation nicht zu einer Veränderung des militärischen Gleichgewichts führen dürfe. Es wäre deshalb unrealistisch, heute, in der Entspannungsphase, den Austritt Italiens aus der NATO zu verlangen, da dieser das militärische Gleichgewicht verändern und damit die Entspannungspolitik beeinträchtigen würde. Italien müsse vielmehr innerhalb der NATO eine autonome Politik entwickeln, die die Entspannung fördere, wobei die Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern eine besondere Rolle spielen müsse, da Italien aufgrund seiner strategischen Lage gerade in diesem Raum an einer Verminderung der militärischen Konfrontation interessiert sei. Das liege auch im Interesse der nordeuropäischen Staaten, da Italien als Mittelmeeranrainer für den Dialog mit den Entwicklungsländern eine wichtige Brücke bilden könne.

Wir kommen auf das Verhältnis der KPI zur Bundesrepublik zu sprechen: Welche Partei der Bundesrepublik spielt für Sie die größte Rolle?

SEGRE: „In der Bundesrepublik haben wir beste Beziehungen zur DKP, und wir sind an der Entwicklung möglichst umfassender Beziehungen zur SPD interessiert. Bei unserem letzten Kongreß hatten wir alle kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas zu Gast, und darunter befanden sich Mitglieder sowohl der SPD wie der DKP."

CHOTJEWITZ: Aber die SPD lehnt die DKP strikt ab; auch sozialdemokratische Minister praktizieren das Berufsverbot gegen DKP-Mitglieder!

SEGRE: „Wir müssen zwei Dinge berücksichtigen:

Erstens natürlich die internationale Solidarität, die zwischen den kommunistischen Parteien existiert.

Zweitens gehen wir auch hier von einer realistischen Analyse der Situation aus, daß nämlich in einer Reihe großer europäischer Staaten wie der BRD, Großbritannien, Österreich, Schweden sich der politische Wille der Arbeiterklasse, so wie sie heute ist, in erster Linie in der Existenz großer sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien ausdrückt. Wenn man eine Politik der Übereinstimmung im Interesse der arbeitenden Massen in Europa erarbeiten will, kann man diese grundlegende Tatsache nicht ignorieren."

Segre verweist darauf, daß zu Beginn der „Ostpolitik" der sozial-liberalen Koalition interessante Gespräche mit der SPD stattgefunden hätten, die inzwischen in allen Einzelheiten bekannt seien. Es erscheint der KPI notwendig, nicht nur im Hinblick auf eine neue und sozialere Politik in Europa, sondern auch auf die westöstliche Entspannungspolitik, gerade im Zeichen der Reaktion der konservativen Kräfte auf diese Entspannungspolitik, den Dialog mit der SPD nicht abreißen zu lassen.

Und wie ist das Verhältnis zur Kommunistischen Partei der UdSSR? Die Beziehungen seien ausgezeichnet, meint Sergio Segre, wie überhaupt zur „Gesamtheit der kommunistischen Parteien". Diese Antwort wird er später, als das Tonband nicht mehr läuft, differenzieren. Die Kommunistische Partei Chinas sei die einzige KP, zu der keine Beziehungen bestehen, was die KPI sehr bedauere. Sie sei jederzeit bereit, Beziehungen aufzunehmen und miteinander zu reden.

CHOTJEWITZ: Worauf gründen sich die Beziehungen zur KPdSU?

SEGRE: „Auf die Anerkennung der Autonomie, das heißt der Unabhängigkeit jeder Partei, sowohl hinsichtlich ihrer Innenpolitik als auch der Außenpolitik und ihrer Leitlinien. Diese Politik entspricht einer Forderung, die unsere Partei immer gestellt hat, und sie ist vermutlich eine der Ursachen unserer Stärke: Ich meine die Übereinstimmung unserer eigenen Positionen in der Innenpolitik mit unseren autonomen Positionen auf internationalem Gebiet. Unsere Partei verfolgt international die gleichen Ziele wie in der italienischen Politik."

CHOTJEWITZ: Daher rührt auch die Tatsache, daß Ihr mit der Invasion in der CSSR 1968 nicht einverstanden wart?

SEGRE: „Zweifelsohne, und wir haben unsere eigene Meinung noch in einer Reihe anderer Fälle zum Ausdruck gebracht. Die Qualität der Beziehungen rührt ja gerade daher, Divergenzen nicht zu vermeiden, sondern sie in einer Diskussion anzugehen, wie es zwischen politischen Kräften normalerweise der Brauch ist.

Wir haben in all diesen Jahren unter bedeutenden Anstrengungen versucht, eine Bilanz der Erfahrungen zu ziehen, die die verschiedenen sozialistischen Gesellschaften gemacht haben, um positiv die Charakteristika aufzuzeigen, die eine sozialistische Gesellschaft in den entwickelten Industrieländern des kapitalistischen Europas haben kann und muß.

Wir sind dabei zu der Überzeugung gelangt, daß eine sozialistische Gesellschaft in diesen Ländern die vollständige Entwicklung des gesamten demokratischen Prozesses voraussetzt- eine pluralistische Gesellschaft, die sich auf die freie Dialektik der politischen Parteien stützt, die persönliche und kollektive Freiheit garantiert, die Meinungsfreiheit, Freiheit der Kunst, Kultur und Wissenschaft; d. h. eine Gesellschaft auf der Höhe der Probleme, der Traditionen und der spezifischen Bedingungen in diesen Ländern."

Konkret 08/75, S. 16

Hartmut Schulze

Berufsverbot

Wird die Bundesrepublik ein Schnüffler-Staat?

„Ich will Ihnen mal was sagen: 64 000 Bewerber wurden von uns überprüft. Über 60 000 davon ist das völlig Wurscht, nur diejenigen, die aktive Linkstätigkeiten ausüben, sorgen für Unruhe."

Klare Worte. Dank Herrn Ministerpräsidenten Hans Filbinger.

Wir lernen: Seit Herbst 7 973 hat das Stuttgarter Landesamt für Verfassungsschutz 64 800 Bewerber für den öffentlichen Dienst auf ihre Gesinnung hin überprüft. Hierfür wurde ein Sonderdezernat mit fünf hochdotierten Beamten besetzt. „Rechtsgrundlage" ist ein Erlaß des baden-württembergischen Innenministers Schieß, der „Schieß-Erlaß". Belastet werden „nur diejenigen, die aktive Linkstätigkeiten ausüben". Rechtsradikale werden nur in Ausnahmefällen behelligt. Wie etwa der Mannheimer Oberstudienrat Günther Deckert. Der wurde als Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" Anfang des Jahres vom Dienst am Tulla-Gymnasium suspendiert. Wenige Wochen später war der NPD-Funktionär wieder im Amt. Die Dienststrafkammer beim Verwaltungsgericht Karlsruhe entschied: Die Verfassungsfeindlichkeit der NPD ist „nicht so evident". Bei „Linkstätigen" ist sie es allemal.

Offensichtlich auch bei der sozialdemokratischen Lehrerin Hildegard Müller, der Frau des SPD-Kreisgeschäftsführers von Stuttgart, Peter Müller. Beim Schieß-Dezernat liegen „Erkenntnisse" über Frau Müller vor, zum Beispiel sei sie 1963 Mitglied eines Studentenparlaments gewesen und habe als Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde in West-Berlin an Demonstrationen teilgenommen. Ihr Schulleiter am Stuttgarter Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium erhielt die Anweisung, sie nicht mehr unterrichten zu lassen. Erhard Eppler, der SPD-Landesvorsitzende, nennt dies einen Skandal; erist mithin einer derer, die „für Unruhe" sorgen. Filbinger: „Die von SPD-Politikern und anderen Gruppen aufgestellte Behauptung, es mangele hier an Rechtsstaatlichkeit, ist im Grunde ein Angriff auf unsere unabhängigen Gerichte und gegen unseren Rechtsstaat selbst."

Wer die Berufsverbotspraxis kritisiert, greift unseren Rechtsstaat an, ist Verfassungsfeind. Danke für die klaren Worte, Herr Ministerpräsident.

Längst sind es nicht mehr nur Kommunisten, die vom Berufsverbot betroffen werden. Insgesamt wurden seit Bestehen des Ministerpräsidenten-Erlasses rund 450 000 Bewerber für den öffentlichen Dienst im gesamten Bundesgebiet überprüft. Auf entsprechende Angaben sind übrigens nicht nur die christdemokratisch regierten Länder stolz (Nordrhein-Westfalen nennt 64 000 Überprüfungen, Bayern 55 000, Niedersachsen 72 000).

Dabei werden im sozialdemokratischen Hessen jetzt offenbar automatisch alle Hochschulabsolventen einem Verfahren unterzogen - gleichgültig ob sie in den öffentlichen Dienst wollen oder nicht: Am 18. Juni, 5 Tage nach seinem Staatsexamen, erhielt der Marburger Student Hans-Joachim Parmentier eine Vorladung des Kasseler Regierungspräsidenten zur „Überprüfung der Einstellungsvoraussetzungen", und das, obwohl sich Parmentier nirgends beworben hatte.

Überwachung total - ist das die „gerechtere" Handhabung des Ministerpräsidenten-Erlasses, die der SPD-Parteirat Anfang Juli gefordert hat?

Gegen 1200 Bewerber wurden bisher aufgrund solcher Überprüfungen Verfahren eingeleitet. 457 Berufsverbotsfälle hat die bundesweite Initiative „Weg mit dem Berufsverbot" namentlich registriert. Fast jeder zehnte abgelehnte Bewerber ist Sozialdemokrat oder Mitglied der FDP.

Einige Beispiele:

· Monika Retterath, SPD, wird als Lehramtskandidatin in Rheinland-Pfalz nicht eingestellt und im August vorigen Jahres mit einem Ausbildungsverbot belegt. Begründung: 1. Ihr Vater sei „Mitglied mehrerer kommunistischer Tarnorganisationen", 2. Sie habe früher dem MSB Spartakus angehört.

· Rudolf Renner, FDP, ebenfalls in Rheinland-Pfalz, als Jurist zunächst nicht eingestellt. Grund: Gemeinsame Kandidatur mit Spartakus-Mitgliedern auf der Liste einer „Basis-Gruppe Jura" an der Uni Mainz. Vielfältige Proteste erwirken schließlich die Übernahme.

· Rolf Eickmeier, SPD, wird in Niedersachsen (Hameln) wegen einer Reise in die DDR als Lehrer nicht beschäftigt.

· Dem Hochschullehrer Klaus von Beyme wird in Baden-Württemberg die Berufung zum Professor verweigert, da seine „Gegnerschaft zur CDU-Landesregierung" bekannt sei. Erst nach einer Loyalitätsverpflichtung wird er eingestellt.

· Rainer Kordatzki, SPD, wird am 30.9.73 in Auerteil (Niederbayern) aus dem Schuldienst entlassen. Dreifacher Zweifel an seiner Verfassungstreue: 1. Während des Studiums „Mitarbeit bei den Roten Zellen", z. Er wohne „freiwillig" in einem Haus, aus dem eine rote Fahne heraushänge, 3. Er bete nicht mit den Kindern. Wer's nicht für möglich hält, erkundige sich beim bayerischen Kultusminister Maier.

Auf den jüngsten Berufsverbotsfall für Sozialdemokraten macht Ende Juni der Erlanger SPD-Kreisverband in einem Schreiben an Maier aufmerksam: „Die Häufung der Fälle, bei denen in Anwendung des sog. Radikalen-Erlasses Lehramtsanwärter, die Mitglieder unserer Partei sind, in ihrer Laufbahn behindert werden, läßt sich nicht übersehen. So wurden kürzlich die Anwärter für das Lehramt an Volksschulen, Hans Kolb und Helmut Leonhardt, beide Nürnberg, kurzfristig von der Vereidigung ausgeschlossen." In beiden Fällen wurde die Ablehnung mit der Mitgliedschaft im Sozialistischen Hochschulbund (SHB) begründet. Hier einige Fragen aus dem Anhörungsverfahren vom Mai in Ansbach, das die Zweifel an der Verfassungstreue beider Kandidaten nicht ausräumen konnte (laut Regierungsdirektor Stender „eine ganz normale Angelegenheit. Es handelt sich hier nicht um eine Inquisition"):

„Sind die Ziele der DKP mit dem Godesberger-Programm vereinbar?"

„Wie fassen Sie die Forderung auf, daß die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen erfolgen soll?"

„Warum verwendet der SHB Begriffe aus dem Sprachschatz der DKP?"

„Halten Sie Kommunisten für Demokraten?"

„Halten Sie es für richtig, daß sich die Mehrheit der Studenten für den MSB Spartakus und den SHB entscheidet?"

Bei Kommunisten sind die Fragen in der Regel weniger kompliziert. Protokoll einer Anhörung in Kiel: „Sind Sie Mitglied der DKP?" - „Ja." - „Damit ist das Gespräch eigentlich beendet." Es folgen noch acht kurze Sätze, die ein Gerichtsurteil erläutern, dann ist der Fall für das Kultusministerium erledigt.

In Neuss (NRW) wird gefragt: „Was halten Sie von der Mitbestimmung?" In Göttingen wird einem Bewerber vorgehalten, 5 Mark für die „UZ" gespendet zu haben. In Münster wollen die Prüfer wissen: „Gibt es Verbindungen Ihres SPD-Ortsvereins zur DKP?" Und wieder in Kiel: „Sind Sie Mitglied der GEW?"

Zunehmend werden, so der bayerische Landesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, „ganz private Bereiche der Betroffenen ausgeforscht". In einer Erklärung „Entwicklung zum Überwachungsstaat" nennt er Beispiele aus drei Jahren Berufsverbote-Praxis:

„Einem Erlanger Universitätsassistenten wurde vorgeworfen, er sei beobachtet worden, als er an einer - von einer linken Lehrlingsgruppe veranstalteten - Filmvorführung teilnahm, bei der der Film ‚Streik` des russischen Regisseurs Sergej Eisenstein gezeigt wurde." Oder: „Aus einem Schreiben des Kultusministeriums an den Rechtsanwalt eines Bewerbers vom 6. September 1974: ‚Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt! Im Nachgang zum KMS vom z. 9. 1974 Nr. . . . werden Sie gebeten, eine beglaubigte Abschrift der Austrittserklärung Ihres Mandanten aus dem MSB Spartakus im März 1974 vorzulegen. Von Vorteil für Ihren Mandanten wäre es auch, wenn ein Nachweis über die Erhebung der Scheidungsklage und, falls die DKP-Mitgliedschaft der Ehefrau zur Mitbegründung des Scheidungsbegehrens herangezogen wurde, eine entsprechende Bestätigung beigebracht werden könnte."

Nein, solch widerwärtige Praxis ist nicht auf Bayern beschränkt. Auszug aus einem Anhörungs-Protokoll in West-Berlin:

„Kennen Sie eine Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)?

Ja, ich habe schon mal Flugblätter gelesen. Sonst weiß ich nichts über diese Gruppe.

Kennen Sie prominente Mitglieder dieser Gruppe?

Ernest Mandel.

Woher kennen Sie den?

Von einer Fernsehsendung.

So, diese Fernsehsendung haben Sie also gesehen?

Ja, teilweise.

Wo, in Ihrer Wohnung?

Nein, bei einem Kollegen von

der .'. . Schule.

Haben die Leute in Ihrer Wohnung diese Sendung auch gesehen?

Das weiß ich doch nicht.

Was halten Sie denn von Wohngemeinschaften überhaupt als Wohnformen? Halten Sie Wohngemeinschaften für begrüßenswert?

Ich habe keine Erfahrung. Aber angesichts der Wohnlage in Berlin für Studenten...

Manchmal versteht man etwas nicht. Man hält Fragen für einen Witz. Nehmen Sie mal meine Frage nun nicht als Witz. Könnten Sie sich vorstellen, daß die anderen Untermieter aus Ihrer Wohnung führende Mitglieder einer politischen Organisation, z. B. der GIM, wären? Könnten Sie sich das vorstellen, daß Sie das nicht wüßten?

Nein, ich glaube, das wußte ich. Aber ich weiß es nicht. Ich bin außerdem selten zu Hause.

Aber Sie sind doch Lehrerin, das erfordert doch häusliche Vorbereitung. Oder bereiten Sie Ihren Unterricht nicht vor?

Doch, selbstverständlich. Aber dann arbeite ich in meinem eigenen Zimmer oder auch bei meinem Verlobten.

Betrachten Sie sich selbst nicht als politischen Menschen.

Doch, ich informiere mich zum Beispiel.

Sind Sie selbst Mitglied einer politischen Organisation?

Nein.

Hat der Personalrat noch Fragen?"

So sehen sie aus, die Einzelfall-Prüfungen, die nach den Entwürfen für eine Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes die Berufsverbote-Praxis „vereinheitlichen" sollen. Sieht die Bundesratsvorlage der Länder Bayern und Baden-Württemberg die Ablehnung eines Bewerbers zwingend schon bei bloßer Mitgliedschaft in einer von der jeweiligen Regierung für verfassungswidrig gehaltenen Organisation vor, verlangt der Entwurf der Bundesregierung noch individuelle Prüfung. Zweifel allerdings muß auch hier der Kandidat selbst ausräumen, er muß, unmöglich, weil nicht justitiabel, seine Verfassungstreue beweisen.

„Den Täter haben wir, das ist die Hauptsache, die Tat werden wir noch finden." Mit diesem E.T.A.-Hoffmann-Zitat charakterisiert Rüdiger Offergeld, vom Berufsverbot betroffener Lehrer, Sozialdemokrat, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher und Mitglied des GEW-Hauptvorstands, aus eigener Erfahrung die Suche nach Nachweisen für Treue-Zweifel. „Gerichtsverwertbar" sollen die sein. Doch das mag nicht viel heißen bei bundesdeutscher Justiz.

Da werden Erkenntnisse herbeigestohlen (so in Hannover, wo in einer Aktion „Maiglöckchen" der Verfassungsschutz einen Fürsorgezögling von der Bundeswehr abwarb, um ihn beim örtlichen Spartakus-Vorsitzenden einbrechen und Unterlagen stehlen zu lassen), oder ganz offen beschlagnahmt (so unlängst in Mannheim, wo Kultusminister Hahn gegen den Willen der Fachhochschule *30* Leitz-Ordner mit Prüfungsunterlagen kassierte). Und wo keine Erkenntnisse da sind, ist der Verfassungsschutz noch lange nicht am Ende. Nicht immer sind seine Vorwürfe so leicht zu entkräften wie im Fall eines Junglehrers, dem Spartakus-Aktivitäten - detailliert aufgelistet - angelastet wurden, obwohl der sich zur fraglichen Zeit in England aufhielt.

Beispiel Angelika Volkhardt. Eine handschriftliche Aktennotiz des Landesschulamts Kiel vom Januar dieses Jahres: „Wenn wirklich *beweisbar* ist, daß Frau V. der DKP angehört, einverstanden. Da sie dies jedoch - im Gegensatz zu allen anderen Fällen - abstreitet und sich damit einläßt sie habe immer nur ihren Mann (der DKP-Mitglied ist) begleitet, könnte es im Streitfall so dargestellt werden, als wäre sie ein Opfer von ‚Sippenhaft`. Die Beweisführung muß daher also erst abgesichert werden, was jedenfalls nach den Vorakten nicht so erschien."

Kurze Zeit später konnte der Verfassungsschutz mit der Fotokopie eines angeblichen DKP-Mitgliedsbuches von Angelika Volkhardt aufwarten; ohne Siegel, ohne Beitritts-Marke - offensichtlich eine, leicht zu verfertigende, Fälschung. „Gerichtsverwertbar" war sie trotzdem. Eidesstattliche Versicherungen der zuständigen DKP-Stellen, Vertrauenserklärungen der GEW, der Eltern und Schüler ignorierten die Richter. Angelika Volkhardt wurde mit Berufsverbot belegt.

„Die Binde vor den Augen, das Brett vor dem Kopf, konsumieren sie den der Vergangenheit angehörenden Archipel Gulag; den gegenwärtigen Archipel Verfassungsschutz sehen sie nicht." Der Gießener Staatsrechts-Professor Helmut Ridder attackiert die „meinungsbildenden Schichten der Nation" und zitiert Helmut Schmidt aus dem Jahre *1966: „So* wie die Verfassung selbst lebt und die auf ihrer Grundlage betriebene Staatspolitik sich wandelt, so muß auch der

Verfassungsschutz mit seinen konkreten Objekten der Zeit folgen und sich ihr anpassen. Das Grundgesetz sagt deshalb auch nichts Näheres darüber, womit sich die Verfassungsschutzbehörden im einzelnen zu beschäftigen haben, sondern spricht schlechthin nur von Verfassungsschutz`. Brutaler läßt sich die Identifikation der Verfassung mit der jeweils ‚betriebenen Staatspolitik` kaum in Worte fassen, als durch diese Anpassungsmaximen eines avancierfreudigen Westentaschen-Machiavellismus."

Und die Gerichte?

„Vor dem Verbot einer Partei kann sich niemand zum Nachteil eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes darauf berufen, die noch nicht verbotene Partei sei verfassungswidrig oder setze sich jedenfalls nicht ‚für die bestehende demokratische Staatsauffassung` ein."

Ein akzeptables Urteil, noch dazu vom Bundesverwaltungsgericht. Nur, es bezog sich auf die NPD. Die gleichen Richter, die hier am 14. März *1973* zugunsten eines neofaschistischen Oberstleutnants der Bundeswehr entschieden, urteilten im Fall des DKP-Mitglieds Anne Lenhart genau zwei Jahre später, Zweifel an der Eignung zum Lehramt seien begründet, wenn der Bewerber einer „extremistischen politischen Partei" angehöre. (Sämtliche Gerichte unterer Instanz, die in der Vergangenheit oft genug in sorgfältig begründeten Urteilen Berufsverbote aufhoben werden künftig faktisch an diesen Beschluß gebunden sein.)

Und wer sind diese Richter? Zwei Beispiele:

· Bundesrichter Dr. Edmund de Chapeaurouge, als Nazi-Richter mitverantwortlich für „Rasseschande"-Urteile in Hamburg.

· Bundesrichter Dr. Rudolf Weber-Lortsch, vor 1945 SS- und Polizeiführer im „Reichskommissariat" Ukraine/Nikolajewsk und Oberregierungsrat beim „Reichskommissar" für die besetzten norwegischen Gebiete.

Daher.

Auf das Urteil dieser Herren beziehen sich fast alle Berufsverbots-Entscheide der letzten Wochen, soweit sie Kommunisten betreffen. So auch im Fall der hessischen Lehrerin Gingold. Schon einmal ging dieser Name durch die Presse, als nämlich ihrem Vater, Peter Gingold, Träger der höchsten Auszeichnung, die Frankreich für antifaschistische Widerstandskämpfer zu vergeben hat, nach seinem französischen Exil vor drei Jahren die Wiedereinbürgerung in die BRD verweigert werden sollte. Der Frankfurter Theologie-Professor Hans-Werner Bartsch zieht Parallelen:

„Der in den Berufsverboten zum Ausdruck kommende Antikommunismus erweist sich an diesem speziellen Fall als dem nazistischen Antisemitismus gleich. DKP-Mitgliedschaft wird ebenso gewertet wie in der Nazi-Zeit die Zugehörigkeit zum Judentum. Das Berufsverbot ist dem gelben Stern gleich, den die Juden trugen."

Verständlich, daß sich angesichts dieser Entwicklungen jetzt Protest auch im westlichen Ausland regt. Gremien des Europa-Parlaments, ja sogar der UNO beschäftigen sich mit dem Thema Berufsverbote in der BRD - allerdings von den Meinungsführern dieses Landes totgeschwiegen. Der Londoner „Guardian" z. B. berichtete Anfang des Jahres von einer „verstärkten Unterdrückung freien politischen Denkens in Deutschland".

Tatsächlich sollen die Berufsverbote nicht nur die materielle Existenz Hunderter linker Jungakademiker zerstören - sie wuchsen sich inzwischen zum regelrechten Theorieverbot aus. In Münster wurde die Berufung des Politologen Dr. Thomas Neumann (DKP) abgelehnt, weil er vom „imperialistischen Staat der BRD" gesprochen habe, „denn wer die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und die unseren Staat tragenden politischen Kräfte in der geschehenen Weise abqualifiziert, distanziert sich damit ebenso von einer Verfassung, die solche Ordnungen und politischen Machtverhältnisse als legal zuläßt, oder er hält die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und die zur Zeit bestehenden Machtverhältnisse nicht für verfassungskonform. Beide Alternativen führen zu dem Schluß, daß Sie nicht die Gewähr bieten können, auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes zu stehen."

Im Klartext: Nur was ist, ist legal - hier wird schon der liberale Gemeinplatz von der Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit zum Stigma: Radikal.

Einen wesentlichen Unterschied zwischen solcher Doktrin aus sozialdemokratischer NRW-Bürokratie und Schleswig-Holsteins Kultusminister Braun (CDU), der im Landtag ausruft: „Ich werde verhindern, daß marxistische Leute überhaupt Lehrer sind!" vermag auch Erhard Eppler nicht mehr zu erkennen: „Was in einigen SPD-regierten Ländern passiert, ist um eine Nuance weniger schlimm."

Im sozialdemokratischen Bremen etwa wurde das Lehrer-Examen des DKP-Mitgliedes Frank Behrens von der Hochschule mit „sehr gut" benotet, der Prüfungsvorsitzende, Oberschulrat Ryfisch, verpaßte ihm dagegen kurzerhand eine „sechs". Grund: Verwendung marxistischer Kategorien. Anfang Juli, mit Beginn der Sommerferien, wurde der vorläufig doch

eingestellte Behrens aus dem Schuldienst in Bremerhaven entlassen.

Welches Ausmaß das Theorieverbot mit steigender Arbeitslosigkeit annehmen wird, ist unschwer auszumalen. Der Hamburger Professor Hillmann: „Die Gesinnungsschnüffelei führt nicht nur dazu, daß sich Studenten nicht mehr trauen, zu studentischen und akademischen Gremien zu kandidieren, immer häufiger werden wir auch gefragt, ob bestimmte Wissenschaftsbereiche überhaupt gefahrlos in Prüfungsarbeiten behandelt werden können."

Bei solchen Auswirkungen wird es mittlerweile selbst den SPD-Oberen mulmig, deren Hamburger Senats-Genossen 1971 als erste mit einer Neuauflage entsprechender Adenauer-Erlasse auftraten. SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner: „Hier muß ein Deckel auf die Milchkanne, damit sie nicht überläuft." Doch welcher Deckel, bleibt unklar. Daß aber gerade die jetzt von der SPD erneut geforderte gesetzlich geregelte „Einzelfall-Prüfung" die Gesinnungsschnüffelei fördert, scheint sogar Hamburgs Bürgermeister Klose zu ahnen: „Dieses Problem ist grundsätzlich nicht lösbar."

Doch. Weg mit dem Berufsverbot!

Konkret 08/75, S. 19

Helmut Gollwitzer

Beamtenverhör

Angenommen, ich käme in die Lage, auf Anhörungsfragen antworten zu müssen, wie sie zur Zeit an der Universität Frankfurt gestellt werden:

1. Ich werde gefragt: „Waren Sie 1960 in der DDR?" Antwort: „Leider nein, obwohl ich nach den damaligen Aufforderungen der Bundesregierung, die Brüder und Schwestern in der Zone zu besuchen, hätte hinfahren sollen. Aber die DDR-Behörden machten mir als Westberliner damals noch Schwierigkeiten."

2. „Hatten Sie dort Kontakte zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund?" Antwort: „Auch das hätte ich natürlich damals versuchen und nicht warten sollen, bis der DGB diese Kontakte anknüpft. Ich bitte um Entschuldigung für meinen Mangel an Weitsicht."

3. „Sind Sie Mitglied der GEW?" Antwort: „Noch nicht, aber ich will es trotz aller Schwierigkeiten gleich versuchen."

Jetzt kommen schwierigere Fragen, und ich muß Farbe bekennen:

4. „Waren Sie in Ostblock-Ländern?" „Nein, aber ich werde gleich versuchen, an den Badestrand von Bulgarien zu gelangen."

.5. „Haben Sie 1969 an einer Weihnachtsfeier der DKP teilgenommen?" „Leider nein, aber wenn ich dieses Jahr eine Einladung kriegen sollte, werde ich hingehen."

6. „Haben Sie den Begriff Imperialismus in der BRD` verwendet?" „Aber sicher, freilich mit genauerer Formulierung."

Jetzt aber kommen sehr gefährliche Fragen; ich beschließe, in volle Deckung zu gehen und alles abzustreiten:

7. „Haben Sie während des Studiums an politischen Veranstaltungen teilgenommen?" „Wo denken Sie hin! Mir war die Bafög höchste Verpflichtung! Ich habe studiert und studiert und mich nicht um Politik gekümmert."

8. „Gehören Sie einer politischen Vereinigung an?" „Um Himmels willen, weder jetzt noch später! Ich bin ein gänzlich unpolitischer Mensch und werde mich nie zu etwas anderem bekennen als zur FDGO."

9. „Wie stehen Sie zum Marxismus?" „Auf den stehe ich gar nicht.

Meine Professoren haben mir gesagt, der sei schlecht und überholt, und mir ist meine Zeit zu kostbar, als sie an überholte Sachen zu verschwenden."

Habe ich mich richtig verhalten? Ob ich wahrheitsgemäß geantwortet oder, um meine Haut zu retten, geschwindelt habe - auf jeden Fall habe ich mich verfassungswidrig verhalten. Ich darf diese Fragen gar nicht beantworten, sondern muß sie zurückweisen, weil sie samt und sonders verfassungswidrig sind. Teilstücke eines verfassungswidrigen Unternehmens, an dem ich mich nicht zu beteiligen, sondern das zu verhindern die aktive Treuepflicht des Beamten gegenüber der FDGO im Sinne des GG gebietet.

Dem mir diese Fragen vorlegenden Beamten habe ich zu antworten: „Wie kommen Sie dazu, mir Fragen zu stellen, die Sie als Beamter nach dem Grundgesetz keinem Bewerber bei der Prüfung seiner Eignung für den Öffentlichen Dienst stellen dürfen, sowenig wie die Frage, wie oft er zur Heiligen Messe geht oder ob seine Großmutter Jüdin war?"

Der Beamte wird antworten, dies sei ihm befohlen. Darauf habe ich ihm zu sagen: „Sind Sie nicht aufgeklärt worden über Ihre Treuepflicht, jeder Zeit aktiv für die FDGO im Sinne des GG einzutreten? Auch über die Pflicht des Beamten zum Widerstand gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen im Staatsapparat selbst, auch wenn sie von oben kommen? Was haben Sie bisher im Sinne Ihrer Treuepflicht getan, damit solche verfassungswidrigen Anweisungen verschwinden?"

Aus dem Verhörer wird ein Verhörter, wie es sich gehört in einem Staat, in dem zwar nicht Höcherls Verfassungsschutzbeamte, wohl aber die Bürger ihr Grundgesetz jeder Zeit unter dem Arme tragen.

Aber ich weiß, ich erzähle hier ein Märchen, bei dem viele sagen werden: Du hast gut reden, aber wir können uns das nicht leisten; es geht um unsere berufliche Zukunft, und darum heißt es sich ducken und den Mantel nach dem Wind hängen. Das bedeutet aber: Von denen, die von euch Garantien für euer künftiges Eintreten für die FDGO im Sinne des GG verlangen,

euch zwingen zu lassen, schon beim ersten Schritt in den Öffentlichen Dienst diese FDGO zu verraten, indem ihr euch an diesem verfassungswidrigen Frage- und Antwortspiel überhaupt beteiligt, statt die betreffenden Beamten auf die Verfassungswidrigkeit ihres Tuns aufmerksam zu machen. Es müssen doch bewußte oder unbewußte Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst sein, die mit Hilfe amtlicher Verfügungen einen Zustand der Angst geschaffen haben, einen Zustand, in dem man Angst haben muß, für die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte der Bürger einzutreten, in dem man Angst haben muß, die aktive Treuepflicht gegenüber dem Grundgesetz anders zu bewähren, als es die jeweilige Obrigkeit gerade wünscht.

Konkret 08/75, S. 21

Auswandern?

In- und ausländische Proteste gegen die Berufsverbote

Herbert Wehner hat recht behalten: Die Auseinandersetzung um die Berufsverbote wurde zum „Dauerbrenner". Vor allem auch innerhalb der SPD. Parteigliederungen im ganzen Bundesgebiet fordern immer häufiger, „der rechtswidrigen und politisch äußerst gefährlichen Praxis ein Ende zu bereiten", so zuletzt der SPD-Bezirksparteitag Südbayern. Rudi Arndt, südhessischer SPD-Vorsitzender und Mitglied des Parteivorstandes, spricht von „Aushöhlung unseres Grundgesetzes", und Wehner will gar „auswandern", wenn die Vorschläge seines Westberliner Parteifreundes Neubauer Wirklichkeit werden, nämlich jeden Angehörigen einer „radikalen" Partei automatisch vom öffentlichen Dienst auszuschließen. Helmut Schmidt dagegen meinte auf dem rechtspolitischen Kongreß seiner Partei: „Es gibt keine Berufsverbote in der Bundesrepublik." Wenige Tage zuvor erst hatte er seinen Namen unter ein gemeinsames Kommuniqué mit den Jusos gesetzt, in dem die „Praxis der Berufsverbote" kritisiert wurde. Ohne Gänsefüßchen.

Am 7. Juni nun „fand statt, was nicht sein darf: ein Bündnis gegen - so Eckart Spoo - ein ‚kleines Stück Faschismus` und eine ‚Bedrohung auch für uns`, wie es ein französischer Gewerkschafter formulierte" (der sozialdemokratische „Vorwärts" am 19. Juni). Die Rede ist von einem „Internationalen Hearing gegen Berufsverbote" in der Godesberger Stadthalle. Organisiert wurde es von der „Initiative Weg mit dem Berufsverbot", einem Arbeitsausschuß, der die Aktivitäten von über 300 lokalen Bürgerinitiativen koordiniert. Nachdem diese Gruppen in der Bundesrepublik fast eine halbe Million Unterschriften gesammelt und Demonstrationen veranstaltet haben, an denen sich insgesamt Hunderttausende beteiligten, werden jetzt auch die Proteste aus dem westlichen Ausland lauter. 29 Parteien und Organisationen, unter anderem aus Finnland, Dänemark, Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden schickten Vertreter zum Bonner Hearing.

Sogar UNO-Gremien beschäftigen sich mit dem Problem: Die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen hat als beratendes Mitglied der UNO einen Bericht ausgearbeitet, in dem nachgewiesen wird, daß die Berufsverbotspraxis in der BRD gegen die allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948 und die beiden Internationalen Konventionen von 1966 verstößt. Eine Anfrage, die daraufhin die UNO-Menschenrechtskommission

Ende vorigen Jahres an die Bundesregierung richtete, blieb bis heute unbeantwortet. Kein Wort über diese Vorgänge in den bürgerlichen Medien dieses Landes, kein Wort auch etwa über einen Brief, den Kurt Waldheim vor einigen Wochen an drei Bonner Lehrerinnen schickte, die vom Berufsverbot betroffen sind. Kein Wort auch über die Behandlung dieses Themas im Europa-Parlament.

Mag mancher auch die Proteste westlicher kommunistischer Parteien als kaum erwähnenswerte Hilfestellung für ihre in der BRD in Bedrängnis geratenen Genossen abtun, dürften Äußerungen prominenter Sozialdemokraten die SPD-Führung schon eher beunruhigen. Etwa wenn sich Sicco Mansholt, der Vizepräsident der „Föderation sozialistischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft", angesichts der Berufsverbote an „faschistische Methoden" erinnert fühlt.

Solchen Protesten schlossen sich in den letzten Wochen unter anderem an:

· Der Finnische Lehrer- und Erzieherverband

· George Ségui im Namen der größten französischen Gewerkschaft, der CGT

· Jens Clausager im Namen von 1,2 Millionen Mitgliedern des Dachverbands dänischer Jugendorganisationen

· die Weltföderation der Wissenschaftler

· die Internationale Hegelgesellschaft

· die französische Hochschullehrer-Gewerkschaft, die Wissenschaftler-Gemeinschaft und die Lehrer-Gewerkschaft

· 130 englische Wissenschaftler und Künstler, über 100 Wissenschaftler aus Dänemark

· 377 österreichische Staatsbürger, darunter zahlreiche Mitglieder der SPÖ und auch der Österreichischen Volkspartei

· über 2000 Unterzeichner eines „Appells von Intellektuellen, Künstlern und Wissenschaftlern in Frankreich", der von Simone de Beauvoir, André Gorz und Jean-Paul Sartre initiiert wurde

· 214 Intellektuelle, Künstler und Juristen aus Italien, die einen ähnlichen Appell unterzeichneten, unter ihnen z. B. Luigi Nono und Pier Paolo Pasolini

· Senat und Rektor der Universität Amsterdam sowie der niederländische Verband Bildender Künstler.

Ebenso wie in Amsterdam hat sich inzwischen auch in Paris ein Komitee „Für Meinungsfreiheit, gegen Berufsverbote in der BRD" gebildet. 250 Professoren und andere Wissenschaftler der Sorbonne haben der Botschaft der Bundesrepublik in Paris eine Protestresolution übermittelt.

Fast alle diese Stellungnahmen beziehen sich, wie der Schriftsteller Hans Scherfig, Träger des Literaturpreises der Dänischen Akademie 1974, auf die deutsche Vergangenheit: „Da man unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg alles als innere deutsche Angelegenheit und Rechtspraxis bezeichnete, was später sehr spürbare Folgen für unser Land hatte, müssen dänische Besorgnisse um die demokratischen Zustände in dem westdeutschen Nachbarland berechtigt sein." Aus dem gleichen Grund forderte auf dem Bonner Hearing auch ein holländischer Wissenschaftler, so der „Vorwärts", „einen Arbeitsboykott gegen all die westdeutschen Universitätsinstitute, die sich nicht ausdrücklich gegen den Radikalenerlaß zur Wehr setzen".

Solche Institute allerdings werden weniger: Seit der Erklärung der hundert Konstanzer Professoren bilden sich an fast allen Hochschulen Initiativen gegen das Berufsverbot. Mitte Juni veröffentlichten 130 Hochschullehrer eine „Bremer Erklärung", in Gießen wandten sich 56 Professoren „in Sorge um die Erhaltung der demokratischen Grundordnung" an die Öffentlichkeit, 277 Hochschulangehörige protestierten in Stuttgart, und in Frankfurt forderten über 3000 Hochschulangehörige, darunter 57 Professoren die sofortige Beendigung aller Ermittlungs- und Anhörungsverfahren sowie die Rücknahme des Ministerpräsidenten-Beschlusses. Zuletzt erinnerten Mitte Juli 200 Hamburger Hochschullehrer daran, „daß die Bedrohung einer verfassungsmäßigen Grundordnung auch von staatlichen Bürokratien ausgehen kann". Ihre dringende Forderung: „Die gegenwärtige Berufsverbote-Praxis darf nicht noch durch ein Gesetz bundesweit zementiert werden."

Konkret 08/75, S. 22

Alexander von Hoffmann

Das Lehrstück vom Hunger

Jede große Krise produziert Lehrstücke, Chancen für Erkenntnis. Auch die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Welt liefert sie reichlich, nur sind sie oft schwer wahrzunehmen hinter all dem Qualm, mit dem die Rechtfertiger des Systems Erkenntnisse zu verhindern suchen.

Eines der aufschlußreichsten und am besten verhüllten Lehrstücke ist die akute Hungersnot, der im vergangenen Herbst und Winter Hunderte von Millionen Afrikaner und Asiaten ausgeliefert waren und möglicherweise in den kommenden Monaten wieder ausgeliefert sein werden. Das millionenfache Hungern und Verhungern durfte um keinen Preis dem Wirtschaftssystem zugeschrieben werden, in dessen Herrschaftssphäre es sich ereignete.

So wurde wieder einmal höhere Gewalt verantwortlich gemacht, in diesem Fall ein besonders überredendes Argument, denn tatsächlich hatte eine Trockenheit in weiten Gebieten Nordamerikas, Afrikas und Asiens die Ernten reduziert, wie mit massenhaft verbreiteten Bildern von verdorrter Erde zu belegen war. Geophysiker und Wetterforscher waren schnell mit der Theorie zur Stelle, eine epochale Veränderung der Klimazonen sei im Gange.

In Wahrheit hatte die Hungerkrise mit dem Wetter so gut wie nichts zu tun, aber fast alles mit dem Profit. Noch auf dem Höhepunkt der Katastrophe war auf dem freien Weltmarkt Getreide in ausreichenden Mengen verfügbar, nur eben zu Preisen, die die vom Hunger getroffenen Länder nicht zahlen konnten. Es lohnt sich, dieses Lehrstück vom freien Welthandel sichtbar zu machen.

Im Mittelpunkt stehen die USA. Die amerikanische Regierung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg über 20 Jahre lang die zunehmend zahlreichen Staaten der Dritten Welt billig mit Getreide versorgt. Es war das Programm der „Food aid", der Nahrungshilfe, und die war so zustande gekommen:

Die amerikanischen Farmer hatten mit enormen Investitionen den Weltrekord landwirtschaftlicher Produktivität errungen und erzeugten ständig weit mehr Getreide, als im Lande selbst verbraucht wurde. Die Überproduktion konnten sie auf dem Weltmarkt nur zum Teil und nicht zu, profitablen Preisen loswerden. Deshalb erklärte sich die US-Regierung, stets in Furcht vor der mächtigen Agrarlobby, bereit, den Farmern ihre unverkäuflichen Überschüsse zu einem Preis abzunehmen, der ihnen einen Mindestprofit garantierte und den Weltmarktpreis stützte. Dieses Getreide verkaufte Washington dann zu Preisen, die unter denen des kommerziellen Welthandels lagen, als „Fond aid" an Entwicklungsländer. Dabei zahlte der amerikanische Staat zwar drauf, aber das war ihm die politisch nützliche Profitgarantie für die Farmer wert.

Immerhin konnte es so scheinen, als sei diese Politik auch für die Entwicklungsländer von Nutzen. In Wirklichkeit aber schuf sie wesentliche Voraussetzungen für die Hungerkrise.

Gewöhnt an die „Fond aid", vernachlässigten viele Regierungen von Entwicklungsländern den Aufbau eigener, moderner Landwirtschaften und steckten die Entwicklungskredite lieber in aufwendige und häufig verfehlte Industrieprojekte. Das entsprach wiederum genau den Interessen der Kreditgeber, allen voran der USA, die lieber hochprofitable Industrieanlagen lieferten als Saatgut, Kunstdünger und Traktoren. Nebenbei führte die billige Getreideversorgung aus den USA auch dazu, daß die Bevölkerung zahlreicher Entwicklungsländer sich mehr und mehr von heimischen Nahrungsmitteln wie Mais, Reis oder Hirse auf Weizen umstellte, und dieses Getreide war, wenn es einmal darauf ankam, auf den Böden und im Klima dieser Länder nicht in ausreichender Menge zu produzieren.

Nach 20 Jahren „Fond aid" hatte sich eine fast totale Abhängigkeit großer Teile der Dritten Welt von den Getreidelieferungen der USA - und in deren Gefolge Kanadas und Australiens - etabliert. „Das Monopol der Nahrungsmittelproduzenten", erklärte ein Staatssekretär im US-Außenministerium, „geht über das der Ölproduzenten hinaus und wird sich, anders als die Ölsituation, mit der Zeit noch verschärfen."

Da änderten die USA, gefolgt von Kanada und Australien, radikal ihre Getreide-Exportpolitik. Die Profitsubvention für die amerikanischen Farmer mittels „Food aid" war der Regierung zu teuer geworden. Das lag einmal daran, daß Washington

wegen der enormen Kosten des Vietnam-Kriegs in Finanzschwierigkeiten geriet, zum anderen daran, daß die Länder der Dritten Welt für ihre wachsende Bevölkerung ständig steigende Getreidemengen benötigten.

In den drei Jahren 1949 bis 1951 hatten sie durchschnittlich zwölf Millionen Tonnen Getreide importiert, 1969 bis 1972 brauchten sie bereits durchschnittlich 30 Millionen, 1974 importierten sie 52 Millionen Tonnen*.

Die US-Regierung beschloß, den Farmern ihren Profit nunmehr dadurch zu sichern, daß sie den Weltmarktpreis in die Höhe trieb. Zu diesem Zweck wandte sie wieder die schon in den dreißiger Jahren praktizierte Methode an, den Farmern Prämien für nicht bestelltes Land zu zahlen. Kanada und Australien schlossen sich an, mit dem Ergebnis, daß die Weizenproduktion dieser drei Staaten von 1968 bis 1972 um 16 Prozent sank.

Während so das Angebot künstlich verknappt wurde, heizten die Regierungen der drei Monopolisten die Nachfrage an. Sie betrieben eine „aggressive Entwicklung neuer Getreidemärkte" (so eine offizielle kanadische Veröffentlichung) roden reichen Industrieländern, die in der Lage waren, teures Getreide zu kaufen. Es wurden eigens Organisationen gebildet, die in diesen Ländern eine vermehrte Verwendung von Getreide als Viehfutter propagierten.

Der Erfolg dieser neuen Politik übertraf die kühnsten Erwartungen ihrer Erfinder. Die Preise etwa für Weizen stiegen von 1972 bis 1974 auf mehr als das Dreifache, und trotzdem importierten die reichen Industrieländer mehr Getreide als je zuvor. Als Folge der amerikanischen Werbung wurden nun ungeheure Mengen von Getreide, auch mehr und mehr Weizen, an Vieh verfüttert: 1970 floß bereits fast ein Drittel des gesamten Weltgetreideverbrauchs in die Futtertröge, das war mehr, als alle Entwicklungsländer zusammen in diesem Jahr für menschliche Nahrung verbrauchten. lm vergangenen Jahr erhöhte allein Westeuropa die Weizenmenge, die an Vieh verfüttert wurde, um über 30 Prozent auf 16 Millionen Tonnen.

In so herrlichen Zeiten beeilten sich auch die Regierungen der Exportländer, ihre Reserven, aus denen sie bis dahin „Fond aid" für Entwicklungsländer bestritten hatten, auf den Markt zu werfen. Die Amerikaner jubelten über die „dramatische Demonstration der Macht des Marktes" (so ein Beamter des US-Landwirtschaftsministeriums), und die Regierung in Washington trennte sich nicht nur von ihren Getreidereserven, sondern erleichtert auch von der Hauptlast des „Food-aid" - Programms: Sie brauchte es nicht mehr, weil jetzt der Profit der Farmer durch die künstlich herbeigeführte Preisexplosion und die künstlich gesteigerte Kauflust der reichen Länder gesichert war.

Von 18 Millionen Tonnen 1964/65 sanken die „Food-aid"-Exporte in Entwicklungsländern auf unter sieben Millionen Tonnen 1973/74, obwohl der Bedarf dieser Länder weiter steil anstieg.

Am schlimmsten waren jene 23 Staaten der Dritten Welt dran, die in einer UNO-Statistik als „besonders hart betroffen" von der kapitalistischen Wirtschaftskrise aufgeführt sind, also die Ärmsten der Armen. Die Hilfslieferungen an sie schrumpften von 4,9 Millionen Tonnen Getreide 1970 auf 1,8 Millionen Tonnen 1973. Oder am Beispiel Bangladesh, wo im letzten Jahr der Hunger am ärgsten wütete: 1973 empfing es immerhin noch Agrarprodukte im Wert von 64 Millionen Dollar über amerikanische „Fond aid" und zahlte 51 Millionen Dollar für kommerzielle Nahrungsmitteleinfuhren aus den USA; 1974 hatte sich das Verhältnis umgekehrt: 44 Millionen Dollar „Fond aid",~ 123 Millionen Dollar für kommerzielle Importe.

Indien mußte im vergangenen Jahr rund eine Milliarde Dollar (fast 2,5 Milliarden Mark) für Getreidekäufe am freien Weltmarkt ausgeben. Keines dieser Länder verfügt über nennenswerte Dollarreserven, und der nächste Herbst - die kritische Zeit vor der eigenen neuen Ernte - kommt bestimmt.

Soweit das Lehrstück vom Hungern in der freien Welt. Noch immer gilt den westlichen Industrienationen der Begriff „Überflußgesellschaft" als Synonym für den Erfolg des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Er müßte denen, die ihn so stolz benutzen, eigentlich im Halse steckenbleiben. Sogar US-Außenminister Henry Kissinger bekannte vor der Welternährungskonferenz im vergangenen Herbst: „Es gibt keinen Überfluß, solange es unbefriedigte Bedürfnisse gibt. In diesem Sinne hat nie ein wirklicher Überfluß existiert."

In der Tat, es gab auf der Erde noch nie soviel Nahrung (oder soviel Energie, Rohstoffe, Produktivkapital), daß alle Erdbewohner auch nur frei von Mangel, geschweige denn im Überfluß hätten leben können.

Kapitalismus und freier Markt haben lediglich zuwege gebracht, daß ein Viertel der Menschheit in relativem Überfluß lebt, der von den anderen drei Vierteln buchstäblich erhungert wird. Und etwas anderes wird der Kapitalismus auch nicht zuwege bringen.

Dr. Boerma, Leiter der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), formulierte das so: „Man kann vom freien Handel nichts anderes erwarten als eben Handel. Man kann nicht erwarten, daß der Handel eine faire Güterverteilung in der Welt bewirkt. Der Handel ist dazu da, Geld zu machen."

Boerma erhofft sich als Folge des Lehrstücks eine „neue Ordnung". „Die vorhandenen Vorräte müssen verwaltet werden. Das Chaos macht doch gewiß klar, daß eine neue Ordnung nötig und möglich ist."

Die neue Ordnung müßte von der Erde als Einheit ausgehen und von der Tatsache, daß auf der Erde Mangel immer noch das herrschende Prinzip ist. Sie müßte den Mangel zunächst verwalten (für eine „faire Güterverteilung" sorgen) und langfristig zu beheben trachten, indem sie beispielsweise die erforderlichen Mengen von Kapital in die Entwicklung der Landwirtschaft der Dritten Welt lenkt.

Dies hielten auch die Delegierten der Welternährungskonferenz für den einzigen Weg aus einer permanenten Hungerkrise. Fruchtbarer Boden und sogar Wasser sind selbst in den ärmsten Entwicklungsländern vorhanden oder zu erschließen. Was fehlt, ist Kapital.

Wäre eine solche neue Ordnung denkbar? Kaum, solange die Produktion und Verteilung von Nahrungsgütern nicht von der Frage zu trennen ist, wo Kapital die höchste Rendite erzielt; solange Hunger oder Sattheit der Dritten Welt nur Nebenfunktionen von Profiterwartungen bleiben. Keine der Prognosen, die der Welternährungskonferenz vorlagen, hielt bis Mitte der achtziger Jahre eine Produktionssteigerung für möglich, die ausreichen würde, auch nur die weltweite Unterernährung nennenswert zu vermindern. Von weltweitem Überfluß war überhaupt nicht die Rede.

Das Lehrstück vom Hunger hat durchaus seine bundesdeutschen Parallelen. Auch in der Bundesrepublik gibt es unbefriedigte gesellschaftliche Grundbedürfnisse, gibt es Hunger nach, sagen wir es mit einem fast schon wieder vergessenen Schlagwort, besserer Lebensqualität. Und auch dieser Hunger ist offenkundig nur eine Nebenfunktion der Kapitalrendite. Die „Food aid" der Reformen mußte rasch wieder gestrichen und statt dessen die Ermöglichung höherer Profite wieder als erster und einziger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Auch hier darf also wieder gehungert werden.

---

* Alle Zahlen stammen aus den Materialien der Welternährungskonferenz der UNO, November 1974 in Rom.

Konkret 08/75, S. 24

Martin Walser

Der Gifter

Über den Magazinmann Gerhard Löwenthal

Sollte ein Kunde des Fernsehens auf die Idee kommen, in eines der Funkhäuser zu gehen und, auf die heiligen Schriften unserer Demokratie pochend, einen Anspruch auf wahrheitsgemäße Berichterstattung zu erheben, so könnten ihn die Fernsehchefs nur fragen, welche Wahrheit er gern hätte: rechtsrechts, rechts, mitterechts, mute oder mittelinks. Das wäre die Skala. Links und linkslinks gibt es nur in dem Zweckgerücht von den unterwanderten Anstalten. Was es wirklich gibt, ist eine Wahrheit nach „Panorama"-Art, nach „Kennzeichen-D"-Art, nach „Monitor"-Art, nach „Report"-Art (und da wieder à la CDU-Alt und CSU-Stephan) und eine Wahrheit nach Art des ZDF-Magazins (Wahrheit à la BFD).

Vielleicht würde man dem Kunden ein paar tausend Zeitungsartikel mitgeben, in denen, unter Verwendung von höchstem philosophischem Leihgut, die Unmöglichkeit einer objektiven oder wahrheitsgemäßen Berichterstattung sozusagen nachgewiesen wird. Aber daß nicht einmal mehr der Wille zur Wahrheit behauptet wird, sondern sofort auf den augenblicklichen Verlauf der Proporzfront verwiesen wird, das könnte den Kunden erschrecken. Was da unter dem Druck der Parteien sich in den Funkhäusern an Pragmatismus entwickelt hat, ist eine Illustration marxistischer Einsichten: daß nämlich alle Erkenntnis interessenabhängig sei, das das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme, daß es keine Wahrheit über den Klassen gebe, daß die herrschende Meinung immer die Meinung der Herrschenden sei usw.

Die als Marxisten mehr gescholtenen als tradierten Denker kamen auf diese Einsichten im 19. Jahrhundert, als Unterdrückte, im Kampf gegen Zensur, Klassenwahlrecht, Versammlungsverbote usw. Sie begegneten der edlen akademischen erkenntnistheoretischen Wahrheitsübung und der ganz anderen Praxis der Klassengesellschaft. Den Anspruch auf Wahrheit wollten sie wohl nicht ein für allemal ermäßigen. In einer klassenlosen Gesellschaft müßte theoretisch die Wahrheit um einige Relativierungen weniger zu haben sein. Aber schon heute, da einige Antagonismen entkräftet sind, möchte man im angeblich gesellschaftlich kontrollierten Medium etwas mehr als die paar Fetzen Wahrheit, die die Proporzmaschine mehr zufällig als absichtlich übrigläßt.

In diesen mächtigen Fernsehmagazinen verläßt sich jeder darauf, daß er ein Instrument eines Orchesters spielt, das so groß ist, daß der Dirigent schon der liebe Gott selbst sein müßte. Das heißt, jeder darf schrill seinen Partei-Part blasen, der Kollege in Köln wird, wenn er seinerseits schrill bläst, schon für irgendeine Art der Relativierung sorgen. Hauptsache, sie blasen alle auf dem Boden des Grundgesetzes. Und blasen jeden, der ihnen auf diesem Boden nicht paßt, von demselben hinunter.

Ich habe mehrere Jahre im Funkhaus in Stuttgart gearbeitet, zu einer Zeit, als die Parteien ihr Proporzdiktat noch nicht ganz so erfolgreich verwirklicht hatten. Das waren noch Zeiten. Da war ein Intendant noch hauptsächlich ein Intendant und nicht ein ununterbrochener Erfüllungsgehilfe in einem permanenten Wahlkampf, der geführt wird mehr im Interesse von Personen als von Sachen. Auch heute noch sieht man, daß die SPD es mal an Rücksichtslosigkeit und Durchsetzungsbrutalität fehlen läßt. Sie hat z. B. immer wieder kritische Intellektuelle, die nicht nur Partei-Echos liefern wollten, als Panorama-Moderatoren geduldet. Nicht ewig, aber immerhin. Merseburger ist z. B. ein Moderator, der es nicht lassen kann, auch SPD-Politiker kritisch zu befragen. Das käme dem schon schafsfrommen Stephan nicht in den unauflichtbaren CSU-Sinn, wenn er Unionspolitiker vis-a-vis hätte. Dem frischfrommen Alt schon eher.

Für Wallraffs Versuch, in Athen zu demonstrieren und dabei die Fernsehkamera einzuplanen, und für ähnliche Versuche hat sich das Wort Aktions-Journalismus gebildet. Als Tadel für Magazine, die bei so was berichtend mitmachen. Merseburger hat sich dieses Aktions-Journalismus schuldig gemacht. Ich schlage eine Bezeichnung vor, die für den auf nichts als Propagierung von Parteinahme ausgerichteten Journalismus brauchbar wäre: Identifikations-Journalismus oder Animier-Journalismus.

Also, lieber Kunde, such dir aus, von welcher rechten Schattierung du dich abends am liebsten animieren läßt. Das hat Günter Gaus damals angefangen, als er Mende und Strauß scharf unfair abgefragt und Schmidt und Wehner liebend abgetastet hat. Schmidt z. B. fragte er einmal, ob er nach dem Krieg aus Opportunismus oder aus wirklicher Überzeugung zur SPD gegangen sei; worauf Helmut Schmidt, nach sichtlich angestrengtem Nachdenken, sagte, wenn er ehrlich sein dürfe (oder solle - das weiß ich nicht mehr), dann habe er sich damals für die SPD aus Überzeugung entschieden und überhaupt nicht aus Opportunismus. Und genauso fragt Stephan seinen Strauß. Und genau so fragt der Magazinmann aus Mainz seinen Kiep und seinen Stoltenberg. Nur zum Mitmachen. Und die Rechtfertigung dieses Animier-Journalismus heißt: Pluralismus, Meinungsfreiheit, Demokratie.

Der Magazinmann aus Mainz hat sich vor allem an 'zwei Themen profiliert: Ostpolitik der sozialliberalen Koalition und Reformpolitik der SPD. Studenten, Kommunisten und Inflation sind dabei die Versatzstücke, die er überall einsetzen kann,

wo er es braucht für die Stimmung, die er verbreiten will.

Er selber nennt, was er produziert, Analyse. Aber selbst der-„Bayernkurier" und das „Deutschland-Magazin" und Strauß sprechen von ihm lieber als von einer „Bastion", einer „Stimme". . . Und einen Magazinmann darf man ihn nennen, weil er eine ewig gleichbleibende Trommelei, ein immer gleichgerichtetes Beschwörungsgemurmel und ein stereotyp larmoyantes Verfluchungsgeschlabber entwickelt hat, das viel mehr rituelle als journalistische Qualitäten hat.

Aber zum Identifikations-Journalismus des Fernsehens gehört natürlich das Ritual. Siehe Gausens Licht-Ritual plus Von-hinten-Arrangement plus Temperamentslosigkeits-Demonstration: genau die Atmosphäre eben, in der Ewald Balser, Willy Birgel u. a. mit Mundschutz für Deutschland operiert haben: alles düster, nur wo das Skalpell geführt wird, ist es hell.

Der ZDF-Magazinist weist uns andauernd auf zwei Qualitäten hin, die außer ihm keiner hat: die große Leidensfähigkeit gegenüber allem, was nur nach Sozialismus riecht; und er sagt immer wieder, daß er furchtlos und kompromißlos kämpfe; wodurch er uns direkt souffliert, er sei mutig. Da er nun alles, was er ist und was „Bayernkurier"-Freunde sind, demokratisch nennt, muß alles, was er verabscheut, undemokratisch sein. Erleidet also unter Undemokratischem. Aber er leidet nicht nur darunter, er bekämpft es auch: furchtlos, kompromißlos.

Jedem dieser Magazinisten wird offenbar, wenn sie durch die Straßen gehen, als wären sie gewöhnliche Sterbliche, immer wieder einmal zugerufen: Bloß gut, daß es Sie gibt! Und der Mainzer Chefmagazinist kriegt offenbar am meisten von dieser direkten Gunst zu spüren. Das salbt natürlich. Nach der letzten einschlägigen Meldung waren es gezählte 1,8 Millionen Zuschauer, die unseren Magazinmann lieber wöchentlich als nur alle 14 Tage sehen möchten.

Zum furcht- und kompromißlosen Leiden und Kämpfen gegen Sozialismus innen und außen kommt noch hinzu, daß er immer so fein gekleidet ist und sein Manuskript schützt wie ein Musterschüler, der nicht will, daß jemand abschreibt bei ihm. Also das Feine und das Musterschülerhafte, ein Hauch von Berliner Beletage, das gehört auch zur larmoyanten Stimmungsmacherpotenz. Letztere könnte man mit einem südlicheren Ausdruck auch *Giften* nennen.

Dieser Magazinmann giftet, das wird weder Freund noch Feind bestreiten. Der Knick in seiner Lippe und gewisse vorübergehende, vom Ekel geformte Rechteckigkeiten in der Mundpartie geben ihm etwas Krokodilhaftes. Etwas Nähkästchen-Krokodilhaftes, möchte ich einschränkend sagen. Sofort schaut wieder der Bubi aus besserem Haus aus dem feinen Anzug und bläst mit gekräuselter Lippe zur traditionellen deutschen Sozialistenjagd, zu der vor ihm Bismarck, Wilhelm Zwo, Hitler und Adenauer geblasen haben. Aber das ist ja sein Charme, daß er als Auch-NS-Verfolgter nun gemeinsam bläst mit früheren Verfolgern. Das macht ihn rechts draußen so wertvoll, daß er einem schon wieder leid tun könnte. Aber auf ein paar Tote kommt es ihm heute, da die Jagd weltweit betrieben wird, nicht mehr an: Was man jedem Wort, das er über Chile gesagt hat, entnehmen konnte.

Gemacht hat ihn die sozialliberale Koalition. Als die CDU regierte, spielte Gaus den Fernseh-Oppositionspart mit seiner parteilichen Grusel-Inerview-Serie. Nur: Er hat nie so gegiftet wie der Fernseh-Oppositions-Darsteller in Mainz; Gaus war, glaube ich, um genausoviel rationaler, als die SPD rationaler ist als die CDU/CSU. Der „Bayernkurier"-Stil und der Löwenthal-Stil sind ein Angebot, die Mühe des täglichen Denkens durch ein frei Haus geliefertes Fertiggefühl zu ersetzen.

Wahrscheinlich ist es vor allem die Vereinfachungsfähigkeit des Magazinmanns, die der vom täglichen Leistungskampf erschöpfte Zuschauer zu schätzen weiß. Gereizt, überanstrengt, unterdrückt, unausgelebt, zu Verzicht und Kleinbeigeben gezwungen, wie man ist, läßt man es sich gern gefallen, daß man animiert wird zu einem irrationalen Hau-drauf-Trip. Rote Pappkameraden, ja lebendige sogar, liefert der Magazinmann in Mengen. Auf diesen Entdifferenzierungs-Hau sind wir traditionell getrimmt: Es gab auch anständige Juden, daß Wehner Kommunist war, wird er nicht wegleugnen wollen; Brandt alias Sowieso war nun einmal auf der Seite unserer Feinde, und der Steuerzahler hat ein Recht zu erfahren, was die Radikalen mit unseren Universitäten vorhaben; und daß wir schon unsere Kinder in die Hände von marxistischen Dogmatikern liefern sollen, ist nicht jedermanns Geschmack; die Solidarität der Demokraten muß sich jetzt manifestieren...

Auf dieser Seelensaite des Volkes spielt der Magazinmann. Während Gaus nur die Atmosphäre des Chirurgen-Films, des erfolgreichsten Kitsch-Musters, imitierte, hat der Mainzer sich nicht gescheut, am 19.2.75 vor den Berliner Wahlen den BFD-Kandidaten Dr. Sowieso zuerst einmal im Operationssaal zu zeigen, dann Mundschutz runter und raus mit der rechtsextremen Zunge. Der FDP-Kandidat und der SPD-Kandidat wurden bei einer Tätigkeit gezeigt, die dank der von allen Parteien geförderten Hetze gegen Linke bei der Bevölkerung weniger beliebt ist: beim Demonstrieren auf der bloßen Straße, unter Spruchbändern usw. Die Unions-Prominenz - Carstens, Kohl, Strauß - wurde gezeigt, wie sie unter den blitzenden Klängen eines preußischen Marsches in eine jubelnde Halle einzog. Die SPD-Prominenz Brandt, Schmidt, Schütz, wurde auch beim Einzug in eine Halle gezeigt, in ihren Einzug wurden aber Bilder eingeschnitten von einem Schnulzensänger in Rebroff-Art, der eine asiatische Pelzmütze trägt und ebensolche Musik verkitscht. Auch wenn die SPD solche Kitschmusik bei ihrer Veranstaltung gemacht haben sollte, so war sie wohl kaum in der Leitmotiv-Funktion

eingesetzt, in die sie der Magazinmann dann bringen ließ. Ist das nun Fälschung oder nicht? Und die ist nicht mehr dadurch zu relativieren, daß in „Kennzeichen D" der wackere Schwarze dann ein anderes Mal (am 25.2.75) nachweisen darf, daß 5 BFD-Kandidaten in Berlin ehemalige NPD-Funktionäre sind.

Kein Proporzmäntelchen kann das Elend solcher Verfälschung decken.

Gegen die Schulpolitik des SPD-Kultusministers Girgensohn in Nordrhein-Westfalen ließ der Magazinmann vier Empörte auftreten. Der Beschuldigte durfte sein Konzept nur ganz kurz verteidigen, mehr als viermal soviel durften die Gegner sagen. Der CDU-Gegner durfte diesem SPD-Politiker innerhalb der berühmten Solidarität der Demokraten „Lenin-Taktik" vorwerfen. Und das war die Lenin-Taktik des Gescholtenen: „Ein Schritt zurück, zwei Schritte vor"! Obwohl das doch Echternacher Springprozession ist, wissen die Löwenthalianer, daß es egal ist, wieviel man einem Gegner inhaltlich nachsagen kann, wichtig ist es, die richtigen Reizwörter zu gebrauchen. Dank der von allen Parteien geförderten Hetze gegen Linke kann die Union bei der Bevölkerung in jeder Sekunde Anti-SPD-Stimmung erzeugen, nur mit Wörtern wie „Lenin" „Dogmatiker", „Reformer", mit Pelzmützen, Balalaika . . . Das ist Goebbels-Stil. Bekanntlich ein bei uns erfolgreicher Stil.

Die Voraussetzung für den Erfolg eines solchen Stils ist, daß es Unterdrückte und Beleidigte gibt.

Millionen Zuschauer müssen so viele Hau-drauf-Reaktionen unterlassen in ihrer täglichen Umgebung, daß sie froh sind, wenn ihnen zur Identifikation außer Fußball auch noch etwas Politisches zum Hau-drauf-Erlebnis angeboten wird. Eine Hau-drauf-Erlösung im Politischen. Im Betrieb muß jeder nach dem Leistungsprinzip funktionieren. Millionen von Menschen dürfen nicht so reagieren, wie sie möchten; da findet 8 Stunden lang Instinkt-Unterdrückung statt. Keine Vermittlung. Keine Steigerung. Nur Unterdrückung. Um der Leistung willen. So. Und abends will man dann auch bei denen sein, die draufhauen. Da läßt man sich animieren vom Magazinmann. Identifiziert sich mit dem. Und bei jedem Schlag, den er austeilt, schlägt man mit. Daß der mit seinen dumpfen Schlägen ganz genau die Leute schützt, für deren Interesse man tagsüber schuftet, bemerkt man normalerweise nicht mehr, denn es gehört ja zu den Effekten dieses Magazinmanns, das Publikum über seine wirkliche Interessenlage hinwegzutäuschen: also die in der Arbeitsorganisation realisierte Täuschung am Abend fortzusetzen.

Es ist ja auch gelungen, dieses Volk so zu verhetzen, daß es sich nachher auf sogenannten Schlachtfeldern verheizen ließ und andere Völker verheizte. Wer den Löwenthal-Sound zwar belächelt, aber ihn goutiert, weil er zur begünstigten Partei gehört, der mag sich fragen, für welche Handlungen das zeitgenössische Bewußtsein da präpariert wird. Schon jene Kapitulation vor dem Proporz, die bedeutet, daß jeder in seinem Magazin die Wahrheit gar nicht erst anstreben müsse, da die Wahrheit etwas sei, was nur im ganzen erscheinen könne, schon diese Beruhigungskonstruktion ist eine selbstmörderische Illusion, da sich natürlich aus fünf Entstellungen nichts Unentstelltes ergibt, sondern eine fünffache Desorientierung und Bedürfnislosigkeit gegenüber der Wahrheit.

Dieser Proporz-Sieg über jede auch noch so bescheidene Tendenz zur Vernunft führt geradezu notwendig zu immer weniger Merseburger und immer mehr Löwenthal, egal wer in Bonn regiert.

Es ist wahrscheinlich sinnlos, sich über diesen neuesten deutschen Hau-drauf-Meister Gedanken zu machen, weil Gedanken genau das sind, was die Magazinmanns-Gemeinde nicht zur Kenntnis nimmt. Gedanken sind linksradikal. Der Massenerfolg der Brutalität der reaktionären Geste ist es, der die Kritik dieser dumpfen und dummen Geste so sinnlos macht. Das Zusammenspiel von kapitalistischer Arbeitsorganisation und abendlicher Hau-drauf-Animierung ist durch keine Kritik anzutasten. Dieses Ohnmachtserlebnis gegenüber dem schwarzen Verbund könnte dazu führen, daß einer sagt: Mir fällt zu Löwenthal nichts ein.

Aber die Verantwortlichen in den Parteien, auch die vom Mainzer Magazinmann begünstigten, müßten sich fragen lassen, ob sie unsere gesellschaftliche Entwicklung auf die Trommel-Frequenz bauen wollen, auf die Hau-drauf-Weise, auf die Anti-Moderation: auf die Verhetzung.

Daß Löwenthal die Demokratie für eine Herrenclub-Veranstaltung hält, ist sein Pech, aber sein gutes Recht. Daß diese dürftigste Auffassung vom Demokratischen ausreicht, einen zum Moderator zu machen, wirft ein schreckliches Licht auf die Proporzveranstalter und auf das Proporzprinzip. Nichts sagt über unseren aktuellen Zustand mehr aus als die Tatsache, daß schlichte linke Sozialdemokraten (also wirkliche Nicht-Radikale) von bescheidenen Lehrer-Posten verjagt werden, und einer, an dessen Rechtsradikalität keiner zweifelt, darf zweimal monatlich seine erkenntnisfeindlichen, für keine geschichtliche Bewegung mehr empfänglichen Klischees jeweils 10 Millionen Leuten ins Hirn pressen. Die Verantwortlichen könnten doch wissen, daß es für das, was der sagt, gar keinen Ausgleich in einem anderen Magazin gibt. Wenn man nämlich jemanden von Herrn X blenden läßt, dann nützt es nichts, ihm, zum Ausgleich, von Herrn Y gute

Lektüre geben zu lassen: Er kann nämlich nicht mehr lesen.

Die Machtgruppen wollen die öffentliche Meinung zum PR-Instrument für ihre Interessen machen. Und ein Journalist, der so festgelegt ist, daß er auf alles, was passieren kann, vollkommen stereotyp reagiert, ist keiner mehr, er ist ein PR-Mann. Der Magazinmann ist längst nur noch ein PR-Mann für die äußerste Rechte.

Soll er Leitartikler bei Springer werden, bitte. In einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ist er ein Skandal, weil er längst unfähig ist, mitzuarbeiten an der Findung und Bildung der öffentlichen Meinung, da ihm wichtige Entwicklungen des Zeitalters nicht mehr problematisch sind, sondern nur noch verhaßt.

Solange diesem vom Haß Blinden erlaubt wird, Millionen andere zu blenden, machen sich die, die für ihn verantwortlich sind, zu Komplizen bei einem fortwährenden Anschlag auf die öffentliche Meinung, und die ist bekanntlich die wichtigste Legitimationsbasis der Demokratie.

Konkret 08/75, S. 27

Emil Carlebach

„Und was taten Sie, Herr Minister?"

Professoren und Studenten haben der neuen Universität in Oldenburg den Namen Carl von Ossietzkys gegeben. Niedersachsens Kultusminister Grolle (SPD) ließ den Schriftzug unter Polizeieinsatz entfernen. Der ehemalige Buchenwald-Häftling Emil Carlebach schrieb Grolle daraufhin einen offenen Brief:

Sie haben, Herr Minister, am 27. Juni durch 400 Polizisten den Namen des von den Nazis zu Tode gequälten Demokraten und Antimilitaristen Carl von Ossietzky mit Gewalt vom Turm der Universität Oldenburg entfernen lassen, obwohl alle gewählten Instanzen dieser Universität - Rektorat, Senat, Konzil und AstA - sich für diesen Namen entschieden hatten.

Sie haben, Herr Minister, dazu erklärt, Sie hätten größte Achtung vor dem Andenken Carl von Ossietzkys. Wie wollen Sie diesen Widerspruch erklären?

Sie haben es versucht, Herr Minister.

Sie haben behauptet, es handele sich bei dem Polizeieinsatz um die Erfüllung eines Landtagsbeschlusses. Das war die Unwahrheit - Sie haben diese Behauptung zurücknehmen müssen.

Sie haben behauptet, Namensgebungen dieser Art seien „nicht mehr modern". Jedoch in Ihrem eigenen Kompetenzbereich ist das Schulbuchinstitut in Braunschweig zum Andenken an seinen Leiter „Georg-Ekkert-Institut" benannt worden, und eine Schule in Clausthal-Zellerfeld wurde sogar nach dem noch lebenden Ex-Ministerpräsidenten „Georg-Diederichs-Schule" benannt. Ich will gar nicht erst davon reden, daß die Kasernen, für die Ihr Parteifreund Leber zuständig ist, nach Verfassungsverrätern wie Hindenburg und Putschisten wie Lettow-Vorbeck benannt sind. Es ist also durchaus „modern" unter Ihrer und Lebers Verantwortung, Tradition durch Namensgebung zu pflegen - aber offenbar nicht die Tradition, die aus den Namen Carl von Ossietzky kommt.

Carl von Ossietzky, den die Reichswehr haßte, den die Justiz einsperrte und den die Nazis umbrachten - dieser Carl von Ossietzky ist der Strauß-Carstens-Partei verhaßt. Das ist kein Wunder. Aber wie kommt ein sozialdemokratischer Minister, der obendrein erklärt, er achte und ehre diesen Märtyrer der Freiheit - wie kommt ein sozialdemokratischer Minister dazu, sich zum Willensvollstrecker der CDU-Führung zu machen?

Ich glaube Ihnen, Herr Minister, daß Sie Ossietzky achten, und daß Sie nicht gerne 400 Schlagstöcke gegen sein Andenken und gegen demokratische Studenten in Marsch gesetzt haben. Aber eben darum kann Ihr Handeln gar nicht scharf genug verurteilt werden! Denn diese Kapitulation auf Raten vor der Reaktion ist es, die die Weimarer Republik zerstört hat, und die heute wieder von Ihnen und vielen Ihrer etablierten Parteifreunde betrieben wird.

Sie kennen das Foto aus dem KZ Herr Minister, das den SS-Mann und den Häftling Carl von Ossietzky darstellt. Unter Ihrer Verantwortung, Herr Minister, würde Carl von Ossietzky, lebte er heute, vom Berufsverbot betroffen - der SS-Kerl aber könnte jeden beliebigen Posten mit Genehmigung sozialdemokratischer Minister einnehmen.

Ich habe als junger Mensch im Februar 1933 erlebt, wie die bis dahin sozialdemokratische preußische Polizei mit der Hakenkreuzbinde am Ärmel aufmarschierte. Wie war es dazu gekommen? Weil schon zuvor jahrelang diese jungen Polizisten immer wieder gegen Linke, gegen Kommunisten und angebliche Kommunisten losgeschickt worden waren, bis sie es nicht mehr anders wußten, als daß ihr Feind links stehe.

Wenn die Nazis 1933 eine Carl-von-Ossietzky-Universität vorgefunden hätten, dann hätten sie diesen Namen mit Polizeigewalt entfernen lassen. Und was taten Sie, Herr Minister . . .?

Über Carl von Ossietzky schrieb Bert Brecht: „Der sich nicht ergeben hat, ist erschlagen worden." Von Ihnen, Herr Minister Grolle, erwartet niemand, daß Sie sich für Ihre Überzeugung erschlagen ließen. Aber soviel sollte man doch wohl erwarten dürfen, daß sich ein sozialdemokratischer Hochschulminister nicht wider besseres Wissen zum Willensvollstrecker der reaktionärsten CDU-Führer macht.

Emil Carlebach

Buchenwald

Häftling 4186

Konkret 08/75, S. 28

Winfried Thomsen

Wie man aus Pomadenheinis Spray-Athene macht

Politische Parolen und Werbesprüche ziehen sich an, durchdringen einander: hat nun „Picon" die Entspannung eingeleitet oder wurde erst entspannt, dann ein Wermutstropfen nachgegossen? Die Rufe der Apo-Zeit vermarktet die Werbung zur „Revolution der Dauerwelle" und in Wahlkämpfen wiederum wird Werbeschwachsinn zu Politik: der Zopf, auf den es ankommt, schneidet dem alten Kanzler die besseren Männer ab, oder so.

Da kann, wer - wie die Bayern -ungelogen über die besten Senner verfügt, mit guter Reklame auch vom Besitz der besten Männer künden. Auf die Kampagne kommt es an.

Also: In Bonn sitzen die Macher des Wirtschaftskummers. Man verhöhne sie deshalb zunächst mit Lotteriewerbung, der Million Arbeitsloser gedenk: „Es macht Spaß, Millionär zu werden. Wir haben die Millionenchance verdoppelt." Sodann zeige man ihr Opfer, einen mit Pistolen an den Schläfen grübelnden Unternehmer (soll er nun 7,5 Prozent Prämie für die Sargkosten nehmen?), weise auf Investitionsunlust hin und mache sich stark für Lüftungs- und Klimaverbesserung (COLT).

Die „Richtungs-Anzeige" der Bayrischen-Motorenwerke (BMW) wendet sich hier an „jene, die Trends nicht mitmachen. Sondern machen", und verheißt „Profit für Profilierte". So läuft's: Schon früh wird das Publikum auf einen Markenartikel eingestimmt, was es später auch der Entscheidung über die politische (Aus-)Wahl enthebt. Die Anzeige der Richtung übernehmen gern die Verleger (deren Unternehmen deshalb ja auch Tendenzbetriebe heißen), garniert mit Anzeigenbegleittexten, wo heute knackige Burschen auf geölten Models reiten und hinterher alle in irgendeiner Frische baden, wo aber morgen ebensogut ein Führer gefeiert werden kann. Und die Werbeslogans lassen sich, sobald sie in alle Köpfe gebimst sind, unschwer politisch besetzen - denn man weiß, mit BMW, „daß jene, die einen Trend eröffnen, erfahrungsgemäß solche nach sich ziehen, die ihm folgen". Trend befiel, wir folgen.

Dieser Trend ist kein Genosse. Er zielt auf „Die vergrößerte Übereinstimmung" (BMW), buhlt um „alle unter 30, die am liebsten mit Gleichgesinnten verreisen" (twen-tours) und appelliert an „alle ab 40", denn „Ihre Kraftreserven sind jetzt entscheidend" (Scheurich). Und diese vielen entwickeln auf mysteriöse Weise („Das fängt jetzt überall an mit der Ritter Sport") eine gemeinsame Tendenz zur selben Schokolade. Sie kommen auf den Geschmack.

Der richtet sich nach jenem Konsumvorbild „mit dem gewissen Extra" (MM), das als „feine englische Art" (After Eight) reserviert ist „Für den, der zu genießen weiß" (König-Pilsener), der seinen Cointreau in einer Badewanne vom Format einer Arbeiterwohnung zu schlürfen versteht, der gehobenen Durst verbindet mit dem Wissen: „Seine Klasse liegt im Geschmack" (Söhnlein). Unverändert herrscht die Kultur der „Mumien" - die auch ihr kostbares Fell zu Markte tragen und, dem staunenden Volk als Lehre, deutlich werden: „An meine Haut lasse ich nur Wasser und CD". U.

Den Meinungsführern hinterdrein trotten die Spießer, auf der Suche nach dem „Glück, das man zu Hause findet" (Kindl-Pils), wohin kein lästiger Gedanke mehr dringt. Dort sitzen die Alten dann mürrisch beim Bier unterm röhrenden Hirsch oder schlürfen progressiven „Canadian Club" - die fröhlichen jungen Leute mit dem fortschrittlichen Langhaar (männl.) und der freiheitlichen Brustspitze (weibl.). Die Jungen sungen wie die Alten ihre Vorstellungen von Grundordnung, nur sind sie dabei besser frisiert. Denn „Dry Look" (Gillette) „verwandelt Pomadenheinis" (die Vätergeneration) in die freiheitlichdemokratischen Spray-Athener des Typs „locker-natürlich", kurz: in die modernen Konservativen.

„Das Ziel klar vor Augen", kann diese Stuyvesant-Generation jetzt ihren Weg gehen. Frischwärts schütteln sie die morschen Knochen aus, und dann marschieren sie wieder meilenweit, beglücken die Welt mit Weib und Sang, vor allem aber mit Getränken: „Deutscher Wein hat seinen Geschmack. Und deinen. Und meinen. Und Ihren. Deutscher Wein - einzig unter den Weinen" und „Da lassen sich 46 Länder Wasser aus Deutschland schicken. Apollinaris. Aus dieser Quelle trinkt die Welt".

Dicht am Sprudel, doch am Bier der rechten Denkungsart soll das Inland genesen: „Nachdem Löwenbräu schon in über 140 Ländern getrunken wird, können wir Preußen nicht länger links liegenlassen." Denn hier (d. h.: „Gleich hinter der bayrischen Landesgrenze") ist noch vieles liegengeblieben, was aufgeräumt werden sollte. Links, wo Preußen liegt, müssen „Sicherheit" (Nova) eingeführt werden und die Leute „Festen Boden unter den Füßen" erhalten, auf „Nummer Neckermann" gebracht werden. Zu soviel Sicherheit gehört noch jede Menge „Freiheit", die nach Marlboro schmeckt. Oder die man - nieder mit der Modediktatur - am Körper tragen kann: „Freier leben" (Schiesser) ist die Parole.

Wer die richtige Wäsche wählt, der wählt auch die rechte Partei, und die Freiheit, die sie meint. Denn Freiheit ist schließlich eine Forderung des Zeitgeistes, die man am besten aus der Flasche zieht. Blau gemacht ist schwarz gewählt, und der Ruf nach dem 99prozentigen Sieger, der „heißgeliebt und kalt getrunken" (Doornkaat) „aus gutem Grund Nummer

1" sein soll, braust wie ein Donnerhall. „Einer für alle" (Jägermeister) wird zum Wahlspruch einer vernebelten Wählerinitiative, in der gar Lore Lorentz „einmal was Rechtes tun will". Also: „Wenn schon, denn schon. CSU."

Sind die Zielgruppe ermittelt und die Stimmung angeheizt kann das Sachprogramm über die Volksparteiempfänger ausgestrahlt werden. Wo bislang ein Schnaps stand, profiliert sich jetzt die Partei als „Die klare Kraft", die weiß, was not tut: „Geben Sie Ihrem Kind 'mal 'was Ordentliches hintendrauf" - nein, nicht Creme 21, sondern die drei Buchstaben CDU oder CSU sind's, die den vieren aufgeknallt werden. Die Methode ist simpel: An die Stelle des Firmenzeichens muß lediglich das der Partei treten. Also:

„(Wega)-Technik schafft klare BILD-Verhältnisse", und „(Bergasol) macht schon im Frühling sommerbraun", sowie „Ganz Deutschland probiert jetzt das (Schwäbli-Spätzle)". Odei: „Genuß im Stil der neuen Zeit . . .", und „Wenn Sie unsere Fernsteuerung erst mal haben . . . - CDU".

Damit wären wir bei der Personalfrage: „Wenn Sie ... demnächst Ihren Rasierer (= Kanzler) wechseln wollen - prüfen Sie jetzt ..." Ja, wen? Grundsätzlich gilt: „Soviel Freiheit wie nötig, soviel Mann wie möglich" (Homix). Ist es einer der „Männer von Merz, die Schaummaske machen", einer jener, die mit dem „Schmierstoff des Jahres" (Mobil) „Deutschlands flotte Flotte" (VW) flott machen? Nur keine Eile und „nicht entscheiden ohne Interpack". Vorerst steht nur die Mannschaft, die weiß, „man ruft uns" und „man wählt uns" (Hamburg-Mannheimer).

An die Spitze stellt sich „Deutschlands klares Aß" (Doornkaat), „der Souverän" (Hercules), in dem ja „ein harter Kern" (Fiat) steckt. Er ist ein „Langlaufreifen mit Sicherheitsprofil" (Dunlop), überhaupt „Die Kraft und die Sicherheit" (Metabo) und - er hält sich zur Verfügung - „Energie auf Abruf" (Dextro).

Für alle, die diese Krone des Geschmacks, diesen bekömmlichen nikotinarmen Longdrink in der Hartbox noch nicht identifiziert haben, sollen Blumen sprechen: „Mit Fleurop kommt ein Stück von dir", ein Strauß.

„Setzt Euch!" (Merian) und greift zum Löwenbräu: „Bald überall in Preußen". Die Bierbewegung, importiert aus München, greift um sich, und hat weltweit „Verbindungen, die man sich warmhalten sollte". Darum: „Kenner schwenken um. Überall." (Stock). „Schwenken Sie mit" (CSU). Rechts um! Und wer jetzt nicht mitschwenkt, muß nachschwenken.

„Die Welt" ist schon abmarschiert: „In Bonn hatten bisher 88 deutsche Zeitungen 129 Korrespondenten." Mit diesem Blödsinn ist nun aber Schluß: „Jetzt hat eine Zeitung für Deutschland 80 Redakteure in Bonn." Ein Volk, ein Reich - und immerhin schon ein Blatt vorm Mund.

Konkret 08/75, S. 30

Lutz Mahlerwein

Havanna - die alte Hure stirbt,

Lutz Mahlerwein war für KONKRET in Cuba

Schaukelige Fahrt in einem alten Bus bei hereinbrechender Dunkelheit vom Flughafen José Marti zum Hotel, vorbei an düsteren Fassaden. Kein Licht, kein Leben in der Stadt. Die Hotelbar, leer und frostig, präsentiert den Abglanz einstiger Attraktionen: diverse Cocktaildrinks, Service in Livree. Keine Einheimischen auf dem braven Gestühl. Ein britischer Konsul hockt da, begierig, seine Langeweile mitzuteilen.

Der erste Bummel am nächsten Morgen durch das Zentrum Havannas: ausgebleichte Häuserfronten, spärliche Auslagen. Aus den Arkaden der protzigen Kolonialbauten bröckeln Mörtel und Steine. Klapprige Ami-Autos aus vorrevolutionären Tagen holpern über die Promenade am Meer, zerbeult und mit vielen Farbflecken, die den Rost nur kümmerlich überdecken. In den schmuddeligen Wänden der Kathedrale zerbrochene Fensterscheiben. Kubas Metropole verfällt. Aus dem vergilbten Einerlei des Stadtbildes leuchten aufdringliche Transparente und Wandmalereien hervor: „1975 - Ano del primer congreso", Jahr des ersten Kongresses der kommunistischen Partei.

„Havanna, die alte Hure, die das Land ausgebeutet hat, die Stadt der Parasiten, soll im Dreck verkommen." Das sagt sogar schon der Reiseleiter.

Am Rande von Havanna entsteht für 135 000 Einwohner die neue Stadt Alamar mit farbenfrohen Häusern, drei bis sechs Stockwerke hoch, und phantasievoll angelegten Blumenbeeten. Eine Großstadt im Grünen. In einem Eiscafé werden wir von Kindern umturnt, die, halb Ernst - halb Zeitvertreib, nach Kaugummi und Zigaretten fragen. Einige zeigen lachend-verwundert auf die langen Haare der Touristen, bevor sie wieder zu ihrem Spielplatz laufen. Das allgegenwärtige Bild des Revolutionärs mit dem wuchernden Bart hat sich eingeprägt. Entsteht hier in Alamar Fidel Castros „hombre nuevo", der neue Mensch? Bessere Verhältnisse als zu Zeiten des verhaßten Diktators Batista jedenfalls werden hier geschaffen. Schulen und Kindergärten sind in dem Projekt Alamar ebenso eingeplant gewesen wie verkehrsfreie, nahe Wege dorthin. Die Wohnungsgröße richtet sich nach der Zahl der Familienmitglieder. Bedürftige zahlen keine Miete, für Bessergestellte übersteigt sie nicht 10 Prozent des Einkommens.

Zurück nach Havanna. Durch saubere Vororte mit bungalowähnlichen Neubauten und Gebäuden, die unser Geschmack noch als Hütten bezeichnet. Aber überall Anzeichen aufkeimenden Wohlstandes. Alle Häuser mit Vorgarten, mit frischem Anstrich und elektrischem Anschluß, Fernsehantennen auf vielen Dächern. Es gibt keine Slums mehr rund um Havanna.

Viele Bewohner der früheren Elendsquartiere sind umgezogen in die Villen der Prominenten, die sich vor 1959 mit eigenen bewaffneten Wächtern von der Armut abgrenzten. Jetzt sind die exotischen Parks in der Nähe mit ihrem üppigen Pflanzen- und Blütenzauber für alle da. „Früher hatte ich nur ein Hemd, ein billiges, aber die Läden waren voll mit teuren", sagt der Reiseleiter, „heute habe ich fünf, sechs, und ich kann mir jedes Jahr zwei neue kaufen, genau wie die da draußen." Er weist meinen Blick aus dem fahrenden Bus: Männer, die von der Arbeit heimkehren, Arbeiterinnen, Kinder.

Abends auf dem Prado, der Prachtstraße. Die spanischen Kolonialherren haben sie dem Vorbild in Madrid maßstabgetreu nachgebaut. Über die Marmorplatten schiebt sich die Menge zu einem Podium, auf dem eine Band spielt. Kubanische Folklore und Rhythmen á la Santana. Schaulustige und Tanzwütige mischen sich zu einem Knäuel, verlieren sich in den Hauseingängen. Bier wird in Pappbechern ausgeschenkt, die Portion, ungefähr ein Liter, kostet einen Peso, das sind drei Mark. Für Kinder gibt es Bonbons, *eine* Sorte. Das ist alles, zum Fröhlichsein genug. Sicherlich, die Kubaner würden gern mehr kaufen können. Das Durchschnittseinkommen von 120 Pesos im Monat erlaubte einen höheren Lebensstandard. Das Konsumangebot kann mit den steigenden Bedürfnissen nicht Schritt halten. Das ist tagsüber so bei den rationierten Lebensmitteln - der staatlich erlaubte „freie Verkauf" und der an Umfang schwer einzuschätzende Schwarzmarkt gleichen da nicht alles aus -wie abends. Ich werde nach Zigaretten gefragt, weil man mich als Ausländer ausmacht. Zwei Packungen pro Woche werden jedem Erwachsenen zugeteilt. Mehr wird teuer.

In den Trubel bin ich schnell mit einbezogen. „Kanadier?" fragt mich einer. Ich verneine: „Deutscher, aus Hamburg." Sein Lächeln gerät nicht aus der Fassung. Erbietet mir einen Schluck Bier an. „Wir haben gelernt, daß es zwei Deutschlands gibt", sagt er, „eins davon ist ein sozialistisches Land wie unseres." Ich werde nicht bestaunt, bin als Westler keine Herausforderung. Gestenreich werde ich aufgefordert, mitzutanzen. Als die Band gegen ein Uhr morgens den Tanz auflöst, bleibt keiner zurück, der auf dem dunklen Prado herumlungert.

Später, nachts, keine Straßenlaterne brennt mehr. Die Stadt muß mit dem Strom haushalten. Durch die Straßen scheppern Bewohner mit Blechgefäßen und Eimern. Sie stehen an einer der Verteilerstellen in der Nähe meines Hotels, um sich mit Wasser für den täglichen Bedarf einzudecken. „Tagsüber ist es zu heiß zum Schleppen", sagt mir einer, der sich als Ingenieur in einer Erdölraffinerie vorstellt. „Früher hatten die Reichen dafür ihre Domestiken. Jetzt wird hier nichts mehr investiert, auch keine Wasserleitung."

Er führt mich in seine Wohnung in einem der herrschaftlichen Häuser an der Promenade. Die riesigen Wohnräume sind durch Verschläge für mehrere Familien unterteilt. Neben einem Zwei-Flammen-Kocher sitzt eine steinalte Frau und gießt Kaffee in große Emailletassen. „Meine Großmutter", sagt der junge Mann, „sie kann kein Englisch, sie kann auch nicht lesen und schreiben." Seine Eltern haben das während der Alphabetisierungskampagne nach der Revolution gelernt. Sie arbeiten auf dem Lande, er selbst hat studiert.

Die Frau zeigt mir freundlich-stolz die Räume. Im Schlafzimmer ein Bett, das sie mit dem Enkel teilt, zwei Stühle, ein kleiner Schrank. Die Kleidung des Mannes hängt auf Bügeln an der Wand. „Sieht das schlimm aus für dich?" fragt er. Und: „Wir waren arm, aber wir werden bald in eine Siedlung vor Havanna ziehen, nach Alamar." - „Wer wird hier anschließend einziehen?" Er weiß es nicht: „Wer will hier schon noch wohnen!"

Kuba ist zweifellos ein Entwicklungsland, aber eben ein sozialistisches. Es ist nicht viel übriggeblieben von der Pracht und dem Geflitter, an dem Auge und Herz der Begüterten hingen. Ein paar Hotels, geschmacklos innen wie außen, von und für reiche Amerikaner errichtet, das Freiluftcabaret „Tropicana" mit aufwendigem Tingeltangel, für Touristen.

Vom Ferienort Varadero aus machte ich mit einer kleinen Gruppe eine Radtour ins Land hinein. Dabei fotografierte einer die Zuckerfabrik Humberto Alvarez, eine der fünf größten Mühlen der Insel. Das Fotografieren war verboten, der Grund uns nicht ersichtlich. Vielleicht wurde manches früher strenger gehandhabt. Denn der Leiter der Fabrik teilte uns das Verbot höflich mit, jedoch anstatt den Film zu verlangen, lud er uns zu einer Betriebsbesichtigung ein.

Die Zuckermühle Humberto Alvarez verdeutlichte, wie schwierig die Wirtschaft der Insel zu entwickeln ist, deren Export zu 80 Prozent vom Zucker abhängt. Nur 330 Arbeiter sind nötig, um in drei Schichten die automatisierte Anlage zu bedienen. Die meisten waren damit beschäftigt, das Zuckerrohr von den Eisenbahnwagen und den Ochsenkarren abzuladen. Einige der Maschinen stammen aus dem Jahr 1913. Sie müssen oft repariert werden und legen den ganzen Betrieb lahm. Für die Reparatur fehlen vielfach die Fachleute. Neue Maschinen müßten im Ausland teuer gekauft werden. Dafür reichen die Devisen nicht. Durch längeres Lagern sinkt der Zuckergehalt des Rohres, und die Ernten fielen geringer aus als erwartet.

Kubas Bevölkerung hat sich seit 1959 um 50 Prozent auf neun Millionen vermehrt. Jährlich müssen 150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Industrialisierung kann mit diesem Tempo nicht Schritt halten. So bleibt für die meisten Menschen die Landwirtschaft, vielen nur die quälende Arbeit auf den Zuckerrohrfeldern. Die Regierung in Havanna hat viel aufgewandt, um die Abwanderung in die Städte zu verhindern. Sie baut den campesinos volleingerichtete, kostenlose Wohnungen. In den neuentstandenen Dörfern fanden wir Läden mit städtischem Warenangebot,' in einem entlegenen Gebirgsort eine kleine Klinik. Wie in der Stadt werden auch auf dem Lande alle Kinder im Krankenhaus zur Welt gebracht. Die Geburtensterblichkeit liegt auf Kuba unter der in der Bundesrepublik.

Zur Zeit der „Zafra", der Zuckerrohrernte, reicht die Zahl der ländlichen Bewohner nicht aus. So müssen Arbeiter aus anderen Betrieben, deren Produktion dann vielfach zurückgeht, Studenten und Schüler auf die Plantagen gebracht werden. Die kräfteverschleißende Arbeit mit der Machete wird den Zuckerrohrschneidern durch materielle Anreize versüßt: Vorrechte beim Kauf eines Fernsehapparates, eines Kühlschrankes. Daneben gibt es auch noch die ideellen Köder. So beförderte die offizielle Parteizeitung „Granma" den Machetero Roberto Tamayo, der in hundert Tagen die Rekordzahl von 300 000 Stangen schlug, zum vorbildlichen Helden der Nation.

Die Landarbeiter bleiben auch außerhalb der Saison auf den Staatsfarmen und -plantagen. Sie erhalten ihren Garantielohn von 125 bis 150 Pesos. Das ist etwas mehr als der Durchschnittslohn auf der Insel. Auch die Arbeiter der Mühle Humberto Alvarez brauchen sich nach der Ernte um ihre Existenz keine Sorgen zu machen. „Vor der Revolution", so sagte der Leiter der Fabrik, „wären sie entlassen worden und hätten hungern müssen."

Es wird auf der Insel kein Geheimnis daraus gemacht, daß die Zeit nach der Ernte mit Ausbesserungsarbeiten nicht gewinnbringend überbrückt werden kann. Dem will man mit neuen Wirtschaftsmodellen abhelfen. Fachleute der Vereinten Nationen und aus Jugoslawien entwickeln gegenwärtig Techniken, die die Überreste bei der Zuckergewinnung vielfältig verwerten sollen. Die Melasse soll noch mehr als Viehfutter verbraucht, aber auch in Brennstoff verwandelt werden, um den Bedarf an sowjetischem Öl zu senken. Wichtiger aber ist noch die Verarbeitung der Abfälle zu Zellulose und Preßholz. Papier- und Möbelfabriken sollen in der Nähe der Zuckermühlen angesiedelt werden, so daß die Arbeiter nach der „Zafra" dorthin überwechseln können.

Der Fortschritt im sozialistischen Kuba vollzieht sich nicht im Wundertempo. Die Landwirtschaft *darf* nicht schnell mechanisiert, die Industrie *kann* nicht schnell ausgebaut werden. Die Differenz bezahlen Moskau und Peking. Beide kaufen Zucker zu festen Vertrags-Preisen. Doch in diesem Jahr kann bei gestiegenen Weltmarktpreisen die Hälfte der 7-Millionen-Tonnen Ernte frei verkauft werden.

Die Bewohner warten geduldig auf den Aufschwung. Die Strohhutflechterinnen in Trinidad, hinter den Fensterscheiben einer kleinen Werkstatt, fertigen täglich drei Hüte. Jeder kostet einen Peso. Die Arbeiterinnen erhalten 90 Pesos im Monat. Sie sind also für den Staat, der sie bezahlt, ein Zuschußgeschäft. Aber Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit rangieren höher als Profit.

Der wirtschaftliche Aufstieg der Insel hängt auch davon ab, wie die Klammer der von den USA verhängten Blockade gelockert werden kann. Neun lateinamerikanische Länder haben schon Interesse an der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen bekundet. Kuba will vor allem an das Öl aus Venezuela. Die geringen Transportkosten machen es billiger als das sowjetische. Auch Politiker aus den Vereinigten Staaten haben schon vorgefühlt. Die Automobilindustrie und Coca-Cola wollen wieder auf der Insel Fuß fassen.

Kuba hat viel Geld in Schulen, Universitäten und Krankenhäuser gesteckt, für die Bildung allein jährlich 25 Prozent des Nationaleinkommens. Dahinter mußte der Bau mancher Fabrik zurückstehen. Aber: Jedes Jahr werden hundert neue Schulen fertig. 90 Prozent der Schüler beenden die 7klassige Grundschule. Die weiterführenden Schulen werden vorwiegend von Kindern besucht, deren Eltern Analphabeten waren, zur Hälfte sind es - auch das ist einmalig in Lateinamerika - Mädchen.

Im Oktober 1965, fast sechs Jahre nach der Revolution, ist die kommunistische Partei unter der Führung von Fidel Castro gegründet worden. Die internen Richtungskämpfe scheinen jetzt, 10 Jahre später, beendet. Auf dem Kongreß im Dezember soll das Parteistatut verabschiedet werden. Castros Führungsanspruch ist unumstritten, er war es nicht immer. Zu seinen Beratern gehörten der Trotzkist Ernest Mandel und der chinafreundliche Charles Bettelheim. Der „maximo lidér" will seine Partei und damit die Politik für sein Land manövrierfähig erhalten. Kuba ist seit über zwei Jahren fest eingebettet in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon). Aber auf der Insel zählt auch, daß Peking weiterhin eine Million Tonnen Zucker kauft, daß seine Kredite günstiger sind als die der Sowjetunion. Auf dem Parteikongreß soll auch der erste Fünf-Jahres-Plan abgesegnet werden. Nach den Worten von Präsident Dorticós wird darin die Konsumgüterindustrie den Vorrang haben. Außerdem werden die Delegierten die Verfassung für ihr Land beraten. Ein Entwurf ist in der „Granma" veröffentlicht worden. Die Bevölkerung kann darüber diskutieren. Der Entwurf lehnt sich mit dem Primat der Partei sowie den vorgesehenen staatlichen Organen an östliche Vorbilder an. Auffällig ist, daß die Privatwirtschaft der, kleinen Bauern verfassungsmäßig verankert werden soll.

„Kuba muß seinen eigenen Weg gehen zum Sozialismus." Wir sitzen mit dem Reiseleiter an der Bar unseres Hotels in Havanna. Letzter Abend. Es gibt Pilsner Urquell in Flaschen, direkt aus der CSSR, der Halbe zu zweimarksiebzig. Als es etwas lauter wird, bleiben die Barkeeper gelassen-freundlich. Trinkgelder lehnen sie ab, wir können sie auch nicht zu einem Drink einladen. Sie werden vom Staat bezahlt, sie machen hier ihre Arbeit. Keine servile Geste, kein entsetzter Blick, als die Pilsner-Bestände leergetrunken sind. Überfluß wird nicht vorgetäuscht.

Konkret 08/75, S. 33

Chile nachdem Putsch - 6. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstandsund Solidaritätsaktionen in aller Welt:

Das offizielle Santiago de Chile erwartete den Besuch der Delegation der UNO-Menschenrechtskommission. In den letzten Wochen vor ihrer geplanten Ankunft wurde so ziemlich alles dementiert, von dem die Junta annehmen mußte, daß es die Delegierten nach erfolgten Untersuchungen festgestellt haben könnten:

Politische Gefangene gibt es nicht, respektive, da es sie doch gibt, geht es ihnen sehr gut. Die „Verschwundenen" (s. Konkret 6 und 7/75) sind eine Erfindung kranker Gehirne oder des internationalen Kommunismus, respektive, da sie nun einmal durch ihre Identitätspapiere nachweisbar existierten, sind sie in den „Untergrund" gegangen. In diesem Untergrund wurden - wie schon bei früheren Gelegenheiten - nahezu pausenlos „Verschwörungen" gegen den „Staat" entdeckt, damit das Ausland auch sieht, wie notwendig die „starke Hand" immer noch ist.

Als der propagandistische Präventiv-Schlag keine Wirkung zeigte, griff General Pinochet zur nächstbesten Waffe: Er verbot der UNO-Delegation die Einreise.

Just zu diesem Zeitpunkt ist durch den chilenischen Widerstand ein „vertrauliches Memorandum der chilenischen Staatskanzlei" ins Ausland gelangt. Das im logischen Aufbau recht konfuse und sprachlich bombastische Dokument datiert vom 9. Dezember 1974 und behandelt die „Notwendigkeit von Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Außenpolitik", durch die jedoch auf keinen Fall die bisherige Innenpolitik geändert werden solle. Denn das könne sehr gefährlich werden. Für die Regierung. Das Dokument scheint echt zu sein. Einen Teil der darin vorgeschlagenen Maßnahmen hat die Junta bereits durchgeführt, oder sie versuchte es.

Aus dem Memorandum geht hervor, wie schwer sich die Junta geschlagen fühlte, als Mexiko die diplomatischen Beziehungen abbrach. Dies und die Verurteilung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie durch die UNESCO wegen schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte hätten die internationalen Beziehungen Chiles auf den „schlechtesten Stand" unter der gegenwärtigen Regierung gebracht und auf den „kritischsten dieses Jahrhunderts".

(Es wird an anderer Stelle im Rahmen der vorgeschlagenen „mannhaften Antwort auf jeden Angriff gegen unsere Regierung" daran gedacht, einen „speziellen Gesandten" in die USA zu schicken, um zusammen mit Kissinger „das mexikanische Verhalten und die Schwierigkeiten beim mexikanischen Kongreß durchzuarbeiten". Zum Thema UNO heißt es: „Die Abstimmungen in internationalen Gremien exponieren uns schwer. . ." Die Junta will daher ihre „antikolonialistische Haltung" und ihr „Engagement für die Entwicklungsländer" in der UNO stärker betonen und hat sich, in Befolgung der neuen Strategie, bereits energisch darum bemüht, einen Sitz ausgerechnet in der UNO-Menschenrechtskommission zu erhalten. Bisher ohne Erfolg.)

„Es ist erwiesen", heißt es in dem Memorandum dann weiter, „daß die Aktionen des sowjetischen Kommunismus darauf gerichtet zu sein scheinen, den Sturz der chilenischen Regierung zu erreichen durch ähnliche Maßnahmen wie die, die mit Erfolg gegen die Militärregierung in Griechenland durchgeführt worden sind." Nach der Logik der chilenischen Militärs sind auch die griechischen Obristen wie sie selbst zuerst vom „Kommunismus" wegen Verletzungen der Menschenrechte angeklagt worden. Dann habe man sie immer mehr isoliert, bis „man sie durch einen militärischen Konflikt auf Zypern" (nicht durch ihren Putsch gegen Makarios) stürzen konnte. Die Junta will für sich keine Wiederholung dieser „griechischen Tragödie" und warnt darum: „Die Forderung nach Menschenrechten ist einfach ein Vorwand. Und wenn der verschwinden sollte, würde man andere suchen. Man würde jedesmal mehr fordern, bis man zu dem wahren Ziel gelangte: Ersetzen der gegenwärtigen Regierung durch eine andere ‚demokratische progressive`, ähnlich der, die in Chile und anderen Ländern bereits als Silberbrücke für den marxistischen Vormarsch gedient hat." (Gemeint ist nicht die Regierung Allende, sondern die seines christdemokratischen Vorgängers Eduardo Frei.)

Für den „wirklichen diplomatischen Krieg" (Notstandsbudget für das Außenministerium, neue Botschaften und neue Diplomaten,, wenn notwendig von „hohem Niveau" wenn teilt die Junta die Staaten der Welt in verschiedene Kategorien ein. So sieht sie zum Beispiel im „schwarzen Afrika" wenig Schwierigkeiten für sich, weil dort „kein entwickeltes Bewußtsein für Menschenrechte existiert". In bezug auf die Ölstaaten müsse sie, wird im Memorandum gefordert, „Fehler korrigieren, die wir begangen haben, als wir öffentlich unsere Meinung über den rückständigen und unmenschlichen Charakter der auf dem Koran basierenden Gesetzgebung äußerten". Rumänien und China gegenüber müsse jede „Geste"

vermieden werden, die sie „beleidigen könnte". In den westlichen Industrienationen sieht die Junta „Gegner, die zurückzugewinnen sind" und die Ostblockstaaten sowie Schweden und Mexiko sollen wenigstens so weit zurückerobert werden, daß sie sich neutral verhalten. Zu ihren Freunden zählt die Junta an *erster Stelle* die Vereinigten Staaten, aber auch Spanien und Indonesien, „wo man ähnliche Erfahrungen wie wir gemacht hat". (Nicht umsonst kündigten die jetzigen Machthaber ihre Massaker vor dem Sturz der Regierung Allende unter der Parole ‚Djakarta" an.) Und, heißt es in dem Memorandum, damit „unsere Freunde Argumente finden, die es ihnen erlauben und die sie brauchen, um uns zu verteidigen", sollten ab und an politische Gefangene freigelassen werden.

„Amnesty international" legte in einem offenen Brief an Pinochet jetzt Listen vor mit fast 1000 Namen (mit Nummer der Identitätskarte) von „Verschwundenen". Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Genf, veröffentlichte mit entsprechendem Kommentar die Listen mit den Namen von 110 ermordeten und 120 inhaftierten führenden Gewerkschaftern. Doch die Hauptsorge der Junta, der Kapitalboykott der Industrienationen, durch den auch die „Anschaffung von Waffen und militärischer Ausrüstung" erschwert worden wäre, ist für 1975 vom Tisch, „dank" der sehr großzügigen Umschuldungsbedingungen der USA, Frankreichs und der Bundesrepublik. Die Weltbank zog mit einem Kredit über 20 Millionen Dollar nach. „Das Volk" kann also weiter„gereinigt" werden.

-

Konkret 08/75, S. 34

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Wenn einer sagt: „Das kapitalistische System ist gezwungen, zur Überwindung oder Unterdrückung schwerer wirtschaftlicher Krisen die Produktion von Waffen immer mehr zu steigern", wenn einer das sagt, dann fliegt er aus dem öffentlichen Dienst und aus der SPD. Wenn einer aber über die Anschaffung des 80-Milliarden-Flugzeugs MRCA sagt: „Die Jusos sollten mal mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, dem deutschen Hauptauftragnehmer des MRCA-Projekts, reden, der ist auch Genosse und würde ihnen schon etwas über den Verlust von Arbeitsplätzen erzählen, wenn sie mit ihrem Verzicht kommen", wenn einer so was sagt, dann ist er Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium und SPD-Abgeordneter: **Hermann Schmidt** (Würgendorf).

Es mußte ja so kommen: Marx ist widerlegt. Und zwar durch **Conrad Ahlers,** im „Stern". Überschrift: „SPD 1975: Die Linken haben ausgedient". Schlußsatz: „Die Entideologisierung der Sozialdemokratischen Partei, deren Zeugen wir gegenwärtig sind, hat deshalb die Bedeutung der linken Gruppeninder SPD nicht vermindert." Und zwischendrin: „Alle Versuche, die SPD wieder zu einer Klassenpartei zu machen, mußten scheitern, weil die Konflikte in der industriellen Gesellschaft nicht von Klassengegensätzen hervorgerufen werden." Warum? Weil. Conny soit qui mal pense.

Was in weniger entwickelten Regionen Handlungsgehilfen und Astrologen verrichten, dazu braucht's bei uns einen Professor: zum Persil-Verkaufen und zum Entdecken der „Neuen Sozialen Frage" (NSF). Während wir wiederum den **Kurt Biedenkopf** Sachen machen lassen, für die andernorts Götter zuständig sind. Biedenkopf sagt, was er noch vorhat: „Bei der Schlußkonferenz dürfen die politischen und geographischen Verhältnisse in Europa nicht endgültig festgelegt werden." Also weder die Oder-Neiße-Grenze noch der Rhein und die Alpen. Auch für Ost- und Nordsee gilt: Zweigeteilt - niemals!

Der Ehrenpräsident des Vereins der „Eisenbahnfreunde Hameln" durfte mit fünfzehn seiner Vereinsmeier vier Wochen lang auf der Transsibirischen Eisenbahn (Irkutsk/Chabarowsk/Nachodka) herumfahren. Es ist immer ein schönes Gefühl zu sehen, wie sich das Vaterland aller Werktätigen um die kleinen Leute und ihre harmlosen Träume bemüht. In diesem Fall hätte man sich sogar gewünscht, daß der Ehrenpräsident noch viel länger, ja lebenslänglich in der Irkutsker Gegend hätte bleiben dürfen, anstatt gelegentlich mal wieder in der „Bild"-Zeitung seinen Anspruch auf die deutsche Kaiserkrone vorzutragen, dieser **Louis Ferdinand Prinz von Preußen,** Chef des Hauses Hohenzollern und des Hauses Brandenburg-Preußen, der jetzt leider auf seinen Wümme-Hof bei Bremen zurückgekehrt ist.

Neben dem so gut wie unsterblichen Verdienst, fast 95 Jahre alt geworden zu sein, hat Robert Stolz auch die Lieder „Wenn die kleinen Veilchen blühen . . ." und „Ade, mein kleiner Gardeoffizier . . ." kreiert. Grund genug für die „**UZ**", Parteiorgan der DKP, ein paar kritische Fragen anzubringen, zum Beispiel: „Es war wohl ein guter Griff, daß die vielgefeierte Sopranistin Anneliese Rothenberger die Einführungsworte sprach; sie zählt zu den Freunden von Robert Stolz". Nein, das war's noch nicht, aber jetzt: „Groß und berühmt war die Zahl der Gratulanten, die aus seinem schier unermeßlichen Melodienreichtum schöpften . . ." Immer noch nicht, nun aber: „Zu den besonderen Höhepunkten der Sendung müssen die Auftritte von Robert Stolz als Dirigent gezählt werden, die von seinem Lieblingspublikum immer wieder stürmisch gefeiert wurden . . ." Nein! „ . . war diese Sendung gewiß ein bleibendes Erlebnis . . ." Einer, der zwar die Revolution nicht in der Musik stattfinden lassen, aber auch nicht durch den Schlick der Unterhaltungsindustrie zu neuen Ufern waten wollte, bestellte die „UZ" ab, nicht ohne Hinweis auf Robert Stolz op. 47: „Frag nicht, warum ich gehe, frag nicht, warum . . ."

Der Bundesminister der Verteidigung, **Georg Leber** (noch SPD), gibt bekannt: Eine Umfrage des Infas-Instituts hat ergeben, daß 74 Prozent der Befragten die Bundeswehr für „wichtig" oder „sehr wichtig" halten. Vor einem Jahr waren es nur 58 Prozent. Ist das nun ein Erfolg der sozialliberalen Friedenspolitik? Und ist diese am Ziel, wenn 100 Prozent die Bundeswehr für „ganz furchtbar wichtig" halten?

Franz Burdas „Bunte" ist „die Zeitschrift, auf die sich der Leser noch freuen kann. Dieses positiv geladene, auf die Bedürfnisse der Leser abgestimmte Umfeld der ‚Bunten' schafft ein Klima, das zum Transport von Werbebotschaften besonders geeignet ist". So zeigt die „Bunte" sich selbst an. Und ihr Verleger beruft sich dafür aufs Grundgesetz.

Vermutlich auf Artikel 47 Absatz 11: Jeder hat das Recht, seinen Omo-Knoten frei zu entfalten.

Es gibt zwei Sorten von Humanisten: solche, die Ehrfurcht vor dem Leben haben, und solche, die häufig „per aspera ad astra" sagen. So einer ist **Dr**. **Manfred Thier** aus dem Staatsministerium des Rechtsradikalen Hans Filbinger. In einem Leserbrief an die „Zeit" nimmt Thier seinen verfassungsfeindlichen Ministerpräsidenten gegen den Vorwurf der Schnüffelei in Schutz und schließt: „Vestigia terrent. Videant consules . . ." (Die Spuren schrecken. Die Konsuln mögen sehen. . .). Die Spuren sind bekannt: Filbinger als NS-Kriegsrichter. Wer sind die Konsuln? Willy Brandt und Herbert Wehner? Und wonach sollen sie sehen? Am besten danach, daß Filbinger seine „Jugendsünde" nicht als Alterstorheit wiederholen kann?

Seit Helmut Schmidt gesagt hat, er sei auch ein Intellektueller, denn er habe schließlich ein Buch geschrieben, werden die Verlage mit Fuhren voll Manuskripten überschüttet. Auch Fritz Molden hat eins herausgepickt: „Der Weg der Sozialdemokratie", von **Peter Glotz,** Staatssekretär im Bonner Bildungsministerium und stellvertretender SPD-Vorsitzender in Bayern. Warum gerade Molden, der doch mit Dulles verwandt ist und nicht mit Bebel? Vielleicht deshalb: „Eingefleischten ‚wissenschaftlichen Sozialisten', für die Sozialismus identisch ist mit der Oberwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln . . ., muß klargemacht werden, daß sie in der SPD fehl am Platze sind." In diesem Sinne wäre auch Bebel ein Glotz am Bein auf dem Weg der Sozialdemokratie. Und lang ist die Chaussee.

„Bild" meldet aus Portugal: „Die 68jährige Schwester Lucia, letzte Überlebende der drei Hirtenkinder, die 1917 in dem portugiesischen Dorf Fatima eine Erscheinung der Jungfrau Maria hatten, ist nach Spanien geflüchtet. Die katholische Nachrichtenagentur Logos berichtet, daß portugiesische Kommunisten Schwester Lucia entführen wollten, um sie einer Gehirnwäsche zu unterziehen . . ." (Schändung wäre nicht so glaubhaft gewesen.) Daneben steht der „Bild"-Witz: „Kommt Klein-Erna zu Heini und fragt ganz erstaunt: Was macht denn der Hahn auf der Henne? Sagt Heini: Eier stempeln, was denn sonst!" Was sonst? Jungfrauen erscheinen lassen.

Abteilung Kunst im **„Spiegel",** vorwiegend gut gemeint. Da soll der Hamburger Kunstverein die Liebe zur Kunst wecken, und der „Spiegel" wiederholt in kritischer Absicht: „Zur Kunst und nichts als zur Kunst, offenbar." Wenn es jetzt noch geheißen hätte „Zur Kunst und zu nichts als zur Kunst" ... es wäre nicht nur kritisch, es wäre auch deutsch gewesen. Zu! Schade!

Der Senat von West-Berlin hat bekanntgegeben, woran man Verfassungsfeinde erkennt: „Teilnahme an Demonstrationen, Singen von Liedern mit herabsetzendem Inhalt . . ." Da **Kurt Neubauer** sicherlich nichts gegen das Absingen von „O du schöner Westerwald" oder „Leck mich am Arsch, Marie, mein Geld das kriegst du nie" hat, sollten sich sangesfreudige Genossen jetzt wappnen. Textvorschlag für künftige Parteifeste: „Brüder, zur Sonne, zur Schabidubida . . ."

Tendenzwende: Vor Jahren prophezeite Franz Strauß eine „Finnlandisierung der Bundesrepublik". Die Angaben der Zeugen Jehovas über das Datum des Weltuntergangs waren präziser, jedenfalls wirbt der finnische Fremdenverkehrsverein jetzt mit dem Aufruf „Finnlandisieren Sie mal", während ein Plakat, mit dem die Finnen zum Besuch des Schwarzwalds angelockt werden sollen, korrekterweise den Hinweis auf die dort stattgehabte **„Filbingerisierung"** enthalten müßte. Sonst fragen sich die skandinavischen Touristen am Ende, warum es in Spanien plötzlich so viele Tannen gibt.

Die **„Frankfurter Allgemeine Zeitung"** hat ein Leben: „Es gibt einige wenige Geschäftsberichte, auf die man sich schon vorher freut, weil sie, ohne blenden zu wollen, nach Inhalt und Gestaltung etwas Außergewöhnliches bieten. Zu diesen wenigen gehört der Geschäftsbericht des Hauses Reemtsma mit seinem schlichten tabakbraunen Einband. Reemtsma versteht es immer wieder, mit künstlerischen Mitteln etwas vom Leben, vom Geist, von der Tradition dieses Unternehmens zu vermitteln . . ."Wie mag das wohl aussehen? Links, unter „Erträgen", die Gewinne, rechts, unter „Kosten" die Lungenkrebs-Toten des Jahres, illustriert von Dali? Und auf dem tabakbraunen Umschlag Goethes schlichten Sinnspruch: „Wir kommen alle, alle, alle in den Himmel. . ."?

Alexander Solschenizyn läßt sich derzeit vom CIA und angeschlossenen Organisationen (man hat da jüngst einiges dazugelernt) auf Bankette in amerikanischen Luxus-Hotels rumreichen. Er darf dort den Nixon-Wählerinnen erzählen, wie man die Welt befreit (vom Kommunismus). Er weiß, wovon er spricht: „Ich selbst war in dem roten brennenden Magen des Drachens. Aber er war nicht in der Lage, mich zu verdauen. Deshalb hat er mich ausgespuckt." Je mehr man Solschenizyn lauscht, um so mehr zweifelt man, ob er den roten brennenden Magen nicht doch in die andere Richtung verlassen hat.

Als **Walter Scheel** sein Amt als Bundespräsident antrat, wurde viel darüber gerätselt, was er anders machen werde als sein Vorgänger Heinemann. Jetzt hat er's selbst gesagt: „Bild am Sonntag ist die einzige Zeitung, die ich vom ersten bis zum letzten Wort lese. Weil man das so schön morgens im Bett tun kann." Vom ersten bis zum letzten Wort, also am 20. Juli 1975 von „Deutsche Mädchen: Weltrekord" bis „Süßen ohne zu büßen". Und auf Seite vier, jeden Sonntag, den Debilen-Kommentar von Peter Bachér, mit Sätzen wie: „Es wird alles sonnenwarm und schön sein, die zwei, drei Wochen, aber insgeheim wissen wir natürlich, daß es auch alles nicht so sein könnte." Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, liegt der Präsident und liest.

Theo fällt diesmal aus: Sommer-Pause.

Konkret 08/75, S. 36

Fehl-Orientierungs Rahmen II. Teil

Dies ist der zweite Teil einer Kritik am Entwurf eines SPD-Orientierungsrahmens für die Jahre bis 1985, der auf dem Mannheimer Parteitag im November beschlossen werden soll. Die inzwischen an der Parteibasis angelaufene Diskussion hat die dem OR '85 zunächst wohlgesonnene etablierte Parteilinke in Schwierigkeiten gebracht. Offenbar wollen viele Genossen weder den Verzicht auf Vergesellschaftung als Voraussetzung wirkungsvoller Investitionskontrolle noch die Preisgabe der Forderung nach mehr Lebensqualität hinnehmen. Im zweiten Teil ihres Beitrags wenden sich die OR-Kritiker Detlev Albers, Klaus-Peter Kisker, Kurt Neumann, Kurt Wand und Axel Zerdick gegen die OR-Aussagen zur parteilichen Vertrauensarbeit, zur Rolle des Staates und zur Weltwirtschaft. Sie fordern: Grundsatzdiskussion fortführen, aber den vorliegenden Entwurf in Mannheim ablehnen:*

Bewußtsein der Bürger Vertrauensarbeit der Partei:

Noch im ersten Langzeitprogramm-Entwurf fehlten die Problemstellungen „Bewußtseinsbildung" und „Vertrauensarbeit" ganz. Lediglich technische Fragen der Parlamentsarbeit (Datenverarbeitung, Reform der Rechnungshöfe) wurden behandelt. Der zweite Entwurf widmet immerhin eines seiner vier Kapitel dem Thema Vertrauensarbeit. Seit dem drastischen Vertrauensschwund in den Landtagswahlen seit 1972, bei denen die SPD einen erheblichen Teil von meist traditionellen Wählern verloren hatte, hat man sich offenbar in der Programmkommission der Bedeutung dieses Themas besonnen.

Was waren die Gründe für den Vertrauensschwund? Vor allem die Enttäuschung über ausbleibende Reformen, über verstärkte Maßhalteappelle an die Adresse der Gewerkschaften. Beides machte klar, daß sich auch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung die Kapitalinteressen im direkten Konflikt mit gesellschaftlichen Interessen stets als vorrangig erweisen. Die innerparteiliche Diskussion reagierte auf den Vertrauensschwund in zwei Richtungen - und beide sind, wenigstens ansatzweise, in den OR-Entwurf eingegangen:

o Die Partei-Rechte verlangt, daß Vertrauensarbeit vor allem in Propaganda der Regierungsarbeit bestehen soll, eine Public-Relations-Arbeit, die den Mitgliedern und Wählern jede Reform-Verwässerung als unumgänglich und jeden Rechtsruck als nur taktisch verkaufen soll: „**Politische Entscheidungen, die allein aus sich heraus nicht einsehbar oder nicht akzeptabel erscheinen, müssen verständlich gemacht werden . . In diesem Vermittlungsprozeß liegt zugleich ein wichtiger Beitrag zur längerfristigen Orientierung der Bevölkerung über die Grenzen staatlicher Handlungsmöglichkeiten und damit zum Abbau unrealistischer Erwartungen und irrational gesteigerter Reaktionen bei der Enttäuschung solcher Erwartungen."** Vertrauensarbeit soll also offenbar das Kunststück fertigbringen, trotz einer sich immer stärker nach rechts entwickelnden Politik der Gesamtpartei die für Wahlkämpfe unentbehrlichen Linken und die Gewerkschaften an diese Politik zu binden.

o Der um die Jungsozialisten gruppierte linke Parteiflügel sieht zwar in der Vertrauensarbeit auch ein Mittel, abgewanderte Arbeitnehmer wieder zur Partei und ihren politischen Zielen zurückzubringen - freilich im Sinne einer „Doppelstrategie", die eine notwendige Veränderung der SPD-Politik in die Vertrauensarbeit mit einbezieht. Von dieser Strategie wurde gerade der zweite Teil, der eine stärkere Orientierung der SPD an den Interessen der Lohnabhängigen erfordert, im OR-Entwurf verballhornt: **„Bei diesem Sachverhalt - der oft mit dem mißverständlichen Begriff der Doppelstrategie belegt worden ist - handelt es sich um zwei Aspekte einer einheitlichen sozialdemokratischen Strategie", nämlich: „Auf mittlere und längere Sicht hat sozialdemokratische Politik auch auf der staatlichen Ebene nur dann Erfolgschancen, wenn sie mit einer breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit unserer Partei in der Bevölkerung einhergeht."**

Für den Erfolg einer sozialdemokratischen Strategie des demokratischen Sozialismus ist der Bewußtseinsstand des Bürgers von entscheidender Bedeutung. Das Bewußtsein des einzelnen über seine Stellung in Staat und Gesellschaft ist durch seine Erfahrungen im Arbeitsprozeß und darüber hinaus im Wohn- und Freizeitbereich bestimmt. Im Programm-Entwurf wird erst gar nicht der Versuch unternommen, die durchaus unterschiedlichen Bewußtseinsformen zu konkretisieren und auf ihre Ursachen zu untersuchen. Man spricht lapidar vom „**Bürger**", der „**seine Lage zunehmend als die einer umfassenden, aber weitgehend undurchsichtigen Abhängigkeit von den Leistungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Organisationen**" erfährt. Doch erst nach Kenntnis der existierenden Formen des Bewußtseins und seiner Grundlagen läßt sich die Aufgabe der Partei, bewußtseinsbildend zu wirken, näher bestimmen.

Die Bildung von Klassenbewußtsein gehörte lange Zeit zu den vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Sie wurde durch die vielfältigsten Institutionen wahrgenommen, angefangen bei den Parteizeitungen und den Zeitungen der Gewerkschaften über die verschiedenen Vorfeldorganisationen (Arbeiterwohlfahrt, Sozialistische Jugend) bis hin zu den

Einrichtungen der Arbeiterbildung und Funktionärsschulung. Zielsetzung war es immer, an die sich spontan stets aufs neue bildende Erkenntnis von der Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems anzuknüpfen, um die inneren Strukturen der Wirtschafts- und Sozialordnung aufzudecken, und somit die Notwendigkeit des solidarischen Vorgehens und der grundlegenden Beseitigung des Kapitalismus zu vermitteln.

Bezugspunkt einer langfristigen sozialdemokratischen Strategie können daher nicht die leicht manipulierbaren Wählervorstellungen sein, wie man sie gegenwärtig vorfindet. Grundlage sozialdemokratischer Vertrauensarbeit, deren tatsächlicher „Orientierungsrahmen°, muß vielmehr das Ringen um die konsequente Durchsetzung der gemeinsamen Klasseninteressen aller Lohnabhängigen bilden. Erst von dieser sozialen Basis aus können aufgrund der ökonomischen Angleichung Teile der Freiberuflichen, Selbständigen, der höheren Angestellten und Beamten fest für die Ziele der SPD gewonnen werden. Eine Politik, die in einer falsch verstandenen Volkspartei-Konzeption allein durch die additive Obernahme der in diesen Schichten beheimateten Bewußtseinsformen und Wertvorstellungen, die Partei über ihre angestammte Wähler- und Mitgliederschichten hinaus erweitern will, kann diese Aufgabe nicht bewältigen.

Die praktischen Konsequenzen, die in dem Programm-Entwurf für die Vertrauensarbeit gezogen werden, stehen in krassem Gegensatz zur vielerorts betriebenen politischen Praxis der Partei. So wird gefordert, daß neben den schon vorhandenen „offenen Formen" (der innerparteilichen Willensbildung und der parlamentarischen Arbeit) neue entwickelt werden müssen. **„Voraussetzung dafür ist der konsequente Ausbau der innerparteilichen Demokratie (!) im Sinne der offenen Diskussion - auch über die engen Grenzen der Mitgliedschaft hinaus - und die Aktivierung möglichst vieler Mitglieder für unsere politischen Ziele. Beides kann nur erreicht werden durch die weitere Verbesserung unseres Informationswesens** (.. .) **und über den Ausbau unseres Schulungswesens** . . ." Der Widerspruch dieser Aussagen zu dem innerparteilichen Disziplinierungsdruck, dem gerade jetzt besonders stark die Jungsozialisten ausgesetzt sind, ist unübersehbar (man denke nur an das Urteil der Bundesschiedskommission und an den Parteivorstandsbeschluß zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit).

Aber auch die Aussagen zum Informationswesen widersprechen deutlich der hinlänglich bekannten SPD-Pressepolitik.

Es bleibt nur zu hoffen, daß diese Konsequenzen für die Vertrauensarbeit nicht nur auf dem Papier stehenbleiben, sondern auch für die Praxis der Partei Relevanz gewinnen. Dennoch drängt sich der Verdacht auf, daß hier wie auch an anderen Stellen des 2. LZP-Entwurfs bewußt „doppelgleisig" gefahren wird. Den Linken werden zur Beruhigung Zugeständnisse in weniger relevanten theoretischen Fragen gemacht, an der Praxis der Partei selbst ändert sich aber nichts.

Die gleiche Widersprüchlichkeit, die schon für die Aussagen zur allgemeinen Vertrauensarbeit der Partei charakteristisch war, kennzeichnet auch die Abschnitte zum Verhältnis SPD - Gewerkschaften. Einerseits wird zu Recht auf die zahlreichen Obereinstimmungen zwischen den Forderungen, den gesellschaftlichen Zielvorstellungen, aber auch den Kampferfahrungen von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Zutreffend wird auch die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften herausgearbeitet, die es unter dem Gesichtspunkt einer einheitlichen gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Lohnabhängigen gegen jedes leichtfertige Hineinregieren der Partei zu respektieren gilt.

Um so unverständlicher ist es jedoch, wenn dieser richtigen Erkenntnis die vermeintliche Gefahr einer Bevormundung der SPD durch die Gewerkschaften gegenübergestellt wird: **„Die Gewerkschaften können der Partei weder die Aufgaben der politischen Führung noch die der Vertrauensarbeit abnehmen. Die Gewerkschaften sind in erster Linie solidarische Organisationen zur Verbesserung des Einkommens und der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Sie könnten diesem, ihrem überwiegenden Organisationszweck nicht in vollem Umfang gerecht werden, wenn sie mit Aufgaben gegenüber dem Bürger und der Gesamtgesellschaft überfordert werden."**

Es wäre überaus interessant zu erfahren, welche konkreten Beispiele die Kommission im Auge hatte, wenn sie die Gewerkschaften vor einer angemaßten politischen Führungsrolle glaubt warnen zu müssen. Vergangene und aktuelle Differenzen zwischen dem Gewerkschaftsstandpunkt und der Position der SPD-Parteiführung, wie etwa zu Fragen der Notstandsgesetze, der Realisierung der paritätischen Mitbestimmung oder bei Konflikten über wirtschafts- und tarifpolitischen Entscheidungen, haben regelmäßig die Gewerkschaften als konsequentere Verfechter der Arbeitnehmerinteressen in Erscheinung treten lassen. Wenn die Kommission dennoch die Gewerkschaften belehrt, sich nicht mit gesamtgesellschaftlichen Aufgaben selbst zu „überfordern", drängt sich der Verdacht auf, als ginge es weniger darum, die Gewerkschaften zu konsequenter Arbeitnehmerpolitik zu ermuntern, als die Partei vor unbequemer Kritik aus Gewerkschaftskreisen abzuschirmen.

Äußerst fragwürdig ist zudem der Gegensatz, den die Kommission zwischen tarifpolitischer Interessenvertretung und gesamtgesellschaftlichen Initiativen der Gewerkschaften konstruiert. Offenkundig gelang es den Gewerkschaftsmitgliedern in der Kommission nicht, klarzumachen, daß der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen heute mehr

denn je gewerkschaftliche Vorstöße etwa zur Reform des Bildungs- und Gesundheitswesens, zur Stadtsanierung und zum öffentlichen Nahverkehr erfordert. Daß aktive Tarifpolitik zum Ringen um mehr Lebensqualität hinführt und daß sich dies notwendig in gesamtgesellschaftlichen Initiativen niederschlägt - diese Grundbedingung gewerkschaftlichen Handelns ist der Kommission anscheinend verborgen geblieben, denn wie sonst könnte sie zu der verqueren Vorstellung gelangen, daß sich ausgerechnet die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften durch ein Übermaß an gesellschaftspolitischen Initiativen gewissermaßen selbst zugrunde richten könnten.

Wurde aus den bisherigen Kommissionsaussagen das Mißtrauen gegenüber allgemeinpolitischen Initiativen der Gewerkschaften deutlich, ist man anschließend plötzlich bereit, den Gewerkschaften eine pauschale Mitverantwortung für die bestehende Gesellschaftsordnung aufzubürden. „**Die Gewerkschaften haben sich . . . längst zu einem Verband entwickelt, der . . . auf die Mitgestaltung und Mitverantwortung an der politischen Gesamtordnung ausgerichtet ist und für deren Lebensfähigkeit Mitverantwortung trägt.**" Hier wird den Gewerkschaften genaugenommen nichts Geringeres als eine Mitverantwortung für das Funktionieren des kapitalistischen Wirtschaftssystems zugeschoben. Vermag dieses aber seine inneren Widersprüche wie in der gegenwärtigen Krise nur auf Kosten der Arbeitnehmer zu lösen, dann fällt den Gewerkschaften zwangsläufig die Aufgabe zu, die eigenen Mitglieder und deren berechtigte Forderungen zugunsten ihrer angeblichen Mitverantwortung für den gesellschaftlichen Status quo zu disziplinieren.

Damit wird die Verdrehung der eigentlichen Gewerkschaftsaufgaben auf die Spitze getrieben: Man bremst, wo die konsequente Interessenvertretung der Lohnabhängigen auf systemkritische gesellschaftspolitische Initiativen der Gewerkschaften hindrängt, man verordnet Mitverantwortung, wo der Bestand der Wirtschaftsordnung nur durch Opfer der Arbeitnehmer gewährleistet werden kann. Oberflüssig zu sagen, daß eine solche Konzeption die Gewerkschaften ausschließlich als systemerhaltenden Ordnungsfaktor verstehen muß und sie damit letztlich zum Büttel von Kapitalinteressen degradiert.

Der von der etablierten Parteilinken vorschnell als fortschrittlicher Durchbruch hochgejubelte Teil zur Vertrauensarbeit erweist sich damit in seinem wichtigsten Anwendungsbereich, dem Zusammenwirken von SPD und Gewerkschaften, als das Gegenteil seiner ursprünglichen Zielsetzung. Statt die „**Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung . . . unverzerrt in die politische Diskussion und Entscheidung einzuführen**" und die gewerkschaftlichen Aufgaben nach diesem selbst gesetzten Maßstab zu bestimmen, beschreibt man die Gewerkschaftsarbeit derartig eingeschränkt, daß sie zum wirksamen Kampf um die Durchsetzung von Bevölkerungsbedürfnissen unfähig wird.

Weltwirtschaft und Multinationale Konzerne:

Im OR-Entwurf heißt es: „**Wir alleine sind auch nicht in der Lage, die Probleme zu lösen, die sich aus dem Gefälle zwischen hochentwickelten Industriestaaten, rohstoffexportierenden Staaten und den übrigen Staaten . . . ergeben**." Diese Aussage ist in zweifacher Hinsicht problematisch. Die Autoren erwecken, ohne die Ursachen für das konstatierte Gefälle zu benennen, den Eindruck, als ob die Unterentwicklung wesentlich den inneren Faktoren der betreffenden Länder geschuldet sei. Das ist falsch. Das Gefälle zwischen kochindustrialisierten Ländern und der Dritten Welt beruht auf der imperialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer. Die Monopolkapitale der Industrieländer haben mit ihrem Eindringen in die Entwicklungsländer dieses Gefälle erzeugt und seit der Kolonialzeit verschärft. Die Verantwortung für die ungleiche Entwicklung liegt also bei den Industrienationen, genauer bei denen, die die Kapitale bei der Ausplünderung und Ausbeutung der Dritten Welt gewähren lassen bzw. diese sogar z. B. durch Steuererleichterungen, Subventionen oder Garantien dabei unterstützen. Mit der Aussage, daß wir allein dagegen nichts tun können, wird den BRD-Monopolen ein Freibrief ausgestellt, wird jeder Ansatz zur Eindämmung der Macht der BRD-Konzerne beiseite geschoben, wird ein bequemes Alibi für das Nichts-Tun aufgebaut.

Die Klagen im OR-Entwurf über die engen Beschränkungen unserer politischen Handlungsmöglichkeiten und die Abhängigkeit vom Verhalten anderer und von äußeren Bedingungen, zielen in die gleiche Richtung. Da nicht nach den Ursachen der Abhängigkeit gefragt wird, kann man das Verhältnis der verschiedenen Staaten zueinander für die Begrenzung des politischen Handlungsspielraumes verantwortlich machen. Eine etwas genauere Analyse hätte demgegenüber aber bereits gezeigt, daß es die Monopolkapitale bzw. Kapitalgruppen sind, die direkt oder indirekt über die von ihnen weitgehend bestimmten Staaten die Bedingungen für die Entwicklung der einzelnen Länder und Gebiete setzen. Hätte man dies erkannt oder erkennen wollen, hätte man aus der richtigen Feststellung des immer enger werdenden Handlungspielraumes den Schluß ziehen müssen, daß gemäß des Godesberger Programms diese Großkapitale zu vergesellschaften sind.

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus auf die Rohstoffknappheit und die Ölverteuerung zurückzuführen, heißt die besonderen Aufschwungbedingungen der Nachkriegszeit wie die ökonomischen Probleme der Gegenwart bewußt oder

unbewußt zu verschleiern. Die Verteuerung des Mineralöls ist zu einem wesentlichen Teil durch die Mineralölgesellschaften selbst bewirkt, es ist insoweit also keine äußere Bedingung, sondern ein dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zuzuschreibendes Problem. Der These von der absehbaren Erschöpfung vieler Naturschätze und natürlicher Produktivkräfte ist generell zuzustimmen. Es ist jedoch nicht ausreichend, dieses zu konstatieren, ohne die spezifischen Ursachen dafür zu benennen und ohne Aussagen darüber zu machen, was angesichts dieser Lage zu geschehen hat. Die Behauptung, daß eine absehbare Verknappung von Rohstoffen und Energie heute das Wirtschaftsgeschehen beeinflußt, ist durch nichts zu belegen und muß als Versuch, von den eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise abzulenken, zurückgewiesen werden.

Die Ursache von Armut und vor allem von Hunger als Problem mangelnder Produktionssteigerung und schlechter Verteilung hinzustel len, ist angesichts der in den kochindustrialisierten Ländern betriebenen Politik der künstlichen Verknappung von Lebensmitteln nur als äußerst fragwürdig zu bezeichnen. Jedes Jahr werden in den kapitalistischen Staaten Lebensmittel-Berge vernichtet oder für den menschlichen Genuß unbrauchbar gemacht, die vorher mit Hilfe von Subventionen angehäuft worden sind. Die Vernichtung selbst wird wiederum aus Steuermitteln bezahlt. Ein Verschenken dieses Oberflusses an die Hungernden der Welt verstieße gegen die Regeln des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Darüber hinaus kann niemand heute noch übersehen, daß in den nicht-kapitalistischen Entwicklungsländern - wie z. B. in der VR China, in Kuba und Algerien - Elend und Hunger überwunden sind, während in den vom Kapitalismus abhängigen Ländern das Massenelend weiter zunimmt. Ursache des Massenelends in diesen Ländern ist die auch von den BRD-Monopolen erzwungene Ausrichtung der Produktion an den Profitraten der multinationalen Konzerne. Ursache des Massenelends in den Entwicklungsländern ist ferner, daß die Staaten der hochindustrialisierten Länder alle Versuche der Entwicklungsländer, sich der ständigen Ausplünderung durch die Monopolkapitale zu widersetzen, zunichte zu machen versuchen. So ist es nur als Skandal zu bezeichnen, daß die BRD z. B. auf der UN-Konferenz in Lima ausdrücklich den Entwicklungsländern das Recht bestritten hat, ihre Grundstoffindustrie im Interesse der Entwicklung der eigenen Volkswirtschaften zu vergesellschaften.

Im OR-Entwurf wird das Fehlen staatlicher Möglichkeiten zur Kontrolle und Lenkung multinationaler Unternehmen beklagt, ohne konkret auf die Ursachen ihrer Herausbildung, ihre spezifischen Strategien und ihre besonderen Wirkungen auf die Weltwirtschaft bzw. die Wirtschaft einzelner Länder und insbesondere auf die Lage der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern einzugehen. Die Verfasser verkennen, daß Multinationale Konzerne eine spezifische Erscheinungsform des Kapitalismus auf der Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellen. Sie sind keine anonymen Mächte, sondern konkret zu benennende Großkapitale, deren Macht - d. h. die Möglichkeit, die Entwicklung direkt oder indirekt über die von ihnen abhängigen Staaten wesentlich zu beeinflussen -sich aus der Logik des kapitalistischen Systems ergibt. Nicht aufgrund anonymer Kräfte, sondern aufgrund ihrer heutigen Bedeutung für die ökonomische Entwicklung sind sie in der Lage, in allen kapitalistisch beeinflußten Ländern für sie vorteilhafte Verwertungsbedingungen durchzusetzen. Die gescheiterten Versuche, gegen ihr Interesse schärfere Umweltschutzbestimmungen, bessere Ausbildungsbedingungen u. ä. durchzusetzen, die gescheiterten Versuche, Vergünstigungen für Kapitalexporte u. ä. abzubauen, belegen dies.

Die Multinationalen Konzerne mit dem Hinweis auf national nicht mehr zu bewältigende Fragen gewähren zu lassen, worauf die Ohnmachtserklärungen des OR de facto hinauslaufen, heißt sozialdemokratische Zielvorstellungen zugunsten der Interessen dieser Großkapitale aufzugeben, heißt konkreter, die Verschärfung imperialistischer Ausplünderung und Ausbeutung hinzunehmen, heißt die Verelendung der Arbeiter und Arbeitslosen in den Entwicklungsländern objektiv zu unterstützen und heißt die Arbeitsplätze in den kapitalistischen Industrienationen weiter zu gefährden.

Es ist undenkbar, daß durch Kooperation kapitalistischer, d. h. vom Kapital abhängiger Staaten die Macht der Multinationalen Konzerne eingedämmt wird. Sozialdemokratische Zielvorstellungen sind nur auf der Basis der Vergesellschaftung der Multinationalen Konzerne zu verwirklichen. Das heißt, die SPD kann sich nicht hinter anderen Staaten oder hinter supranationalen Institutionen verstecken, sondern muß alle möglichen Anstrengungen unternehmen, in der BRD die westdeutschen Multinationalen Konzerne und die Töchter der ausländischen Multinationalen Konzerne zu vergesellschaften. Nur so ist eine Bresche in den kapitalistischen Weltmarkt zu schlagen und die Entwicklung der BRD zu einem der gefährlichsten Ausbeutersysteme zu stoppen. Die Vergesellschaftung der Multinationalen Konzerne ist daher die entscheidende Gestaltungsmöglichkeit, die heute von Sozialdemokraten wahrzunehmen ist.

Ziele, Grundwerte und analytische Kriterien:

Der OR-Entwurf bestimmt in Anlehnung an das Godesberger Grundsatzprogramm der SPD als das wesentliche Ziel sozialdemokratischer Politik eine Gesellschaft, die nach den Grundwerten *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität* gestaltet ist.

Entgegen dem eigenen Anspruch wird aber noch nicht einmal ein zaghafter Versuch gemacht, diese Grundwerte auf die gesellschaftliche Realität zu beziehen, die Realität einer Klassengesellschaft, in der gegensätzliche Interessen aufeinanderstoßen. Damit erfahren die genannten Begriffe eine inhaltliche Entleerung: Sie sind nicht mehr Ausdruck der Parteinahme für die Ausgebeuteten und Unterdrückten, sondern werden zu ungeschichtlichen und damit unpolitischen. „ewigen Werten".

Aus diesem Grund wird auch nicht untersucht, an welchen - für die verschiedenen Gesellschaftssysteme möglicherweise unterschiedlichen - gesellschaftlichen Bedingungen es liegt, daß **„nirgendwo das Maß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht (ist), das unter den gegebenen Verhältnissen möglich wäre**". Statt dessen werden Widersprüche beschrieben, die **„auf der** ganzen Erde" auftreten. Die Existenz der beliebig aneinandergereihten Widersprüche mag unbestritten sein. Wenn aber für die Bundesrepublik der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital nicht einmal erwähnt wird und statt dessen genauso pathetisch wie resignativ „**allgemein menschliche**" Probleme vorgeführt werden **(„Irrtum und Schuld, Schmerz und Verzweiflung, Krankheit und Unglück"),** dann ist der Weg verstellt zu einer Analyse der besonderen geschichtlichen Bedingungen und der aus ihnen folgenden Notwendigkeiten und Möglichkeiten politischen Handelns.

Konkret wird diese *Entpolitisierung durch Pathos* vor allem in den wirtschaftspolitischen Aussagen. Dort ist durchgängig ein technokratischer Ansatz vorzufinden, dem es nur noch um Instrumente und Mechanismen einer wie auch immer funktionierenden Wirtschaft geht, nicht aber um die Konkretisierung der in den Grundwerten aufgestellten Postulate. Grundwerte und „praktische" Politikfallen damit - vielleicht auch infolge der Arbeitsteilung innerhalb der Kommission - ähnlich auseinander wie an anderer Stelle Sonntagsreden und Alltagspraxis.

Freiheit wird zwar zu Recht als Problem materieller gesellschaftlicher Bedingungen und nicht nur als formale Frage begriffen: Sie kann es nur geben, **„wenn alle Menschen die tatsächliche (wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle) Möglichkeit haben**, **sich frei zu entfalten".** Was unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen „**Freiheit für alle**" verhindert, wird aber nicht untersucht: Das Grundverhältnis der Lohnarbeit, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Es bleibt allein die beklagte, aber nicht auf ihre gesellschaftliche Grundlage zurückgeführte „**Fremdbestimmung**" durch die „**verselbständigten gesellschaftlichen Lebensverhältnisse".**

In den strategischen Aussagen wird dann die Überwindung der „Freiheit' des Kapitals zur Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeit als Vorbedingung für „Selbstbestimmung` und für eine „Freiheit für alle" nicht einmal erwogen. Im Gegenteil: Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gerät der Kommission als mögliche Voraussetzung für die Schaffung einer Gesellschaft realer Freiheit überhaupt nicht ins Blickfeld. Sie wird nur als - allerdings im wesentlichen abzulehnender - wirtschaftlicher Regulierungsmechanismus erwähnt. Statt dessen werden die „**einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz"** bejaht.

Gerechtigkeit wird in dem Entwurf als Existenz **„gleicher Rechte und Chancen"** umschrieben. Die extreme gesellschaftliche Ungleichheit, die durch die Spaltung der Gesellschaft in Produktionsmittelbesitzer und Lohnabhängige gegeben ist, wird ausgeblendet, obwohl sich die Ungleichheit durch die fortgeschrittenen und weiter fortschreitenden Monopolisierungsprozesse ständig verschärft.

Als Ziele, die auf die Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit orientieren, werden im allgemeinen Teil die „**gerechte Verteilung der Einkommen**" und die „**konsequente Bekämpfung aller Wettbewerbsbeschränkungen und Marktvermachtungen in der Wirtschaft"** genannt. Wirksame Mittel zu ihrer Durchsetzung sind dem Entwurf aber ebensowenig zu entnehmen wie der Versuch erfolgt, die bisherige Tendenz zu noch ungleicherer Einkommensverteilung und zu noch stärkerer „Marktvermachtung" auch bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu erklären.

Solidarität verstehen die Verfasser des Entwurfs als Solidarität der „Mitmenschen" und nicht als Solidarität der Unterprivilegierten, der Unterdrückten und Ausgebeuteten, im Kampf um reale Freiheit und materielle Gerechtigkeit und Gleichheit. Damit wird der Illusion Vorschub geleistet, fortschrittliche, sozialdemokratische Politik könne durch die Zusammenarbeit a l l e r gesellschaftlichen Gruppen nach bürgerlichpluralistischem Muster durchgesetzt werden.

Der unterschiedslose Appell an die Solidarität aller wird in ihrer objektiven Funktion leicht zu einer Integrationsformel gegenüber der selbstbewußten Interessenvertretung der Lohnabhängigen. So heißt es an anderer Stelle des Entwurfs dann auch: **„Einem zunehmenden Versorgungsdenken und abnehmender Fähigkeit und Bereitschaft zu solidarischer Selbsthilfe stünde eine abnehmende Leistungsfähigkeit des Staates gegenüber."** Und später: **„Soweit dies gesellschaftlich und ökonomisch sinnvoll ist, sind die laufenden Kosten von Gemeinschaftsleistungen vorrangig durch Gebühren und Abgaben aufzubringen."** Hier droht die traditionelle sozialdemokratische Forderung nach öffentlicher Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen und Sicherungen im sozialen Bereich Vorstellungen der katholischen Soziallehre über das „Subsidiaritätsprinzip" weichen zu sollen. Der Begriff der „solidarischen Selbsthilfe" muß zur Rechtfertigung einer Annäherung an traditionelle CDU-Positionen herhalten.

Völlig gescheitert ist die Kommission in ihrem Versuch, ausgehend von den Grundwerten eine Abgrenzung sozialdemokratischer Politik gegenüber anderen politischen Positionen vorzunehmen: Nicht Irrtümer, sondern Klasseninteressen und konkrete politische Machtverhältnisse bedingen in erster Linie die Konzeptionen „liberaler" und „konservativer" bürgerlicher Politik und Herrschaftsausübung. Das zeigt sich gegenwärtig besonders deutlich in der Auseinandersetzung um die Einführung der paritätischen Mitbestimmung.

Die Kritik an der Politik kommunistischer Parteien, sie würden im Rahmen gesellschaftlicher Veränderungen der „Freiheit` nicht genügend Raum lassen, erscheint berechtigt. Aber es ist nicht nur bestürzend falsch, sondern nachgerade zynisch, wenn die Kommission die längst als falsch erkannte „**Totalitarismustheorie**" (rot = braun) so weit getrieben hat, daß sie dem Faschismus vorwirft, er wolle „Gleichberechtigung ohne Freiheit" durchsetzen und „Solidarität erzwingen". Hier wird geflissentlich übersehen, daß die Herrschaft des Kapitals von seinen Nutznießern notfalls auch durch blutigen Terror gesichert wird, und daß die Barbarei der bisher erlebten faschistischen Regimes von unvergleichbarer Inhumanität geblieben ist.

Zur Rolle des Staates:

Die Aussagen des Entwurfs über die Rolle des Staates zeichnen sich durch ein besonders hohes Maß an Widersprüchlichkeit aus. Hier war Einstimmigkeit offensichtlich nur auf Kosten von Einheitlichkeit zu erzielen, wenn es nicht für ein gemeinsames Staatsverständnis ausgereicht haben sollte, unbegriffenen und falsch dargestellten abweichenden Positionen (Staat als **„Vollzugsorgan der nach wie vor spontan wirkenden Gesetze des Kapitalismus"** bzw. als **„Agent der vereinigten Monopolkapitalisten")** eine kurze und bündige Abfuhr zu geben (2.4.4.)

Die Absage an die „**Vorstellung von einem neutralen, über allen Interessengegensätzen schwebenden autonomen Staat**" muß im Rahmen der Theoriediskussion der SPD als Fortschritt gewertet werden, selbst wenn nur verschämt von „Interessengegensätzen" und nicht von Klassengegensätzen die Rede ist. Unzureichend ist es jedoch, wenn ganz allgemein auf „bestehende Abhängigkeiten von Strukturen und Leistungen des Wirtschaftssektors" verwiesen wird. Diese Abhängigkeit wird zudem nur oberflächlich als technisches Problem des Verhältnisses von staatlichen Planungskapazitäten und weitgehender Datenvorgabe durch den privatwirtschaftlichen Sektor gesehen.

Unberücksichtigt bleibt im Entwurf der prinzipielle Zusammenhang der auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Produktion, der durch den antagonistischen Klassengegensatz gekennzeichneten bürgerlichen Herrschaftsordnung und dem bürgerlichen Staat. Damit wird verkannt, daß der bürgerliche Staat Ausdruck und Garant des Kapitalsverhältnisses ist. Der bürgerliche Staat schützt die Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit: Er sichert sie durch die privatrechtliche Gewährleistung des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie dessen strafrechtlichen, polizeilichen, militärischen und ideologischen Schutz. Damit ist der Staat auch heute die Organisation, „welche die bürgerliche Gesellschaft sich gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der Staat, wie seine Form auch ist, ist eine im wesentlichen kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, ideeller Gesamtkapitalist'. (Friedrich Engels, Anti-Dühring.)

Wenn die Kommission glaubte, gegenüber marxistischen Staatstheorien feststellen zu müssen, daß „**das staatliche Handeln in der Demokratie nicht ‚dem Kapital` verantwortlich (ist), sondern durch die Zustimmung der Wähler**

legitimiert" wird, so vermengt sie verschiedene Ebenen der Analyse miteinander und trägt zum Gegenteil einer klaren Positionsbestimmung bei:

- Zum einen beinhaltet die Definition des bürgerlichen Staates als eines „idellen Gesamtkapitalisten" von vornherein eine „relative Selbständigkeit` gegenüber den Einzelkapitalien.

- Zum anderen ist unbestritten, daß die Herrschaft des Kapitals je nach dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und den ökonomischen Möglichkeiten auch durch Zugeständnisse an Reformforderungen „der Wähler" und durch Integrationsversuche ausgeübt wird.

- Schließlich ist die grundsätzliche Funktion des gegenwärtigen bürgerlichen Staates nicht mit der konkreten Ausgestaltung der staatsrechtlichen Verfassungsordnung zu verwechseln. In der Tat legt Artikel 20 des Grundgesetzes fest, daß Legitimationsgrundlage allen staatlichen Handelns der Wille des Volkes ist. Das Grundgesetz gibt zudem in Artikel 15 die Möglichkeit zur Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse und damit auch zur Veränderung von Funktion und Struktur des Staates. Soweit aber der gegenwärtige bürgerliche Staat zu analysieren ist, geht es nicht um die Auslegung von Verfassungsnormen, sondern um die Analyse der gesellschaftlichen Realität. Das Problem besteht ja gerade darin, daß Norm und Realität auseinanderklaffen, und die Aufgabe besteht darin, dem Verfassungsauftrag einer demokratischen Gesellschaft voll gerecht zu werden, das nicht erfüllte Grundgesetz zu erfüllen (Adolf Arndt).

Die Verwechslung von Rechtsnorm und gesellschaftlicher Realität im Bereich der Analyse zeigt sich umgekehrt darin, daß die Kommission auf die ständige Gefährdung der erkämpften und im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte nicht eingeht.

Als besonders schwerwiegend fällt ins Gewicht, daß die Kommission letztlich die alleinige Abhängigkeit von der Legitimation durch die Wähler behauptet und damit doch wieder zur zunächst als falsch erkannten „Interessenneutralität" des bürgerlichen Staates zurückkehrt, ohne auch nur auf die nicht durch „den Wähler" bedingten Behinderungen der Regierungspolitik von Sozialdemokraten einzugehen.

Im Entwurf wird zu Recht auf veränderte Funktionsweisen und Aufgaben des Staates hingewiesen: „**Der Staat hat seit dem vergangenen Jahrhundert auch in kapitalistisch organisierten Ordnungen in immer weiteren, zuvor privaten Bereichen Verantwortung übernehmen müssen**." Die Aussage bleibt aber allgemeingehalten und kommt auch in den konkreteren Ausführungen nicht über die beschreibende Aufzählung von Einzelerscheinungen hinaus. Da auf eine Angabe der sozio-ökonomischen Ursachen verzichtet wird, erscheint die historische Entwicklung der Staatsfunktionen als unbegriffen und schicksalhaft, als Naturereignis.

Die Obernahme zusätzlicher Funktionen durch den Staat im ökonomischen Bereich, das direkte Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgeschehen, muß im Zusammenhang mit grundlegenden Veränderungen in der Struktur der ökonomischen Basis des gegenwärtigen Kapitalismus gesehen werden. Infolge der Konzentration und Zentralisation von Kapital haben sich Monopole als strukturbestimmende Kapitalien herausgebildet. Auf der Grundlage des Monopolisierungsprozesses wurde es notwendig und möglich, staatliche Aktivitäten als dauernde in den kapitalistischen Produktionsprozeß einzubeziehen, wobei zwei Aspekte besondere Bedeutung haben:

- Die staatliche Umverteilungspolitik zur Subventionierung von Profiten, deren Notwendigkeit teils konjunkturell, teils mit dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt oder mit Strukturproblemen begründet wird.

- Die Übernahme und Erhaltung bestimmter Wirtschaftsbereiche durch den Staat als Konsequenz aus dem tendenziellen Fall der Profitrate und der Notwendigkeit, unter monopolistischen Bedingungen Kapitalentwertung ohne Kapitalvernichtung zu gewährleisten.

Die Kommission sieht demgegenüber die Rolle des Kapitals, vor allem der Monopole, auf den bloßen „**Mißbrauch privatwirtschaftlicher Macht**" und die „**Beeinflussung der öffentlichen Meinung**" durch **„finanzkräftige konservative Interessengruppen" reduziert.** Mit dieser Darstellung der Verhältnisse von Politik und Ökonomie stellt sich der Entwurf auf den Boden eines pluralistischen Gesellschaftsmodells, innerhalb dessen die privaten Unternehmer aufgrund ihrer Marktmacht und der nicht legitimierten Ausübung dieser Macht zur Zeit aber nicht prinzipiell eine Vormachtstellung haben.

Die aus der Staats„analyse" hergeleitete Konsequenz **„einer Politik schrittweiser Reformen für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaftsordnung"**, die keinen Frontalangriff gegen die Monopole und keine umfassenden „schlagartigen" Eingriffe in die private Wirtschaft enthalten sollen, bedeutet die Neuformulierung der alten illusionären reformistischen Strategie. Es wird hier nämlich nicht die Perspektive einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung aufgezeigt, sondern es wird nur auf Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Einzelreformen unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise verwiesen. Selbst bei überaus extensiver Auslegung des Textes wird allenfalls eine schrittweise (fast unmerkliche) Strategie der allmählichen Aushöhlung des Kapitalismus angesprochen, die auf eine zentrale Machtauseinandersetzung zwischen den Klassen glaubt verzichten zu können.

Über das Illusionäre einer solchen Strategie staatlicher Reformschritte hätte die Kommission sich trotz ihrer völlig unzureichenden Analyse des gegenwärtigen Staates klar sein müssen. Wenn sie die Abhängigkeit staatlichen Handelns insbesondere vom Großkapital auch nicht in ihrem Wesen erfaßt hat, so ergeben sich doch Einzelaussagen, die wesentliche Probleme zumindest andeuten:

- Die im Entwurf bejahte Marktwirtschaft „steht und fällt mit der Frage, ob, wie und in welchem Umfang es gelingen kann, durch Wettbewerbsförderung und die Kontrolle der vermachteten Märkte den Vorrang der Nachfrage bei der Bestimmung einzelwirtschaftlicher Entscheidungen durchzusetzen".

- Zugleich wird aber das Scheitern einer solchen Politik festgestellt, wenn von der „**Vermachtung unserer Märkte**" aufgrund „**eines kaum steuerbaren und vielfach ökonomisch notwendigen Konzentrationsprozesses**" die Rede ist.

- Schließlich spricht sich der Entwurf für die „**indirekte Investitionslenkung**" als das zentrale wirtschaftspolitische Instrument sozialdemokratischer Regierungspolitik aus, muß aber feststellen: „**Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens bleibt aber beim Unternehmen**." Konsequenzen dieser Politik liegen auf der Hand: „**Einmal engt eine finanzielle Förderung privater Investitionen den Spielraum öffentlicher Haushalte für die anderen wichtigen gesellschaftlichen Ziele (sprich: Reformpolitik) ein; zum anderen fördert sie in aller Regel die Konzentration der Einkommen und Vermögen."**

Damit steht fest, daß das zentrale Element der angebotenen staatlichen Wirtschaftspolitik den Zielen, die mit ihm erreicht werden sollen, zuwiderläuft und diese Ziele nur bei tiefgreifenden Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaft und damit in die Eigentumsverhältnisse erreicht werden können. Sozialdemokratische Politik, die sich auf die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise beschränkt, wird deshalb scheitern.

---

* Der ungekürzte Text dieser Kritik erscheint zusammen mit Alternativ-Anträgen und anderen Dokumenten Anfang September im SDW-Verlag, 2 Hamburg 50, Heinrichstr. 11, zum Preis von 5 Mark.

Konkret 08/75, S. 40

Peggy Parnass

„Wir hatten schon Ringe und so weiter.."

Heiratsschwindler haben mich immer interessiert. Ihre Unverfrorenheit. Ihre Rücksichtslosigkeit. Ihre totale Selbstsucht. Vor allem aber ihr Einfallsreichtum.

Die Erfolgreichen von ihnen waren nicht einmal schön. Häufig auch nicht besonders männlich. Groß und stattlich nur in Ausnahmefällen.

Ich sah „Monsieur Verdoux". Zum Krummlachen gespielt von Charlie Chaplin. Hinreißend, wie penibel und gekonnt er als Bankangestellter a. D. die Geldscheine der von ihm umgebrachten Frauen fingerfertig mischte und in exakte, ansehnliche Haufen aufteilte.

Ich las auch Bücher wie „Sigismund und seine 1000 Bräute". Und kam auch da aus dem Lachen nicht raus. Und wartete immer darauf, daß so ein fabelhaft witziger Betrugsprozeß ins Strafjustizgebäude käme.

Als neulich wieder so ein Prozeß stattfand, wurde mir klar, wofür die Frauen ihr Errafftes, Erschuftetes, Erspartes oder Ererbtes hergeben. Wenn man sieht, wofür sich die meisten Heiratsschwindler ausgeben, versteht man, daß die Frauen nur mit der Wurst nach dem vermuteten Speck schmeißen. Die eine täuscht Geld oder Einfluß vor, die andere hat es. Sie rechnen damit, daß sich ihre Investitionen ein Leben lang verzinsen. Lassen sich also auf ein Geschäft ein. Das heißt, sie wollen im Grunde nichts anderes als der Heiratsschwindler auch: Geld, Sicherheit, vielleicht einen „guten" Namen. Einige blechen wohl auch, weil sie berauscht sind. In der Hoffnung, diesen speziellen Schwanz und in seinem Gefolge eine Flut von mühelosen Komplimenten und Beteuerungen ein Leben lang zu halten.

Mangel an schnellem Sex im allgemeinen wird es wohl nicht sein. Männer gibt es jede Menge, und ausgehungert sind sie fast alle. Oder zumindest neugierig genug, sich fast jeder zu nähern. Frauen gelten ja immer noch gegen jede Erfahrung als so begehrenswert und schwer erreichbar, daß es dauernd zu Vergewaltigungen kommt. Eine 15- oder 19jährige wird vielleicht von einem Dutzend Männer nacheinander in einer Nacht gewaltsam benutzt. Aber auch Blinde, Lahme, Greise finden rabiate Abnehmer.

Am 11. Juni 1975 nannte die „Bild"-Zeitung die Vergewaltigung einer 93jährigen achtfachen Mutter und zwanzigfachen Großmutter das „scheußlichste Verbrechen der Hamburger Kriminalgeschichte".

Da muß dem Schreiber die Hamburger Kriminalgeschichte wohl sehr unbekannt sein.

Doch zurück zu Lug und Trug, zum Heiratsschwindel. Nicht spannend. Nicht sehr witzig. Eher traurig. Alles acht Nummern zu klein. Der Friseur Manfred Wiosna, 27 Jahre, steht vor Gericht.

Gelb getönte Brille. Schnurrbart. Bart. Wie knapp gestutzter Rasen. Guter Haarschnitt wie auf Fotos von Meisterfriseuren. Kann er ja nicht selbst gemacht haben.

Braune Lederjacke. Hübsch gestreiftes Hemd. Jeans. Dunkle Pantinen. Der Vorsitzende Hübner bittet ihn, seinen Kaugummi rauszunehmen, weil man sonst nichts versteht.

„Ich kam ins Kinderheim, als ich ganz klein war. Bis zum 15. Lebensjahr. Aber Vormund hatte ich bis 21. Ich habe mit Unterbrechungen immer im Beruf gearbeitet."

„Sind Sie unehelich geboren?"

„Weiß ich nicht."

„Vorbestraft?"

„Ja."

„Wann? Wie? Wo?"

„So genau weiß ich das nicht mehr."

Da werden dann vorgelesen: Diebstahl, Unterschlagungen. Betrug.

„Ja, Hotelrechnungen waren das."

„Also Zechbetrug?"

„Ja, kann man sagen."

„Hier noch mal Betrug. Was war das gewesen?"

„`ne Sache mit `nem Mädchen. Schmuck verscheuert."

Ja, der Manfred hatte immer solchen Klein-Scheiß gemacht. Mädchen, die selber nicht reich waren, übers Ohr gehauen. Einer, während sie sich im Bad hübsch machte, um mit ihm auszugehen, das Geld aus der Tasche geklaut. Und dann mit ihrem Wagen abgehauen. Nach vier Tagen stellte er den immerhin wieder zurück. 'ne andere, die süße Indonesierin Laila, die er im Bad kennengelernt hatte, verließ nur kurz das Schlafzimmer. Manfred machte mit ihrem Recorder und Geld einen Satz.

Ein Sohnemann vom Kripomann?

Also, Mädels, immer daran denken: Die Tuchfühlung bei einem Gelegenheitsliebhaber nie aufgeben! Aufs Klo gehen und so was müßt ihr ein anderes Mal.

Das arme Ding, um das es in diesem Prozeß geht, ist Sekretärin.

Manfreds Stimme wird rechthaberisch, energisch: „Ich lernte Fräulein Krüger, also Helga, Ende Oktober '74 im ‚Dreyer's Ahoi' beim Tanzen kennen. Wie ich denn mit Zunamen hieße. Da fiel mir der Name Wiesner ein. So sieht meine Unterschrift auch aus. Ich sagte, ich bin Kopilot bei der Lufthansa. Wir gingen noch in eine andere Bar und dann auf den Fischmarkt. Dann hat sie mich praktisch eingeladen zum Frühstück."

„Sie blieben gleich da wohnen?"

Er: „Das war an dem."

Das kurze „dort wohnen" bekam Manfred nicht schlecht. Nach und nach ergaunerte er sich 16 000 Mark. Das gesamte Ersparte der armen Helga.

„Sie sprachen doch von Heirat oder was man für gemeinsame Kinder haben wollte."

„Nein. Wenn mal was sein sollte, das ist 'ne ganz normale Redensart."

„Aber bei der Vernehmung sagten Sie doch, daß Sie einen Sohnemann haben wollten."

Manfred, irritiert, belehrend zum Vorsitzenden: „Ich hab' Ihnen gerade gesagt, daß ich unter Alkoholeinfluß gestanden hab'. Sie wissen doch, wie die Polizei immer alles verdreht."

„Aber da steht doch: Selbst gelesen. Und Ihre Unterschrift."

„Ja, Sie wissen doch, wie das geht."

„Ja, das weiß ich auch. Nur, das Wort Sohnemann setzt wahrscheinlich kein Kripomann von sich aus in ein Protokoll."

„Sie haben sich doch auch Fräulein Krügers Schreibmaschine unter den Nagel gerissen."

Befremdet: „Das kann ich nicht sagen: untern Nagel. Nur in Verwahrung genommen."

Außerdem ist laufend die Rede von einem Fallschirm, den der Angeklagte preisgünstig für den Bruder seiner Liebsten besorgen wollte. Sein Hang zu Flug-, Flughafen- und Flugpersonal-Erfindungen kommt daher, daß er vorübergehend mal am Flughafen Aushilfsfriseur war. Zum Schluß: „Aus der Panik heraus bin ich dann weggefahren. Dachte, nun kommt alles raus. Wußte selbst nicht weiter."

Der Vorsitzende mit hochgezogenen Augenbrauen: „Weil kein Geld mehr da war?"

Manfred: „Neiiiin!"

Aber er kam prompt zurück, als Helga ihm am Telefon etwas von neuen 5000 Mark vorkohlte.

Die 30jährige Frau kommt als Zeugin rein. Rotes T-Shirt. Grüner Rock. BH schnürt ein. Braune Strumpfhosen trotz 32 Grad im Schatten. Korkschuhe. Brille. Ein trauriges Mäuschen. Der weiche Mund und die verletzten Augen machen nachdenklich. Sie setzt sich gegen eingebildete Attacken mit einer unerträglichen, zurechtweisenden Vorzimmerdamenstimme zur Wehr.

„Die Beziehung wurde denn enger und . . . und . . . und . . . so daß man eventuell zusammenblieb und so weiter. Wir hatten auch Verlobungsringe."

„Wer die gekauft hat?"

Bitteres kleines Auflachen. „Von meinem Geld, mit anderen Worten. Auch für Möbel und so weiter. Ich sollte es ja zurückkriegen und so weiter. Ich wollte ihm ja nur aus der Klemme helfen und so weiter. Außerdem sagte er, er kriegt die Möbel billiger. Wir haben Möbel in Geschäften angeguckt und so weiter. Außerdem hat er Möbel genau beschrieben und sie angekündigt. Denn kamen sie natürlich nicht. Er sagte auch, er wäre zu Unrecht in eine Rauschgiftsache verwickelt. Und daß er einen Prozeß in Zürich hat. In allen Einzelheiten hat er das erzählt und daß er fälschlich verdächtigt ist. Er mußte auch angeblich einen Lehrgang in Amerika machen und so weiter. Dann war mein Konto überzogen. Ich habe auch einen Kredit aufgenommen. Mein Bruder ließ mal die Polizei kommen. Zum Personalienfeststellen, weil er ihm auch Geld schuldete. Als die Polizei weg war, sagte Manfred: ‚Ich hol 'ne ‚Bild'-Zeitung.' Dann war er verschwunden. Sang- und klanglos. Als alle seine Sachen dann mal raus waren, habe ich mir ein Steckschloß angeschafft. Irgendwann, als er mich anrief, tat ich, als hätte ich von einer Tante 5000 Mark bekommen. Da kam er sofort und zog mit allen Sachen wieder ein. Er blieb die Nacht. Dann holte mein Bruder wieder die Polizei. Ich hab' denen wohl nicht gesagt, was los war. Nur, daß ich ihn gut kenne. Da gingen die wieder."

Die junge, hübsche Schöffin mit langem Blondhaar hat Glück. Sitzt oben. Nicht unten. Guckt nachdenklich.

Helga erinnert sich: „Er hat auch oft so getan, als ob er vom Büro aus anruft. Und als ob er mit einer Sekretärin im Hintergrund spricht. Die ersten Wochen hatte er auch eigenes Geld." Dann laut und heftig: „Aber von seinem Geld hat er nur sich eingekleidet!"

Auweia, jetzt guckt sie weich

Plötzlich pöbeln sich Manfred und Helga an. Ein Ehekrach aus dem Stand. Bis dahin hatten sie sich keinen Blick zugeworfen. Dann hört man überraschend, daß Helga ihm auch in den Knast schreibt. Zum Geburtstag und ab und zu auch sonst.

Wie sie mir sagt: „Natürlich bin ich böse. Aber es ist doch alles wegen § 218. Gäbe es den Paragraphen nicht, gäbe es auch nicht die Heimkinder. Und gäbe es die Heimkinder nicht, würde man so was nicht erleben müssen. Irgendwo kann er einem ja leid tun. Ich tu das ja auch nur, weil sein Sozialhelfer so darum gebeten hat." Na ja, im Knast kann er ihren glühenden Kohlen nicht entgehen.

Das Gericht: „Ein Gebäude, das in sich glaubhaft war. Nur eins stimmte nicht." .Und dann wurden 300 Punkte aufgezählt. Staatsanwalt Kraemer in seinem Plädoyer: „Hat Strafrecht einen Sinn? Haben Verurteilungen überhaupt einen Sinn? Man fragt sich immer. Man fragt sich, was soll es überhaupt? Zweieinhalb Jahre hat der Angeklagte schon gesessen und sagt, er weiß davon gar nichts mehr. Doch im jetzigen Zustand ist der Angeklagte gefährlich und muß daran gehindert werden, noch mehr Schaden anzurichten. Daß er früher so relativ wenig ergaunerte, lag an den finanziellen Verhältnissen seiner Partnerinnen. Die hatten eben nicht mehr. Er hat immer die Suppe voll ausgelöffelt, so gut es ging. Ich beantrage drei Jahre Gesamtstrafe." Der Verteidiger Schreiber tut sein Bestes: „Man muß die schwere Kindheit des Angeklagten berücksichtigen. Der Angeklagte wollte doch nicht wegen der 5000 Mark zurück, sondern um sich auszusprechen."

Auweia, jetzt guckt sie weich. Der Anwalt ebnet den Weg zurück in ihr Vertrauen. Wenn das nur gutgeht.

Urteil: 2,6 Jahre. U-Haft angerechnet.

Wie kriegt das Mädchen jetzt die Kohlen wieder? Wenn der Junge sitzt und so gut wie unbezahlt arbeitet, kann er ja den Schaden unmöglich wiedergutmachen. In Schweden ist das besser geregelt.

Da zwingt man die Gefangenen zu normal bezahlter Arbeit. Und zwingt sie, ihre Schulden zu bezahlen.

Ich frage Helga, ob sie sehr verletzt ist. Ob es noch immer sehr weh tut.

„Och, das wäre ja nicht so schlimm und so weiter. Wenn nicht die Schande wäre. Und alle sagen: Die ist das und so weiter."

Konkret 08/75, S. 42

Frank Heitmann

RAFft die Segel!

Ein deutscher Verein und ein fünfzackiger Stern

„ . . erlaubt sich der Unterzeichnende den Hinweis, daß dieser fünfzackige Sowjetstern in der gleichen Anordnung, lediglich mit dem Zusatz der Worte ‚Bewegung z. Juni` und einer Maschinenpistole sowjetischer Bauart benutzt wird von der kommunistischen Terrororganisation ‚Bewegung z. Juni`. : .. Eine eindeutige Lektion über die Symbolträchtigkeit des vorgenannten fünfzackigen Sternzeichens ... zeigten die Ereignisse in den letzten Tagen."

In diesen letzten Tagen hatte sich in West-Berlin die „Lorenz-Entführung" abgespielt. Und der zitierte Stern-Deuter, der versucht, Sowjetunion und RAF-Gruppen unter einen Hut zu bringen, ist der Rechtsanwalt Dr. Paul, ansässig in Hamburg.

Ein Baader-Meinhof-Prozeß? Weit gefehlt. Herr Paul ist Anwalt des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) und seit längerem damit beschäftigt, „die Einführung der marxistischen und sozialistischen Ideologien in den Segelsport" zu verhindern. Also Lenin an der Pinne, Breschnew als Vorschotmann und dann: „DSV, hart backbord!" (Für Nichtsegler: Backbord ist da, wo der Daumen rechts ist.)

In einem kleinen Dorf bei Lüneburg hatten sich ein paar Segelbegeisterte zu einem Verein zusammengeschlossen, dem „Seglerkollektiv Hagen e. V.". Und diese Hobby-Segler wollten in den DSV, um auch mal an offiziellen Regatten teilnehmen zu können. Sie reichten also die Satzung ein („. . . hat den Zweck, das Renn- und Fahrtensegeln zu fördern und kollektiv zu entwickeln") und legten den Entwurf ihres Standers bei (roter Stern in blauem Kreis auf rotem Grund). Dieser rote Stern ziert seit Jahrzehnten die Segel der „Star-Boote", etliche DSV-Mitgliedvereine haben ihn auf ihrem Wimpel. Doch in Verbindung mit dem Wort „Kollektiv" witterte der Seglerverband Gefahr von links. Bevor also die Hagener den Untersegler-Spinnacker setzen konnten, wurde ihnen die Aufnahme verweigert. Es kam zum Prozeß, Herr Paul trat in Aktion. Seine Schriftsätze an das Landgericht Hamburg haben wohl einigen Seltenheitswert, denn da dümpelt kein Staats-, sondern ein Rechtsanwalt sehr zielbewußt im trüben Kielwasser der RAF-Hysterie.

Klar erkennt Dr. Paul, daß der Stern im Vereinswimpel mit dem der „russischen Kriegsflagge" identisch ist. Kühn wird da der Bogen von der Sowjetunion zur „Bewegung z. Juni" und zum politischen Standort des Seglerkollektivs geschwungen. Der DSV-Anwalt muß sich Mitglieder des Vereins - fast alle parteilose und eher liberale Beamte, Hausfrauen, Kindergärtnerinnen und Studenten - sehr genau angeguckt haben, erkennt er doch, daß ihnen die von ihm unterstellte „politische und ideologische Zielsetzung auf der Stirn geschrieben steht".

Unter Menschen mit normalen Umgangsformen nennt man so etwas Diffamierung.

Das Landgericht Hamburg ließ sich allerdings nicht beeindrucken und erkannte gegen den DSV. Der ging in die Berufung. Bis zur nächsten Verhandlung kann DSV-Anwalt Paul frei von fünfzackigen Sternen weitersegeln: Er ist ein gern gesehener Gast auf der Krupp-Yacht „Germania".

Konkret 08/75, S. 42

Winfried Thomsen

Radikalauer

Statt Westpolen will die Tagesschau nunmehr Heinrich Windelen schraffiert ins Bild rücken.

Franz Josef Strauß hält peinlich genau die Vorschriften der Grunz-Ordnung ein.

Lohnt es sich, diesen Ford noch auszubeulen?

Gott schuf den Menschen nach seinem „Bild". Das muß ein schauderhafter Typ sein.

Die CDU plant eine weltweite Hilfsorganisation für Multis unter dem Namen „Interkohl".

Viele US-Soldaten haben überall in der Welt schon viele Menschen getroffen, ohne je einen gesehen zu haben.

Der Beamte verspätete sich. Er hatte den Dienstweg benutzt.

Seine Beförderung war ein richtiges Gunststück.

Eine Gruppe von Kühen, welche unlängst die Elbe in westlicher Richtung unversehrt durchschwamm, gab als Fluchtgrund Unzufriedenheit mit den Weideverhältnissen in der DDR und die Hoffnung an, besser geschlachtet zu werden.

Ist die „Abteilung T" im Bundeskriminalamt eigentlich für oder gegen Terrorismus?

Früher schickten wir eine ganze Legion Condor, jetzt nur noch einen kümmerlichen General -das ist der Unterschied.

A beobachtet B, der C überwacht, der auf D aufpaßt, der E beschattet, der auf F achtet, der G kontrolliert, der A bei der Beobachtung von B unter die Lupe nimmt- so schützen die Beamten die Verfassung und haben zu tun.

Zum Zeichen der Verbundenheit mit West-Berlin will Bonn dort eine neue Behörde einrichten, die sich unter der Bezeichnung „Vagabundesamt" vor allem um die Probleme streunender Minister kümmern soll.

Auftrag an die CIA: Apportugal.

Konkret 08/75, S. 43

Walter Boehlich

Ein hübscher Mann, ein feiner Mann

1975 - Jahr der Frau und Jahr des Thomas Mann. Wie sich die Bourgeoisie in ihrem Dichter feiert und warum, beschreibt Walter Boehlich:

Eine Tageszeitung hat kürzlich eine „Karikatur" veröffentlicht, die Honeckers zwiespältiges Verhalten dem gegenüber illustrieren sollte, was diese Zeitung unter „kulturellem Erbe" versteht. Mit dem Gangstertrio Hitler-Goebbels-Himmler will er nichts zu tun haben, aber die Nofretete hätte er gern. Das, scheint es, kann sich unsere Bourgeoisie nicht vorstellen: eine gegenwärtige deutsche Gesellschaft, die den deutschen Faschismus nicht direkt oder indirekt in ihre Tradition aufgenommen hat, sich weder verdrängend noch nostalgisch zu ihm verhält, in der Antifaschismus nicht ein Schimpfwort oder eine underdog-Attitüde ist, sondern ein Indiz politischen Bewußtseins.

Wenn man die Geschichte der zitierten Zeitung kennt, kann man sich über diese Selbstentlarvung nicht wundern. Sie hat von Beginn an eine auffällige Schwäche für schwerbelastetes Personal gehabt; ihr noch immer starker Mann hat ein skandalöses Buch über die Interesseneinheit Hitlers und der deutschen Industrie verfaßt, und wie sie mit denen umgeht, die selbständig zu denken wagen, das weiß inzwischen auch ein dummer Kopf. Wie restaurativ die bundesdeutsche „Gesellschaft" ist, kann man kaum irgendwo anders so unverblümt erfahren.

Eben diese Zeitung widmete am 31. Mai Thomas Mann volle vier Seiten, als wolle sie ausdrücklich Hanjo Kestings Satz belegen: „Die Thomas Mann heute feiern, wissen, daß sie ihn brauchen." Nicht überall ist soviel des „Guten" getan worden, nicht alle, die sich in der großen Jubelparade zu Wort gemeldet haben, meinen, daß Thomas Mann ungeahnte Möglichkeiten der deutschen Sprache entdeckt, sie „auf die höchste uns vorstellbare Ebene" gehoben habe - sei es, daß sie sich anderes vorstellen können, sei es, daß sie konkretere Kenntnisse der deutschen Sprachgeschichte besitzen. Aber gefeiert worden ist Thomas Mann allenthalben, in jeder Zeitung, an allen Sendern und speziell in Lübeck, München und Berlin, als wäre dieser hundertste Geburtstag nicht nur ein, sondern das Jahrhundertereignis für die deutsche Kulturindustrie.

Die Thomas Mann nicht brauchen - und Umfragen von Funk und Presse haben gezeigt, daß zu ihnen die Mehrheit der deutschen Schriftsteller gehört -, müssen sich fragen, warum ihnen bei Ausmaß und Art dieser Feiern nicht wohl ist, und warum gerade Thomas Mann ihr gleicherweise geeignetes wie ungeeignetes Opfer werden konnte.

Sieht man von den spezifisch Lübecker Verhältnissen, wo Besitz und Bildung sich durch die „Buddenbrooks" verletzt fühlten, einmal ab, so hat Thomas Mann dreimal recht deutlich nationalen Unwillen zu spüren bekommen: nach seinem zögernden Bekenntnis zur Republik, nach der sogenannten Machtergreifung von 1933 und nach der sogenannten Niederlage von 1945. Diesem Unwillen lagen in keinem Falle ästhetische Urteile zugrunde, sondern immer politische Überzeugungen des deutschen Konservatismus, der erst den Boden für den Faschismus bereitet, sich danach mit ihm arrangiert und schließlich weh entrüstet von ihm distanziert hat, ohne je die Positionen aufzugeben, die dessen und seine Herrschaft ermöglicht und gesichert haben. Deren Kontinuität wurde klar in dem wenig bemäntelten Vorwurf, daß Thomas Mann sich durch Emigration und Identifikation mit den „Kriegsgegnern" dem gemeinsamen deutschen Schicksal entzogen, genossen labe, während die Verbliebenen gelitten und gekämpft hätten.

Dieser Vorwurf hat andere Schriftsteller, Wissenschaftler und Politiker genauso getroffen: Die Bundesrepublik ist durch Ausschluß vor allem republikanischer Emigranten und Verwendung brauner Restbestände zu dem geworden, was sie ist. Könnte man in der ziemlich einmütigen Feierei das Ergebnis eines Lernprozesses, eine Art historischer Korrektur sehen, wäre der Eindruck weniger peinlich. Dann wäre das Lübecker Symposion der Schlußstrich unter jahrzehntelange Ablehnung, wie das Münchener Symposion eine späte Antwort auf speziell Münchener und bayerische Gestaposchikanen nach 1933 wäre.

Aber ist das so? Gibt es 1975 Unbefangenheit oder Neutralität bei denen, die Thomas Mann feiern? Wird da ein erfolgreicher Schriftsteller verklärt, oder verklärt die wieder selbstbewußte Bourgeoisie sich selber, indem sie diesen Schriftsteller feiert? Indem sie den so oft Ausgestoßenen sich endgültig einverleibt und nach ihrem Bilde zurechtstutzt. Das ist gar nicht so weit auseinander, einen, der das nationalistische Spiel nicht mehr mitspielt, als undeutsch zu brandmarken, und ihn nach einem halben Jahrhundert, wenn die Suppe kalt geworden ist, als „letzten Patrioten" anzuhimmeln. Ob und wie deutsch, wie patriotisch einer gewesen ist, das ist so gleichgültig wie nichts anderes, so gleichgültig wie die Frage, ob er den deutschen Roman weltläufig gemacht und in wieviel Ländern seine Bücher erschienen sind. Aber gerade diese Fragen sind gestellt worden und haben dazu dienen sollen, Thomas Mann eine Repräsentanz zuzusprechen, wie sie ihm selbst nicht positiver und universaler vorgeschwebt hat.

Gedenktage, wenn sie überhaupt einen Sinn haben können, müßten Revisionstage sein, da müßte an der Tünche gekratzt werden, da müßten aus Denkmälern wieder Gebrauchsgegenstände werden, da müßte vor allem gezeigt werden, daß es

Einhelligkeit nicht gibt, da müßte von Kontroversen gesprochen, müßten deren Gründe analysiert werden. Es müßten Standpunkte klar und nicht verschleiert werden. Gedenktage, mit andern Worten, müßten kritisch genutzt werden. Sie sind nicht dazu da, Weihe- und Verehrungsbedürfnisse zu befriedigen, oder, besser, sie sollten nicht dazu mißbraucht werden.

Gewiß, Thomas Mann, das hat auch viel mit Markt und Ware zu tun - ein Geschäft, das man gern den zuständigen Verlag besorgen lassen kann. Der hat getan, was er konnte, das Gedenkjahr eingeläutet mit einem unsäglichen Buch, dem unartikulierten Geschwätz einer mißbrauchten alten Frau, die manches zu sagen hätte und nichts zu sagen wußte, einem Clan-Mitglied, dem Objektivität ein Fremdwort ist. Und auf diesen Mini-Pelion hat er termingerecht einen alexandrinischen Ossa getürmt, eine erschreckende Fleiß-Arbeit, die nichts als Oberflächenneugier befriedigt.

Und das Fernsehen, das Medium, das die größte Zahl erreicht, hat von seinen kritischen Möglichkeiten ebenfalls keinen Gebrauch gemacht. Das Zweite Programm konnte sich nicht genug tun, die Familie und immer wieder die Familie zu Worte zu bringen, als könnte von daher Licht auf die Frage fallen, was Thomas Mann uns heute allenfalls zu sagen hätte, wie sein achtzigjähriges Leben sich auf dem dunklen Hintergrunde deutscher Geschichte ausnimmt. Das Erste Programm wiederum tat, als wäre es das Dritte, als säßen da lauter Kenner des Gesamtwerkes, fähig, jede Anspielung als Anspielung zu erkennen und zu genießen, rhetorische Luftsprünge als artistische Meisterleistungen zu goutieren, die Darstellung weit über den Gegenstand zu setzen.

Besser geschlagen haben sich Regional- und Hörfunkprogramme. Sie und ein Teil der Presse haben versucht, sich nicht daran vorbeizumogeln, daß der vermeintliche Koloß auf tönernen Füßen steht, daß sein Selbstbildnis und schon gar das Bildnis und Gleichnis, das seine Familie von ihm gemacht hat und weiterhin macht, lediglich die unkritischen Bedürfnisse Thomas Manns Lind seiner Familie befriedigt, nicht aber die des arbeitenden Lesers von 1975.

Feierte die deutsche Bourgeoisie Thomas Mann lediglich als einen neben anderen, gemessen und unter Berücksichtigung nicht nur kulinarischer Kriterien, dann könnte der Eindruck von Vorbildlichkeit und Klassizität nicht erst aufkommen, dann brauchte niemand darauf hinzuweisen, daß da ästhetische Restbestände des 19. Jahrhunderts als das heute höchst Erreichbare, daß da der selbstverliebteste Konservatismus als Maß und Wert für alle ausgegeben werden. Die Klasse, die so feiert, ist dieselbe, die sich seit ihrem politischen Scheitern vor eineinviertel Jahrhunderten konstant dem Fortschritt verweigert hat - und weil sie das tat und tut, feiert sie Thomas Mann und feiert ihn so.

Es ist ein Verdienst des „Spiegel", daß er Hanjo Kesting in zehn polemischen Thesen Werk und Figur Thomas Manns an progressivem Bewußtsein hat messen lassen. Die angeblichen Maßstäbe literarischer Kritik, die an anderer .Stelle angewandt worden sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frage nach dem, was Thomas Mann wem heute zu sagen haben könnte, abhängt von Urteilen über den heutigen Gesellschaftszustand. Wer in der Bundesrepublik die Erfüllung der Demokratie sieht, wird an Thomas Mann nicht nur wenig auszusetzen haben, sondern in ihm auch einen überzeugenden Vorbereiten dieser Republik sehen. Er wird eine Kontinuität bejahen, die er längst verinnerlicht hat, während die Kritiker dieser Kontinuität und dieser Republik solche Vorbildlichkeit nicht entdecken können. Sie werden geringeren Wert auf ästhetische Beliebigkeiten legen, und zwar nicht leugnen, daß Thomas Mann nach langem Verharren im chauvinistischen Lager spät und zögernd mit dem faschistischen Deutschland gebrochen hat, aber sie werden betonen, daß das für einen, der so leuchtend hingestellt wird, zuwenig war, daß dem Faschismus mit dem Bildungsgut des Konservatismus nicht beizukommen war, daß auch das oft wiederholte Bekenntnis zum Sozialismus ohne Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus eine recht halbe Sache bleiben mußte.

Das hat die Zionswächter auf den Plan gerufen. Einer hat von Perfidie, Geistfeindlichkeit und Primitivität gesprochen und gemeint, so etwas sollte sich unter zivilisierten Menschen aus Gründen des Anstandes und der Toleranz verbieten. Dies ist die Art, in der die Bourgeoisie sich zu verteidigen pflegt, wo sie besser argumentieren sollte. Es soll kein Flecken auf das reine Bild kommen, auf dessen Säuberung sie so viel unkritische Mühe verwandt hat.

Thomas Mann, der selbst so viele Festreden gehalten hat, soll den Festrednern überlassen bleiben. Aber der immer Bereite, in jedem Gefeierten sich selbst Wiedererkennende, hat sich einmal entzogen. Das war 1948, als er in Frankfurt über die 48er Revolution und das erste deutsche Parlament sprechen sollte. Dazu fiel ihm nichts ein, da konnte er sich nicht Wiedererkennen, das war nicht seine Tradition. Es ist aber die, um die es gehen muß.

Konkret 08/75, S. 45

Wolf Biermann

Ein Baby mit Zigarre?

Über Udo Lindenberg

Ich gestehe gleich: Dies sollte eine rückhaltlos fröhliche Lobrede auf Udo Lindenberg werden. Mich hatte entzückt, daß auf der westdeutschen Wassersuppe endlich mal ein Fettauge schwimmt. Endlich mal einer, der es macht: Er hievt die störrische deutsche Sprache in eine englische Kutsche, die er sich zusammengebastelt hat aus ausgedienten Schlager-, Jazz- und Rockteilen. Und ich will diesen Jubelartikel in KONKRET veröffentlichen, nicht etwa, damit bei meinem verteufelten Namen irgendwelche DKP-Genossen kalte Füße kriegen, die mal wieder auf dem langen Marsch in diese Redaktion sind.

Ich wollte einfach diesen Udo Lindenberg loben, und nichts auch sollte mich dabei zu peinlichen Vergleichen verführen: Keines der westdeutschen Siebenmonatskinder wollte ich bei dieser günstigen Gelegenheit auf die Lieder-Waage legen. Und - behüte Villon! - womöglich Namen nennen. Ich wollte nichts, als bißchen feiern, daß es auf der anderen Seite der Mauer einen Liedermacher gibt, der . . .

. . . aber ich hatte die Rechnung ohne einige meiner guten Freunde gemacht. So, wie ich sie sonst mit meinen neuesten Liedern überfalle, so attackierte ich nun meine Besucher mit den fünf Lindenberg-Platten und mit meiner Begeisterung.

„Dreh bloß ab den Scheiß! Das ist doch seichtes Zeug!"

Und ich finde ihn so bedeutend! Gerade weil er über Kleinkram redet - und sonst gar nichts. Er singt eben das, was er wirklich kennt und was ihn immer ganz fertigmacht. Mensch, ist doch ein Segen, daß er nicht mehr gibt, als er hat! Endlich einer, der nicht auf dem viel zu großen ideologischen Fuß lebt.

„Aber das ist eine besonders raffinierte Art von Hochmut, daß du von oben herab diesen unpolitischen Sabber lobst, dieses Baby mit Zigarre!"

Gegen einen guten Witz ist schwer anzukommen mit Argumenten. Baby mit Zigarre! Also sägte ich mir die fünf Platten auf Kassette um und hörte mir alles noch mal in Ruhe beim Autofahren an. Ich gebe zu, die ersten beiden Platten hätten unsere Deutschen Demokratischen Gedanken-Polizisten an der Grenze ruhig finden und beschlagnahmen können. Da liefert Lindenberg nicht mehr als die trübe deutsche Jazz-Weisheit: In Änglisch klingt allet schauer!

Aber dann klingt doch plötzlich auf der „Andrea Doria" alles schauer in deutsch! Was ist das fürn Deutsch? Es sind die englischen Sprachbrocken, an denen die Westdeutschen seit 30 Jahren kauen, es ist der Slang bundesdeutscher Straßen, der Sprechmüll aus TV-Werbung und Musikbox. Lindenberg ist der erste, den ich in dieser sonderbaren Sprache singen hörte: ungeschminktes West-Deutsch, gefärbt mit dem nieselregigen Sound der Hamburger. Aber die Sprache ist nur das eine.

„„Und diese schwule Stimme! Da hör' ich schon mal gleich gar nicht auf den Text. Du .soll e r sich erst mal das dicke Kaugummi aus der Nase nehmen."

Ich finde die Stelle. jetzt nicht, Hölderlin sagte einem jungen Dichter mal so was wie: Wenn dich das Beispiel der berühmten Meister entmutigt, dann fange erst mal wieder von unten an und wende dich ohne Furcht einfach an die Natur selbst. Ich kann mir denken, daß die Rolling Stones zu diesen Berühmtheiten gehören, die den Anfänger Lindenberg in die lasche englische Kopie gescheucht haben. Aber dann sah er sich einfach und ohne Furchtinder Natur um, die er sowieso vor der Nase hat: Hamburg. Und. er redet erst mal einfach von sich selber. Der Trommler im Glitzerkostüm einer mittelmäßigen Beat-Band, ein Proletarier im Show-Geschäft. Seine privatesten Verrücktheiten, seine nichtigsten Geschichten erzählen Wichtigeres über das Leben in der kapitalistischen Bundesrepublik als etliche säuerliche Polit-Moritaten, deren Verfasser uns mit ihren sektiererischen Magengeschwüren belästigen.

„Wenn du so weiterredest, ist dieser unpolitische Schlagerheini ein Revolutionär!"

Immerhin ist er politischer als die Politischen. Kennst du seine Cowboy-Rocker-Ballade? Dieser kleine blasse Rocker mit der rechten Hand am Gas seiner Muto Guzzi ist doch politischer als sämtliche singenden Gartenzwerge, die ja nicht schon deshalb politisch sind, weil ihnen statt der Angel eine rote Fahne im Handloch steckt.

„Du hast eine ganz schön gemeine Art, über deinen Kollegen Degenhardt zu reden."

Bleiben wir bei Lindenberg. Sein kleiner Rocker kommt aus dem Cowboy-Film, ausgerüstet mit den Papp-Muskeln aus der bürgerlichen Träumefabrik, und bei der ersten Probe auf die Realität erleidet er schmerzhaft die Diskrepanz zum wirklichen Leben. Die kleine Rocker-Story erweist sich als große Geschichte, die Lindenberg so erzählt, daß sehr politische Leidenschaften provoziert werden und fundamentale Einsichten in den Mechanismus der Erzeugung und Wirkungsweise von Illusionen auf dem Ideologie-Markt. Politökonomisch gesprochen: Der Gebrauchswert des Idols von der Leinwand erweist sich für den Konsumenten als Null Komma nix. Und wie der schmächtige Rocker vom „Präsidenten" seiner Clique was auf die Fresse kriegt, so kriegt die ganze Rocker-Clique was auf die Fresse von der bürgerlichen Polizei, und so kriegt die Arbeiterjugend vom Kapitalismus statt Lehrstellen und soziale Sicherheit was auf die Fresse. Sind diese Weiterungen von mir etwa konstruiert?

Wenn einer eine vergleichsweise niedrige Bildung hat und auch wenig politische Erfahrung, kann er doch schöne und sogar politisch nützliche Lieder schreiben, wenn er nur ehrlich von den Dingen schreibt, die er kennt und die ihn „wieder völlig fertig" machen, wie es bei Lindenberg heißt. Das ist das, was wir in der DDR den „wunden Punkt" nennen, den ein junger Dichter sich erst mal von der Seele schreiben muß, bevor er zu den sogenannten wichtigen Themen kommt. In diesem Sinne ist der Lindenberg ein realistischer Künstler, und auf diese Weise kommt er in den Genuß der tieferen Wahrheiten, die von den einfachsten Worten gratis mitgeliefert werden, und so transportieren seine Lieder Schönheiten und Bedeutsamkeiten, die die Dinge gratis mitliefern, über die er singt. Das ist auch eine Art „Triumph des Realismus". Nimm nur dieses kleine Lied über das Mädchen in Ost-Berlin. Über dieses Thema könnte weiß Gott mehr und politisch Interessanteres gesagt werden. Aber es ist bei all seiner Ärmlichkeit das erste ehrliche Lied eines Westlers über die DDR, das ich kenne. Vielleicht hat mein Freund Mossmann inzwischen längst viel Besseres geschrieben, aber egal! Diese sympathische Armseligkeit des Lindenberg-Liedes ist ja realistisch im besten Sinn. Denn nach dem ganzen Antikommunismus in der Geschichte Westdeutschlands, nach der langen Alleinvertretungspolitik der bürgerlichen Regierungen gegen die DDR ist das lebendige Interesse und sind die tieferen Beziehungen der Westler zu den Menschen in unserem Land noch kümmerlich.

„Du hattest mich schon schwankend gemacht. Aber daß du ausgerechnet dieses mickrige Lied lobst! Dieser Lindenberg muß ja 'ne taube Nuß .sein. Wenn er wirklich so .scharf auf das Mädchen aus Pankow war, warum ist er dann nicht einfach geblieben? Scheiß auf die Zwölf-Uhr-Grenze! Dann wär' er eben am nächsten Nachmittag in den Tränenpalast gekommen, die Grenzer hätten ihn paar Stunden verhört, gefilzt, und er hätte paar ‚Stunden vielleicht die Fliesen gescheuert. Und dann hätt' er vielleicht ein Lied schreiben können ohne dieses Geflennt und ohne diese devote Pünktlichkeit, die mich gerade bei einem Mann ärgert, der so auf lässig und Bürgerschreck macht."

Ob dieser Lindenberg lässig oder pünktlich ist, wen interessiert das? Sein Lied ist grade auch in diesem Punkt, der dich so ärgert, wahrhaftig. Hast du mal beobachtet, wie schmierig unterwürfig sich gerade viele Westler verhalten, wenn sie von unseren Volkspolizisten kontrolliert oder bei Gelegenheit eines Vergehens im Straßenverkehr erwischt werden? Sie sind unsicher, sie haben Schiß, sie kennen sich nicht aus. Und gerade so fette Mercedesfahrer kommen ins Schwitzen und Zittern.

„Das stimmt. Aber dein lieber Udo wird inzwischen längst zu den dicken Mercedesfahrern gehören. Mir hat nämlich einer erzählt, daß dieser Lindenberg von seiner letzten Platte in wenigen Wochen 250 000 Stück verkauft hat. "

Hoffentlich stimmt das. Fragt sich eben auch hier: Wer hat wen? Ob der Lindenberg das Geld hat oder ob das Geld ihn hat, das werden wir ja auf seinen nächsten Platten hören.

Schauer = Steigerung von schau = Berliner Slangwort für dufte, knorke etc.

Konkret 08/75, S. 47

Der Genoske

Der literarische Strich ist wieder ein paar Zentimeter länger geworden. Da steht Klaus-Rainer Röhl und verkauft die Schlüpfer seiner Ex-Frau:

Ich habe für KONKRET Klaus-Rainer Röhls neuen 400-Seiten-Roman „Die Genossin" gelesen und bin glücklich, denn jeder nach mir kann sich das sparen.

Die Städter unter Ihnen kommen dabei allerdings um ein kleines Erlebnis: Als ich die letzten Seiten hinter mir hatte, hörte ich laut und deutlich ein Schwein grunzen. Kein großes Schwein. Ein Ferkelchen, auf dem Theo Sommer von der „Zeit" durch eine Faschingsparty reitet und dann schreibt: „Liberale Mitbürger, Sodomie ist gar nicht so einfach."

Der Hintergrund ist immer ökonomisch, erst recht bei Parasiten. Röhl hat nicht mehr genug Leute, die für ihn arbeiten. Er muß, Schicksal des expropriierten Kleinunternehmers, jetzt selber arbeiten. Damit's aber nicht zu anstrengend wird, macht er erst mal einen Ausverkauf der Konkursmasse. „Fünf Finger sind keine Faust", war der erste Teil, die Geschichte des großen linken Verlegers Röhl, der sein Blatt gegen viele kleine, linke, besitzgeile Chaoten über Jahrzehnte erfolgreich (fast bis zum Schluß) verteidigt. Das Buch ging schlecht, der Verlag Kiepenheuer & Witsch mußte tun, was Früher Röhls kleine Chaoten tun durften: zuzahlen.

Für den zweiten Teil des Ausverkaufs mußte Röhl außer Landes gehn. Er fand einen neuen Verleger in dem österreichischen Branchenwildling Fritz Molden, der einst mit einer Tochter von CIA-Chef Dulles verheiratet war, und seither viel für die Erfolge der Presse und Literatur getan hat, beispielsweise durch die Veröffentlichung der Swetlana-Memoiren.

Aber bei Molden mußte Röhl schon einen zulegen, denn der ist ein Hartseller, der hat die Knef als Zugpferd im Stall - und rumkrebsen zieht bei so einem Mann nicht.

Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Dinge, pflegte Klaus-Rainer Röhl Ulbricht zu zitieren, und daran hielt er sich. Er verkauft die Geschichte seiner Ex-Gattin Ulrike Meinhof. Die Werbung dafür macht die Bundesanwaltschaft, die die Schau bis nächstes Jahr laufen läßt.

Röhl verkauft seine ehemalige Frau so gründlich, daß ihm jetzt eigentlich nur noch übrigbleibt, ein paar Nacktbilder von Ulrike auf Sylt, wenn er sie noch hat, an irgendein Pornoblatt zu verscherbeln.

Also, der Mensch steht im Mittelpunkt aller Dinge, aber vor allem steht er im Markt, und der Markt verlangt, pflegte Röhl zu sagen, Stories, Stories, Stories.

Die Story ist alles, und sie geht so: Ulrike sitzt im Knast unter dem Roman-Namen Katharina Holt. Eine Rote Brigade von lauter coolen Japanern hat ein Flugzeug entführt, mit der Frau des deutschen Bundeskanzlers an Bord. Die Entführer verlangen die Freilassung aller Baader-Meinhof-Häftlinge. Während des 24stündigen Ultimatums läuft noch einmal Ulrike Meinhofs Leben im Buch ab.

Detailliert: Das Mädchen mit dem großen Schutzbedürfnis, mit dem flammenden sozialen Engagement, zwischendurch ein bißchen lesbisch, nicht befriedigt von den Männern, bis sie IHN trifft - Carl-Michael Luft, den bindungsunfähigen Zyniker.

Luft/Röhl hat sie nie geliebt, denn er suchte immer nach einem „verblasenen Mittelstück aus Geist und Eros", und das war Ulrike nicht. Es gelingt ihm aber trotzdem, mit ihr „fast sieben Jahre glücklich" zu verbringen.

Sie ist ihm treu, als es anfängt und später. Ihr macht es nichts, daß er immer wieder „Geschichten" mit „Pipi-Mädchen" hat. Für sie ist er der beste Mann der Welt, und um ihn zu gewinnen, schläft sie sogar vor seiner Tür, um ihn abzufangen, wenn er von seinen Pipi-Mädchen nach Hause kommt. (Alice, schneid' ihm den Schmock ab.)

Er schildert Katharina/Ulrike als „fabelhaft integre" Frau. Doch das sagt nicht er, sondern das läßt er immer wieder Hamburgs Schickeria sagen, die sich um Ulrike riß, und ihn mit hinaufzog. Hasenfuß, der Röhl immer war, hatte er es nie gewagt, Augstein anzusprechen, und er ist wenigstens so ehrlich, dies nicht einmal im Buch zu behaupten.

Im Sog der starken Ulrike wurde aber auch er angesprochen. Und wie er es genossen hat, der Kleinbürger. Die journalistisch besten Passagen sind daher folgerichtig die über St. Moritz und Kampen, besonders die Buhne l6, wo sich Hamburgs Schickeria traf, und wo auch Feltrinelli ein Auge auf Ulrike warf: Aber sie hatte ja den besten Mann der Welt.

Röhl wollte immer „ein Simmel für die Linken" sein. Ulrike, das Waisenkind, hat also unter alten Pullovern und unförmigen Hosen, die sie aus irgendwelchen Pfarrhaushalten geschenkt erhielt, eine fabelhafte Figur. Das konnte Luft/Röhl selber feststellen, denn er lag mit ihr im Bett, mußte sie aber, mangels ihm angemessener Klasse, zweimal

zurückweisen. Was Ulrike nicht abschreckte, den besten Mann der Welt doch noch zu erobern. Und damit Sie auch das wissen, Ulrike liebte ziemlich „tierhaft".

Wer Röhls Kontaktstörungen kennt, weiß, daß er einem Triebi gleicht, der pausenlos Frauenkontakte vorgibt und meist nur eine hat - mit bösem Ausgang. Ulrike verfällt ihm also, danach macht sie noch einen weiteren Fehler, sie kriegt einen Gehirn-Tumor, dessen operative Entfernung sie gefährlich schwächt, nimmt, während der beste Mann der Welt wieder einmal fremdgeht, Kontakt zur neuen Linken auf und zieht nach Berlin. Dort wird sie von dem bösen Baader in die erste Schießerei hineingezogen und macht jeden weiteren Coup der Gruppe immer lustloser mit.

Und jetzt kommt's: Story muß Story bleiben. Die Entführer der Kanzlergattin verlangen, daß die Autorität Katharina/UIrike eine halbe Stunde live zum deutschen Volk im Fernsehen spricht, und dann kommt es über Ulrike: Ausgelöst durch Recherchen ihres Ex-Gatten Luft/Röhl, der herausgefunden hat, daß Baader ein CIA-Provokateur war, hält Ulrike eine Widerruf-Rede der Spitzenklasse, in der sie bekennt, die Baader-Meinhof-Leute hätten nur der Reaktion genützt. Sie weigert sich, mit der Bande ins Exil zu fliegen, und das zum Glück, denn die werden alle vor dem Abflug in Stuttgart von durchdrehenden Bundesgrenzschutz-Schützen niedergemetzelt. Ulrike hat es danach im Gefängnis Stammheim fast so gut wie seinerzeit im ersten Röhl-Haus. Denn die Wärterin, die Ulrike im Knast eine Tasse Kaffee bringt, wirkt so gemütlich wie die Haushälterin „Tante Marek" in Hamburg.

Ich kann mir gut vorstellen, wie der Autor, mit der Rotweinflasche in der Hand, umgeben von ein paar Kumpels, diesen Schluß vorgetragen hat, und glücklich vorgetragen hat: „Ist das nicht ein Gag?" Ja, werden sie gesagt haben, Klaus-Rainer, das kann nur dir einfallen.

Und dann haben die Genoskes noch einen draufgemacht und sind in den Keller gezogen, haben dort mit dem Luftgewehr geschossen, mit der Zimmer-Flak, wie er das nannte, aber natürlich so, daß es keiner hört.

Konkret 08/75, S. 48

Nick Natterstein

Das Kapital zeigt sein Szähne

„Szene Hamburg" - eine relativ geschlossene Anstalt, die den trällernden Schweißfuß auf die unterdrückten Instinkte einer Generation von aufsteigenden Handlungsgehilfen losläßt. Nick Natterstein beschreibt das Terrain:

Ein junger Mann, nennen wir ihn mal Peter, wacht morgens auf, verkatert und in einem fremden Bett. Was fällt ihm als erstes auf, wie er so in die Morgensonne blinzelt?„ *Du siehst ihre Brust, die schlaffe . . ."* Die schlaffe Brust gehört der Rosa, die ihren Peter über alles liebt. Und als der sie beim Frühstück mal wieder so richtig anmacht, entgegnet sie tapfer: *„Ach mein Peter, ich will doch gern alles für dich tunt, aber nun sag mir bloß mal, was ich denn immer verkehrt mache, ich geb mir doch solche Mühe."* Doch Peter sagt gar nichts, sondern geht auf Jobsuche, zum Arbeitsamt. Kaum macht er die Tür auf, da - *. . die Korridorband legt im Arbeitsamt jetzt richtig los, und alles stempelt jetzt mit sehr viel Spaß, auch die Putzfrauen mit den Eimern swingen und alle Arbeitslosen singen: Unsre Welt ist der Korridor vom Arbeitsamt, da sind wir jetzt schon lang zu Haus . . ."*

Was da an reaktionärer Bierbauch-Arroganz, an blöde schnatterdem Weibchen-Verhalten zum Ausdruck kommt, entspringt nicht dem Wunschdenken eines „Praline"-Schreibers, die Lagebeschreibung vom Arbeitsamt nicht der letzten „Bild", nein, das ist Originalton „Hamburger Szene". Die „Rentnerband" und ihre Unterabteilungen „Daddy's Group" und „Pensionärs Chor" haben sich den zitierten schwarz-braunen Schwachsinn ausgedacht. Neben Otto und Udo Lindenberg sind das die Großverdiener des Hamburger Musikgeschäfts. Während die beiden erstgenannten „nur" goldene Schallplatten bekamen, durfte die Rentnerband kürzlich sogar eine öffentlich-rechtliche Auszeichnung entgegennehmen. Schwarzfunk-Macher Franz Mai, Intendant des Saarländischen Rundfunks, verlieh der „Neuentdeckung des Jahres 74" die von der Plattenindustrie hochgeschätzte „Goldene Europa".

Was ist denn passiert an der Elbe, gibt es sie nicht mehr, die „Liedermacher und Barden, Jazzer und Rocker, Blödel-Meisieg und Nonsens-Brüder" („Stern"), die der Stadt der Pfeffersäcke dank fleißiger Propaganda in allen Medien zu einem neuen Image verhalfen? Doch, doch, die Kneipenszene blüht. Die eigentlichen Auslöser des ganzen Rummels um die „Hamburger Szene", die Micky-Mouse-Jazzer und die Waschbrett-Quäler werden, angefeuert von ihren Schmalzstullen kauenden und halbe Liter stemmenden Dauerfans, ihr „Ice Cream" wahrscheinlich auch in zwanzig Jahren noch runternudeln. Doch in den Vorstandsetagen der Musikkonzerne, von wo man dem munteren Treiben da unten eine Zeitlang wohlwollend zugeschaut hatte, machte man Nägel mit Köpfen und konzentrierte sich auf das Wesentliche.

Otto und Udo zum Beispiel, die ersten aus der ehemaligen Kneipenszene, die das große Geld machten. Wer die nicht unter Vertrag hatte machte sich welche. Otto-Epigone Mike Krüger verkaufte in vier Wochen gleich 30 000 LPs. Und irgendeinen Knaben, der sich mit meist dürftigen deutschen Texten über die Rock-Runden quält, haben die neidischen Lindenberg-Konkurrenten auch alle schon gefunden.

Mit viel Liebe und großem Werbeetat hat man sich also der musikalischen Potenzen Hamburgs angenommen. Als besonders clever bestaunt wird in der Branche der Coup, den die amerikanische WEA-Plattenfirma landete: Man hatte dort spitzgekriegt, daß die „Teldec" eine „Top Szene Hamburg"-Werbeaktion plante. Also stellte der WEA-Produktionschef klammheimlich ein Band zusammen, fuhr damit nach Holland und ließ dort buchstäblich über Nacht die LP „Hamburger-Szene" pressen, die mit großem Vorsprung zu Teldecs Top Szene" auf den Markt kam. Grund der Heimlichtuerei: Die WEA läßt sonst bei der Teldec pressen.

Sie sind überhaupt recht plietsch, die Jung-Manager der WEA (deutsche Tochter des amerikanischen Medienriesen Warner Brothers, der wiederum zum Gemischtwarenkonzern Kinney gehört). Denn mit der Rentnerband und ihren Ablegern sind sie ihrem Ziel, auf dem deutschsprachigen Markt Fuß zu fassen, ein ganzes Stück nähergekommen. „Ein hanseatisches Märchen" nennt deshalb auch ein WEA-Pressetext den Aufstieg der Rentner. Doch bevor die ersten Tränen der Rührung fließen, sollte man sich den Spruch, den Konzertmanager und CDU-Freund Hans Werner Funke, genannt „Johnny Controletti" (er macht die Otto-, Lindenberg-, Truck Stop- und Rentnerband-Tourneen) in einem Journalisten-Info von sich gab, auf der Zunge zergehen lassen: „Der Slogan für die Rentnerband: Unterhaltung fürs Volk, Spaß mit kommerziellem Touch!" Ehrlich, Mann!

Was „Unterhaltung fürs Volk" ist, wußten die beiden Begründer der Rentnerband ganz sicher. Schließlich ist der eine von ihnen bei demselben Franz Mai als Diskjokkey in Lohn und Brot, der der Rentnertruppe die Auszeichnung verlieh. Und der andere arbeitet auch heute noch für Springers „Hör Zu". Dort lobte „Herbert Lob" (so sein Pseudonym) ab und zu mal die Platten, die sein Freund Lex Hudel" produziert hatte (das ist Willem, Rentnerband-Sänger und Mitproduzent und Diskjockey, zusammen haben die beiden die Produktionsfirma „Lob & Hudel", witzig, nicht?). Kleiner Freundschaftsdienst, schließlich wohnte man zusammen.

Nicht alleine übrigens. Die Villa am Hamburger Rondeel war und ist noch immer ein beliebter Wohnort für Leute, die an der „Szene" mitverdienen. Otto und sein Manager logierten dort, Udo natürlich, und im Moment der Pianist Gottfried Böttger. Und immer gab es irgendwelche Journalisten, die, schließlich wohnten sie ja „zufällig" da, „unabhängig und objektiv" über die augenblicklichen Lieblinge der Hamburger Szene zu berichten wußten. Zufall ist es sicher auch, daß Herr Lob, der Presse-Mann, bevor er die Rentnerband der WEA andiente, für eben diese Firma Pressetexte schrieb und Kontakte zu Journalisten herstellte. Ebenfalls Zufall dürfte es sein, daß die Rentnerband beim Norddeutschen Rundfunk so oft gespielt wird. Daß ein Mitglied der Musikredaktion des NDR-Hörfunk vorher bei der WEA als „Sendebetreuer" (das sind die Hausierer der Plattenkonzerne, die den Programmmachern ihre Produkte unterjubeln) arbeitete, hat darauf sicher keinen Einfluß. Und wer jetzt zu dem Schluß kommt, daß die Hamburger Musikszene ein korrupter Sumpf ist, der sollte sich mal gleich wieder abregen. „Hanseatischer Cliquengeist" nennt man sowas vornehm.

Das haben sie nämlich aus dem Rathaus abgeguckt. Kein Wunder, daß Bürgermeister Klose so oft an den Brennpunkten der „Szene" zu finden ist. Man versteht sich eben.

Konkret 08/75, S. 49

Ralf Thenior

Obere Kruste

Ja bei Kagel das ist ja
auch schon alles kommerzialisiert
keine neuen Impulse mehr die
Kunst muß frei sein aber dieses
Konzert der Polen also ganz
ausgezeichnet wirklich hervor
ragend ich meine man kann ja
dazu stehen wie man will aber
immerhin lassen die da jeden
aufs Konservatorium nicht so
wie bei uns diese Auswahl daß nur
bestimmte Schichten aber das ist
ja das alte Lied dafür haben die
Gleichschaltung also Empfehlung
an die Frau Gemahlin

Ohne Gewehr

Ich will garnich im Lotto gewinnen
das bringt nur Aufregung
hat man ja schon oft gehört
daß einer verrückt geworden ist
als seine Sechs rausgefallen sind
oder Herzschlag was weiß ich
nee nee ich mach meine zwei Tips
die Woche und wenn der Einsatz
wieder rauskommt is gut

Der Mann mit dem Goldhelm

Plötzlich stand der Mann
mit dem Goldhelm vor ihm
Hallo Alter gibst einen aus
die Sicherheit des Tresens
ließ sie zu einem längeren
Gespräch kommen mir geht in
der letzten Zeit so ein
Scheißschlager im Kopf rum
sagte der Mann mit dem

Goldhelm das hältst du nich
aus schon seit dreihundert
Jahren der Refrain geht so
du mußt was reintun
wenn du was rauskriegen willst
wenn du was rauskriegen willst
mußt du was reintun

Konkret 08/75, S. 50

Yaak Karsunke

Endstation für 10

Yaak Karsunke stellt zwei schwedische Autoren vor, die zehn linke Krimis geschrieben haben - spannender als Edgar Wallace, witziger als Columbo, lehrreicher als der „Vorwärts"

Neuerdings verstärken sich auch bei uns die Bemühungen, den Kriminalroman gesellschaftskritisch zu nutzen, mit dem Spannungsvehikel Aufklärung ins Lesepublikum zu transportieren. Bertelsmanns Autoren Edition nimmt - wie üblich - das Maul voll und will uns weismachen, sie hätte die Idee frisch erfunden, was nicht mal für die BRD zutrifft: Autoren wie -ky oder Michael Molsner, um bloß mal zwei zu nennen, probieren das schon seit Jahren, und zwar nicht in klotzigen Leinenbänden, sondern in den Taschenbuchreihen, die tatsächlich auch von einem größeren Publikum gekauft werden. Kaum ein deutscher Autor aber hat wohl bislang ein derartiges Unternehmen so langfristig geplant angelegt, wie das Maj Sjöwall und Per Wahlöö in Schweden getan haben.

In den deutschen Ausgaben ihrer Bücher (alle in der rororo-thriller-Reihe) heißt es über die Autoren: „Per Wahlöö, 1926 in Schweden geboren, machte nach dem Studium der Geschichte als Journalist Karriere, ging in den fünfziger Jahren nach Spanien, wurde 1956 vom Franco-Regime ausgewiesen und ließ sich nach längeren Reisen, die ihn um die halbe Welt führten, in Schweden nieder, um Bücher zu schreiben. In Zusammenarbeit mit seiner Frau, der Lyrikerin Maj Sjöwall, entstanden die Kriminalromane" (dann folgen die Titel). Frau Sjöwalls Alter verraten Rowohlts galante Lektoren nicht, auf Fotos sieht sie etwas jünger aus als Wahlöö, der in einem Interview mal was von „meiner ersten unglücklichen Ehe" gesagt hat und früher alleine Kriminalromane schrieb.

In einer sonst lesenswerten Literaturgeschichte des Kriminalromans („Am Anfang war der Mord" von Julian Symons, 1972 bei Goldmann) heißt es: „Wahlöö hat zumindest zwei Romane geschrieben, die Dürrenmattsche Moralsymbolik mit Orwellscher Phantasie kombinieren . . . (beide) behandeln Diktatur und patriarchalischen Terror mit den Mitteln des Kriminalromans, und Chefinspektor Jensen, der in beiden Romanen auftaucht, versucht mit Begriffen wie ‚kriminelle Aktivität` das Wesen der Gesellschaft zu ergründen." Da ich beide Bücher nicht kenne, kann ich nicht beurteilen, ob das mit der dürren Matsche irgendeiner Moralsymbolik zutrifft, ich werde aber mißtrauisch, wenn Mr. Symons fortfährt: „Die Romane dagegen, die Wahlöö zusammen mit Maj Sjöwall verfaßt hat, sind weit weniger anspruchsvoll, dafür erfolgreicher. Sie handeln von den kriminalistischen Untersuchungen eines Inspektors Beck . . . und man könnte sie unter der Rubrik Polizeiroman einordnen wenn man einmal davon absieht, daß die Autoren dennoch mehr an den philosophischen Begleiterscheinungen des Verbrechens als an simpler Polizeiarbeit interessiert sind."

Hier stimmt nun leider nichts mehr. Was das Hauptinteresse von Sjöwall/Wahlöö angeht, so richtet es sich nicht auf irgendwelche philosophischen Begleitumstände, sondern auf die gesellschaftlichen Hintergründe des Verbrechens, und Inspektor Martin Beck ist mitnichten der Einzelheld der Romane, sondern lediglich einer aus einer ganzen Gruppe von Polizeibeamten, die die Autoren nach eigener Aussage als funktionierende „Arbeits- und Kameradengruppe" zeigen, weil ihnen der klassische Krimi mit dem einzelnen Privatdetektiv als bürgerliche Form erschien. Als Reaktion gegen diesen damals in Schweden vorherrschenden Krimi-Typ entwickelten Sjöwall/Wahlöö im Jahr 1963 ihr Konzept einer Polizeiroman-Serie.

In einem im Oktober 1974 in Dänemark publizierten Interview sagten sie dazu: „Wir fingen 1963 an, Bücher zu schreiben, die sich an das traditionelle Kriminalroman-Publikum richteten. In den ersten drei Romanen unserer Serie beschrieben wir Verbrechen und ihre Aufklärung so gut wie unpolitisch. Wir planten von Anfang an, erst beim vierten, fünften Buch deutlicher zu werden. Entsprechend fiel dann auch die Verkaufskurve etwas. Aber jetzt werden wir sowohl von den Leuten gelesen, die das normale Kriminalroman-Publikum ausmachen, als auch von solchen, die außer unseren keine anderen Kriminalromane lesen."

An anderer Stelle heißt es in demselben Interview: „Wir haben versucht, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Kriminalität abzubilden, aber erst von den mittleren Bänden an sollte der Zusammenhang zwischen den Gesellschaftsverhältnissen und der Entwicklung und dem Schicksal der Menschen direkt bewußt gemacht werden. Und danach sollte die Gesellschaftskritik gradweise verstärkt werden."

Diese operative Einstellung scheint mir vorbildlich zu sein-. Das politische Bewußtsein der Autoren artikuliert sich auch darin, daß sie bewußt bei den Lesegewohnheiten des durchschnittlichen Publikums ansetzen, darauf Rücksicht nehmen - und diese Lesegewohnheiten dann schrittweise ändern. Das erste Buch der Serie („Die Tote im Götalandkanal", rororo 2139) schildert die Aufklärung eines Triebverbrechens an einer amerikanischen Touristin, das zweite („Der Mann, der sich in Luft auflöste", rororo 2159) die Suche nach einem angeblich in Budapest verschwundenen Journalisten (wobei die ungarische Kripo weitaus objektiver geschildert wird, als das im Jahre 1966 bei uns üblich war), und das dritte („Der Mann auf dem Balkon", rororo 2186) beschreibt die Jagd auf einen Kindermörder. Aber auch die darauf folgende „Endstation für neun" (rororo 2214) behandelt noch eine durchaus individuelle Bluttat- erst auf den letzten Seiten, nachdem der sehr gut

situierte Täter gefaßt ist, reflektiert einer der Polizisten seine Arbeit: „Beinahe alle, denen wir bei unserer täglichen Arbeit begegnen, tun mir leid. Das sind meistens arme Würstchen, die in irgendwas reingeschliddert sind. Oft ist es nicht ihre Schuld, daß sie nichts begreifen und alles schiefgeht. Das ist die Schuld solcher Subjekte, wie dieser hier, die das Leben anderer zerstören. Selbstgefällige Schweine, die nur an ihr Geld, an ihre Häuser, ihre Familien und an ihren sogenannten guten Ruf denken. Die der Meinung sind, daß sie alle anderen kommandieren können, nur weil sie zufällig besser dran sind."

Das ist ein weiterer Vorzug der Serie: daß ihre Gesellschaftskritik nie an expressis verbis „politischen" Fällen betrieben wird -fast immer geht es um das klassische Krimi-Delikt Mord, dessen Aufklärung dann allerdings jedesmal gesellschaftliche Implikationen ans Licht bringt. Die politischen Interessen der Autoren werden also den Abläufen nicht aufgeklebt wie ein Etikett, sondern die gesellschaftlichen Bedingtheiten jedes Verbrechens werden indirekt aufgewiesen. Ab „Endstation für neun" ändert sich allerdings auch der Verbrechenstyp. In „Alarm in Skoldgatan" (rororo 2235) und in „Verschlossen und verriegelt" spielt international organisiertes Verbrechen eine Rolle, das letztere ist außerdem ebenso wie „Das Ekel aus Säffle" (rororo 2294) ein polizei-kritisches Buch.

Das bedeutet eine Änderung der ursprünglichen Pläne der Autoren - verursacht durch Veränderungen der Realität, wie Sjöwall/Wahlöö es selbst formulieren: „Man konnte zwar schon 1963 die zunehmende Versumpfung der schwedischen Sozialdemokratie voraussehen. Aber andere Dinge waren völlig unvorhersehbar: die Entwicklung der Polizei in Richtung auf eine paramilitärische Organisation, ihr verstärkter Schußwaffengebrauch, ihre großangelegten und zentral gesteuerten Operationen und Manöver, der immer stärker werdende Einfluß des Reichspolizeichefs. . . Auch den Verbrechenstyp mußten wir ändern, da die Gesellschaft und damit die Kriminalität sich geändert hatten: Sie waren brutaler und schneller geworden."

Lediglich einmal in der Serie wird ein direkt politischer Tatbestand mit angesprochen: In „Und die Großen läßt man laufen" (rororo 2264) spielt ein nicht ganz legaler, aber von der Regierung durchaus tolerierter Waffenhandel mit dem (damals noch faschistischen) Portugal eine Rolle- die Lösung kommt dann aus einer anderen Ecke: Überraschend, aber auch nicht unpolitisch. Überraschungsmomente und -effekte fehlen nie, die inhaltliche Reflexion der Autoren geht Hand in Hand mit einer formalen, literarischen. Der letzte bislang in Deutschland erschienene Titel (‚Verschlossen und verriegelt", rororo 2345, im Mai 1975) bezeichnet das klassische Locked-Room-Mystery, bei dem das Mordopfer in einem von innen fest verschlossenen Raum aufgefunden wird. Bei Sjöwall/Wahlöö ist der Tote ein Frührentner, weswegen die Ermittlungen so schlampig geführt werden, daß die Polizei zunächst mal Selbstmord annimmt - weil der Tote einen Herzschuß hatte, und obwohl man in dem verschlossenen Raum keine Schußwaffe gefunden hat. Erst als der Fall bei Martin Beck landet, entwickelt er sich eigentlich zu einem „Fall", der eine ebenso elegante wie ironische Lösung findet.

Die gesamte. Serie war auf zehn Bände konzipiert. Der neunte soll nächstes Jahr bei uns erscheinen, der zehnte im Jahr darauf. Der Vorsatz, damit Schluß zu machen, ist unwiderruflich geworden: Nach Abschluß von Band zehn ist Per Wahlöö gestorben.

Konkret 08/75, S. 52

kulturnation

Berliner Theater: Rechts sein oder nicht sein

Jahrelang flossen sie üppig, die Subventionen für das Westberliner Forum-Theater. Als es noch ein Repertoire zwischen Tralala und Publikumsbeschimpfung hatte. Im März wurde der Spielplan umgekrempelt, für die kommende Spielzeit waren Villon, Brecht, Neruda, Heiner Müller und Yaak Karsunke vorgesehen. Doch daraus wird wohl nichts. Zum 30. Juli strich der Senat sämtliche öffentlichen Gelder; das Kudamm-Theater wird schließen müssen.

Das Westberliner Kindertheater GRIPS, das in 6 Jahren 12 Stücke herausbrachte, die in 13 Sprachen übersetzt und über 200mal nachgespielt wurden, von den Aufzeichnungen im Fernsehen ganz abgesehen, findet vor dem politischen Auge des Steglitzer Stadtrats für Jugend und Sport, Klaus-Dieter Friedrich (CDU), keine Gnade.

GRIPS hat für die Steglitzer Jugendfreizeitheime Hausverbot. Denn Herr Friedrich hat in der letzten

Bezirksverordnetenversammlung befunden: „Der Name des GRIPS-Theaters und viele Angehörige des Ensembles sind in immer stärkerem Maße in der kommunistischen Szene dieser Stadt in Erscheinung getreten."

Ein Aufklärungsspiel

Die Karlsruher Aktions-Künstler Bast und Maertin, die mit einem Aufklärungsspiel über Spekulantentum durchs Land ziehen, haben dem Frankfurter Polizeipräsidenten Müller (SPD) geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Polizeipräsident, ein Kommandowagen der Frankfurter Polizei filmte am 6. 6. 75 unser Spiel ‚Würfeln um die Stadt` auf dem Frankfurter Kurfürstenplatz; per Monitor wurden die Aufnahmen life in das Polizeipräsidium übertragen. Uns ist jedoch nicht bekannt, daß wir mit Ihnen einen Vertrag für honorarfreie Abtretung der Übertragungsrechte abgeschlossen haben. Da im allgemeinen nur 6-Minuten-Aufzeichnungen als Dokumentation honorarfrei sind, die von Ihnen beauftragten Beamten jedoch wesentlich länger filmten, erlauben wir uns, Ihnen diese Übertragung in Rechnung zu stellen: DM 1500. Daß Bespitzelung von Kindern und politisch engagierten Künstlern der Grund für die Sendung in das Polizeipräsidium sein könnte, ist sicher auszuschließen, da wir ja in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung leben."

Bayerische Ausgewogenheit: „Chile lacht wieder"

Auf der letzten ARD-Tagung in Bremen drohte der Bayerische Rundfunk mit einem Austritt aus dem Senderverbund. Es mangele an „Ausgewogenheit". Was die Bayern unter „Ausgewogenheit" verstehen, illustrierte kürzlich Chefredakteur Mühlfenzl (CSU) in seinem III. Fernsehprogramm. „Chile heute" hieß ein Film, gegen den der Presseausschuß Demokratische Initiative bereits mehr als 1000 Protestunterschriften gesammelt hat. Originalton Süd: „Chile lebt und lacht wieder unbeschwerter als vorher . . . Er (Pinochet) verkörpert Ordnung, Disziplin, Strenge und Vaterlandsliebe . . . 80 Prozent der Bevölkerung stehen hinter der harten, autoritätsbewußten Politik . . . Die Ausmerzung des Linksextremismus ist vollzogen, die Normalisierungsphase im Moralischen und Sozialen ist angelaufen..."

Kunstfreiheit I

Das Westberliner Landgericht hat endgültig entschieden, daß die Beschlagnahme eines Video-Bands der Filmemacherin Helke Sander am 15. Februar Rechtens war und daß das Material von der Staatsanwaltschaft ausgewertet werden darf. Helke Sander filmte eine Frauenaktion gegen den § 218 vor der Gedächtniskirche (eine Sendung war vom WDR geplant) und wurde dabei festgenommen (KONKRET 5/75). „Der freien Filmberichterstattung", so das Landgericht, „kommt nicht die gleiche Bedeutung zu, wie der Berichterstattung durch Presse und Rundfunk", daher gelte für sie auch das Zeugnisverweigerungsrecht nicht. Auch sei Sanders Band nicht durch Artikel 5

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." (Artikel 5,

Grundgesetz)

des Grundgesetzes geschützt, weil nämlich nicht „Intuition, Phantasie und Kunstverstand" mitgewirkt hätten, sondern einfach etwas gefilmt wurde, was jeder sehen konnte.

Kunstfreiheit II

„Vorbehaltlos, nicht aber schrankenlos gewährleistet" sei die Kunstfreiheits-Garantie des Grundgesetzes, urteilte am B. 7. der Bundesgerichtshof. Und die Schranken sind dort, wo etwa ein Unternehmen zum Objekt „herabwürdigender Kritik" gemacht wird. Mit diesem Grundsatzurteil bestätigte der BGH das Verbots des Theaterstücks „Der Geist von Oberzeh" von der Studio-Bühne der Universität Würzburg. Das Stück, das die Bestechlichkeit eines Betriebsratsvorsitzenden und den Firmengründer als „profitgierigen Menschenschinder" darstellt, zeige „unberechtigt ein negatives Bild".

Kunstfreiheit III

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat als z. Instanz im Prozeß um F. C. Delius` Dokumentarsatire „Unsere Siemens-Welt" gegen den Rotbuchverlag entschieden: 9 von 19 Behauptungen des Buches müssen unterlassen werden; der Unterlassungsausspruch ist in drei Zeitungsanzeigen zu veröffentlichen; die Hälfte der Gerichtskosten hat der Verlag zu zahlen (Gesamtkosten für „Rotbuch": ca. 34 000 Mark); der Siemens AG muß aller Schaden ersetzt werden, der ihr durch die Aufstellung und Verbreitung von sieben „Behauptungen" entstanden ist und noch entstehen wird. Acht der neun inkriminierten „Behauptungen" stammten nicht von Delius, sondern wurden und werden unbeanstandet von anderen Autoren publiziert. Weiterhin behaupten darf der Autor, daß der Siemens-Konzern schon 1936 in Hitlers Kriegspläne eingeweiht war; daß Karl Friedrich von Siemens, der damalige Firmen-Chef, zusammen mit anderen Industriellen 1932 Hindenburg aufgefordert hatte, den Reichstag aufzulösen und Hitler die Regierung zu übertragen; daß die Siemens-Forschung heute besonders künftigen Rüstungsprojekten diene und daß der Konzern in seinen Kernforschungszentren in kurzer Zeit eine Atombombe herstellen könne und bei Bedarf dazu bereit sei. Einen bereits im Detail ausgehandelten Vergleich des Oberlandesgerichts hatte Siemens in letzter Minute abgelehnt. Der Verlag befürchtet jetzt, daß durch die angedrohten Schadensersatzforderungen „ein wichtiges Instrument linker Öffentlichkeit mundtot" und Delius „lebenslang zum Schuldner des Konzerns" gemacht wird.

Konkret 08/75, S. 54

Hermann Peter Piwitt

Wilhelm Bittorf oder: Der einzige und sein Eigentum als Mann im Ohr

KONKRET-ESSAY

In ihrem Buch „Frauen - das verrückte Geschlecht" zitiert Phyllis Chesler eine Anzeige der nordamerikanischen Pharma-Industrie: Das Inserat zeigt eine Frau hinter Gitterstäben, die aus Besen und Trockenmops bestehen. Der Text dazu lautet: ‚Sie können sich nicht befreien, aber sie können ihre Angstgefühle mildern."

Für Angstgefühle von Frauen sind bekanntlich Psychiater zuständig. Phyllis Chesler beschreibt zwei von ihnen, wie sie sie nach zahlreichen Interviews mit deren „Opfern" kennengelernt hat: „Beide Männer hatten sich ein urzeitlich-patriarchalisches Familienimperium geschaffen, das aus einem männlichen Guru (ihnen selbst) und vielen Gemahlinnen (Patientinnen, Ehefrauen, Geliebten) bestand. Beide Männer benutzten ihre Patientinnen als Sekretärinnen, Stenotypistinnen, Babysitter, Sexualpartner, Botengängerinnen, Blumengießerinnen und allgemeine Beifallsspender."

Machen wir uns nichts vor: Die Rolle, die hier beschrieben wird, ist - in den Grenzen der jeweiligen Möglichkeiten - noch immer das Traumziel vieler Männer. Es zu erreichen, verlangen sie von sich -und *ihre* Gesellschaft verlangt es von ihnen. Sie mögen sich hoffnungslos daran überheben, sie mögen als Marxisten längst begriffen haben, daß die Rolle des „freien Aneigners" historisch ausgespielt ist: Aber, wenn schon nicht mehr ursprünglich akkumuliert wird, neolithisch geputscht wird weiter. Der „Einzige und sein Eigentum" als Mann im Ohr. Und wo kein Trumpf mehr sticht, muß der Revolver aus der Weste helfen: das Naturgesetz, die Biologie, der „anatomische Imperativ". (so Wilhelm Bittorf im „Spiegel" Nr. 27/29).

„Einer der Gründe", schreibt Phyllis Chesler in ihrem Buch, „einer der Gründe, warum Frauen -mehr als Männer -die Karriere als psychisch Kranke einschlagen und immer wieder dahin zurückkehren, ist vielleicht, daß sie sich auf schreckliche Weise darin ‚zu Hause` fühlen." Und sie fährt fort: Die weibliche Hysterie (unter der wir Männer leiden wie ein Unternehmer unter Streik) ist die end- und erfolglose, verrückte Rebellion gegen einen Unterdrücker, den die Frau nicht voll zu orten und zu identifizieren wagt aus Angst vor Verstoßung in eine Freiheit, für die sie gesellschaftlich nicht konditioniert wurde. Ist die Hysterie aggressiv, wird sie gebrochen: durch männliche „Logik", durch Androhung wirtschaftlicher Sanktionen, durch körperliche Gewalt. Es bleiben: Schuldgefühle, Frigidität, chronische Depressionen bis zum Wunsch nach Selbstzerstörung, im Normalfall jenes verräterische „vage Unbehagen", das Helge Pross als Grundgefühl bei 70 Prozent aller Hausfrauen entdeckt hat.

Natürlich gibt es auch die Frau, die sich's im Käfig ihrer Rolle als Parasitin wohl sein läßt. Wer wollte ihr das verdenken? Was im Einzelfall klinisch ist und was nicht, bestimmen jedenfalls der Psychiater - und der Ehemann. Als Komplizen. So riet ein Arzt der Westberliner Klinik Waldhaus einer Patientin vor der Entlassung, „nicht wieder soviel zu lachen und den Haushalt ordentlich zu machen, sonst bringt ihr Mann Sie gleich wieder zurück".

Die Frau wird nicht viel zu lachen gehabt haben, vorausgesetzt, sie hatte eine Behandlung hinter sich, wie sie Phyllis Cheslers Interview-Partnerinnen beschreiben: Es ist fast immer die gleiche Horrorgeschichte: Eine Frau wird „aufsässig", „undankbar", „frigide" gegen ihren Mann (bei dem sie es „doch gut hat" und der doch „alles für sie tut"!), sie beginnt Kinder und Haushalt zu vernachlässigen, sie hat Weinkrämpfe, Wutanfälle, Depressionen - kurz: Sie rebelliert gegen die ihr eingeseelte Rolle. Beim Psychiater lernt sie, daß sie krank ist und Hilfe nötig hat - von ihm. Und sie lernt, sich selbst mit dem Vokabular der Wissenschaft zu beschreiben, mit der sie fertiggemacht, angepaßt oder gesellschaftlich aus dem Verkehr gezogen werden soll: „suizidal", „frigid", „paranoid", „phobisch" etc.

Nun allerdings gibt es einen kleinen Unterschied: ist die Patientin 10 bis 25 Jahre jünger als ihr Psychiater, wird sie - gut mephistophelisch - mit dem Schwanz therapiert; das ist nicht die Regel, aber auch alles andere als die Ausnahme. Und natürlich glaubt sie, „ihn verführt zu haben". (Das Honorar selbstverständlich läuft weiter!) Wehrt sie sich aber dagegen, droht sie gar mit Anzeige oder Ausstreuung, bekommt sie zur Antwort: „Ich werde sagen, daß du verrückt bist, und jeder wird mir glauben." Ist sie dagegen gleichaltrig, womöglich älter, kann das Isolierung, schwere Medikamente, Elektroschocks bedeuten.

Nein, dies sind keine Greuelmärchen, dies sind Erfahrungen von Frauen zwischen 17 und 70 mit einer Wissenschaft, die sich auf Erkenntnisse eines Arztes beruft, der hysterisches Verhalten bei Frauen als hinterhältige häusliche Tyrannei

boshafter, zum Selbstmitleid neigender, schlicht unsympathischer Frauen interpretierte, deren Unfähigkeit, als Frauen glücklich zu sein, auf unverarbeiteten Penisneid zurückzuführen sei. Er war ein großer Mann, der Mann.

„Frauen - das verrückte Geschlecht?" - ein Buch, das Frauen Männern oder Freunden um die Ohren schlagen sollten, wenn die ihnen mal wieder einen Psychiater aufschwatzen wollen.

Um die Ohren geschlagen gehört hätte auch Wilhelm Bittorf sein „Spiegel"-Essay mit dem Titel: „Der anatomische Imperativ", wenn, ja wenn Bittorf überhaupt etwas hätte dafür können. Aber davon später. Bittorf geht von der nicht unrichtigen Feststellung aus, daß das „Streben nach Selbstbefreiung, nach Selbstfindung und einer neuen Identität jenseits der tradierten Geschlechterrollen zu einer nicht mehr zu übersehenden Verwirrung geführt" habe. „Fordernde Frauen und verunsicherte Männer zermürben einander mit Ansprüchen, die sie nicht erfüllen können, verstricken sich in Ego-Fehden, bei denen der Mann außer seinem Überlegenheitsgefühl oft auch seine Potenz einbüßt, und die Frau all den Zauber, der einstmals Liebe und Leidenschaft zu erwecken pflegte."

Damit nun endlich damit Schluß sei macht sich Bittorf, unter Berufung auf den Uralt-Freudianer Erikson und die natürliche „Organdifferenz", für einen „neuen Männerkult" stark und erwartet von den Frauen, daß sie ihn, den Mann, „zur Kräftigung seines Ich-Gefühls . . . durch ihr feminines Anderssein in seiner eigenen Identität wieder bestätigen". Hoffnung setzt er dabei u. a. auf die „jähe Umkehr vieler Feministinnen zum neuen Mutterkult, die Rückbesinnung auf die tradierten weiblichen Qualitäten".

Hier liegt nun allerdings nur einer von Bittorfs schrecklichen Irrtümern: denn während Bittorf beim Wort „Mutterkult" offenbar an die „Umkehr" zur traditionellen „reinen Magd" denkt, schwebt den radikalen Feministinnen in Amerika bereits die freischweifende „selbstwählende" „paläolithische" Mutter vor, die im patriarchalischen Götterhimmel später als Demeter verlorenging, und bis heute als Hure, Hexe oder Schlampe verfolgt wird. Stabilisierung der traditionellen männlichen Identität dürfte jedenfalls von ihr noch weit weniger zu erwarten sein als von den gemäßigten Feministinnen, die Bittorf zur Raison ihrer Anatomie bringen möchte. Diese wollen aus patriarchalischen Säuglingen erwachsene Menschen machen, ehe sie selbst wieder Kinder gebären - jene wollen vom Mann nichts mehr als das Sperma.

Was geht hier vor? Da stellt sich ein Mann zwischen vierzig und fünfzig, ein sensibler, eher weicher, nervöser Mann, wie geschaffen für eine glückliche Beziehung mit einer selbständigen, voll emanzipierten Frau (warum will er sie nicht?), also da stellt sich ein Mann hin und sagt im Klartext: Wenn nicht alles wieder wird, wie es war, wenn wir nicht wieder wie früher die Leitaffen spielen können, die „die Hosen anhaben", die sagen, „wo's längsgeht", dann kriegen wir keinen mehr hoch, und alle beide, Mann und Frau, sind aufgeschmissen. Und im übrigen ist das alles überhaupt wider die Natur. Und als Kronzeugen für die Richtigkeit seiner Forderung ruft er u. a. auf: den von ihm selbst so apostrophierten „Sex-Chauvinisten" Freud, den Erotik-Krüppel Kierkegaard, das ausbeutend-ausgebeutete Mannweib Brigitte Bardot, die New Yorker Journalistin Julie Baumgold und die „Jet-Set-Prominente" Ira von Fürstenberg.

Kann das wahr sein? Und kann er überhaupt anders? Ich stelle mir vor: Irgendein „normaler" Mann zwischen vierzig und fünfzig - kann er überhaupt, nach seinem Werdegang, angesichts des kategorischen Imperativs der ihm eingeseelten Programme, anders handeln als nach dem Kadi des anatomischen Imperativs, nach den „Naturgesetzlichkeiten", rufen, da er sich doch weigert, in seiner seelischen Rumpelkammer selbst erst einmal Inventur zu machen?

Ich stelle mir vor: Im Elternhaus, von der Mutter, hört er Sätze wie: Eine Frau gehört ins Haus. Politik ist Männersache. Männer machen Geschichte. Er lernt früh aus dem ehelichen Kummer der Mutter (an dem sie ihn, als Beschützer-Sohn, oft stark beteiligt), daß die „Mutter-Magd" schützens- und verehrenswert ist. Im Gegensatz zum berufstätigen, freischweifenden und selbstwählenden Sex-Luder, daß in Ehen einbricht. Und er nimmt sich vor, es besser zu machen, d. h. die eigene Frau einmal „anständiger" einzusperren. Aber da sind nicht nur die frühen Reinheitsphantasien mit der „Jungfrau-Mutter-Madonna", sondern da sind auch die Hirnkino-Streifen mit dem „schlechten Mädchen". Die beiden Archetypen mögen später ins Unterbewußte zurücktreten, aber sie verschwinden nicht, wenn der „normale" Umgang beginnt: „Normal", das heißt: Frauen sind humorlos und zu keiner höheren geistigen Regung fähig; sie können miteinander nichts anfangen und alle ihre Probleme sind gelöst, wenn sie nur „ordentlich durchgefickt" werden.

Wie wenige Männer schlafen herum, weil es aufregend ist und lehrreich fürs Gefühl! Nein, man hat eine Frau „gehabt", „erobert", „aufgerissen"; man „läßt nichts anbrennen", oder „tut" - mit Sänger Ulrik -, „was man nicht lassen kann". Und wenn sie dann erstmal „zieht", kann man sie „hängenlassen"; und die am längsten zu „hängen" bereit ist, hat gewisse Aussichten, die „Feste" zu werden. Denn sie garantiert auch für später einen „großen Auslauf" (sie selbst sagt „lange Leine"!), allerdings auch Launen und hysterische Anfälle - die muß man dann in Kauf nehmen. Wer dagegen als Frau zuviel „selbst wählt", ist bald „rum"; oder sie muß unter den Daumen, die Lulu, das Unschulds-Aas, der Pfahl im Fleisch, koste es, was es wolle, das ist man sich schuldig als „richtiger" Mann, und wenn man ihr darüber hörig wird; andere „Selbstwählerinnen" werden von vornherein als „Emanzen" abgebucht, Frauen, die das Beknien nicht lohnen. Beknien

durch Treue und sanfte Nötigung indessen („es genügt doch, wenn *einer* Examen macht!") lohnt gewöhnlich selbst dort, wo eine Frau zu beruflicher Selbständigkeit entschlossen ist. Irgendwann (meist bei wachsendem beruflichen Erfolg des Mannes) gibt sie auf und will nur noch „für ihn da" sein. Dann aber ist.„Polen offen" und es wird kräftig „nachgeholt".

Und was ist - last not least - mit dem bisher so beliebten Mittel, „einfach laufenzulassen", damit eine Frau mit allzu großem Selbständigkeitstrieb sich ein Kind „einfängt"? Wir haben heute einen bundesweiten Gebärstreik. Die Anatomie? O, ich glaube, die meisten Frauen würden liebend gern sich zu ihr bekennen. Aber „Besinnung auf die Anatomie" bedeutet für Frauen nach wir vor Einbuße an eigenem intellektuellem und ökonomischem Terrain. Und wie Männer intellektuelle weibliche Handikaps nutzen, das sagt den Frauen derzeit wieder einmal sehr plastisch die Star-Funzel der Hamburger Musik-Szene, Peter Petrell: „Wenn du schwärmst, bist du schlecht/wenn du schweigst, ist es recht/Alles klar, alles klar/alles bleibt, wie es war."

Dieser Krempel, dieser ganze Schamott, aus dem ein „normal" sozialisierter Mann besteht - soll er nun tatsächlich wieder restauriert werden? Dieser traditionelle Typus (denn die antiautoritäre Bewegung hatte schon ganz schön damit aufgeräumt), dieser Ausbund aus emotionaler Infantilität, Brutalität, Imponiergehabe und Selbstmitleid - soll er seine Identität wieder zurückbekommen dadurch, daß Frauen ihre eigene eben erkämpfte wieder aufgeben? Nein, das kann Bittorfs Ernst nicht sein. Gewiß, die Anatomie ist eine Determinante; aber wer so peinlich dringend und ausschließlich von ihr spricht, um von einer andern zu schweigen, der falschen Sozialisation des Mannes nämlich, der macht sich verdächtig, mehr noch: Er macht. sich schuldig.

Es gibt unter Feministinnen manche dumme Nuß. Aber ist das ein Grund, die „ganze Frau", die, die „Herr (!) ihrer selbst" ist, überhaupt nicht vor- und aufkommen zu lassen? Wer einmal in italienischen Comics („Fumetti") geschmökert hat, der weiß, daß das kollektive gesellschaftliche Unbewußte des Mannes nur zwei Frauen-Torsos gestattet: das reine, geduldige Opfer und das Luder. Das ist in unserer angelsächsisch-protestantischen Tradition nicht anders, sosehr „self-control" die Kellergeister im Griff haben mag.

Männer sind durch 6000 Jahre Umgang mit der Macht korrupt und bequem geworden. Wir haben keinen Sinn für das Abenteuer, das in einer neuen herrschaftsfreien Geschlechterbeziehung liegen könnte, wie sie von den ökonomischen Voraussetzungen her längst „durch" sein müßte. Wir wollen weiter unsere „Abenteuer", aber in den alten ganz unabenteuerlichen Gleisen, wo man (um noch einmal Hamburger „Musikkultur" zu zitieren) besoffen an den „schlaffen Brüsten" eines „Zahns" hängt.

Ich nehme mich da nicht aus, im Gegenteil. Nur, der Wahrheit sollten wir schon die Ehre geben. Vielleicht stellt sich dann doch noch einmal heraus, daß die „Szenen einer Ehe" nur die Darstellung der Geburtswehen eines neuen Geschlechterfriedens waren.